



II- 4145 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
 DER BUNDESKANZLER

Zl.353.100/9-III/4/78

1950/AB Wien, am 9. August 1978

1978-08-11

zu 1920/J

An den

Präsidenten
 des Nationalrates
 Anton BENYA

Parlament
1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. OFFENBECK, J. SCHLAGER, STEINHUBER, MADERTHANER und Genossen haben am 14. Juni 1978 unter der Nr. 1920/J an die Bundesregierung eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Maßnahmen für Steiermark während der laufenden Gesetzgebungsperiode gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

"Ist die Bundesregierung im Rahmen der Beantwortung dieser Anfrage bereit, eine Zusammenstellung der Leistungen vorzulegen, die vom Bund für das Bundesland Steiermark bisher während dieser Legislaturperiode erbracht wurden und die bis zum Ende dieser Legislaturperiode geplant sind?"

Ich beeohre mich, diese Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt zu beantworten.

Der Übersicht halber sowie auch aus verwaltungsökonomischen Überlegungen erlaube ich mir, die Maßnahmen der Bundesregierung, die für das Land Steiermark von Bedeutung sind, nach den einzelnen Ressorts getrennt darzustellen.

Im Hinblick auf den außergewöhnlichen Umfang der gegenständlichen Anfragebeantwortung wurden urlaubsgedingt zum Teil Abdrucke verwendet. Ich darf für diese Vorgangsweise um Verständnis ersuchen.

- 1 -

Bundeskanzleramt

Von den in den Zuständigkeitsbereich des Bundeskanzleramtes für das Bundesland Steiermark fallenden Maßnahmen sind folgende hervorzuheben.

Raumordnungspolitik

Im Sinne der Regierungserklärung 1975 betreffend die Raumordnungspolitik unterstützt die Bundesregierung eine Reihe von Regionalprogrammen in steirischen Problemgebieten, und zwar:

1. Regionalprogramm Aichfeld-Murboden

In Fortführung des 1972 beschlossenen Regionalprogrammes wurden und werden die in die Wege geleiteten Maßnahmen durchgeführt bzw. weitere Maßnahmen in Angriff genommen. Besonders hervorzuheben ist die Schaffung von 3.000 neuen industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen, die eine erhebliche Zunahme von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor zur Folge haben.

Entscheidend für die weitere Betriebsansiedlung bzw. -erweiterung war die Feststellung der Staatlichen Wirtschaftskommission im Jahre 1977, daß wegen des geringen Kohenvorkommens und wegen hoher und weiter steigender Betriebsverluste eine Fortführung des Bergbaus Fohnsdorf nicht mehr vertretbar sei und die Beschlüsse der zuständigen Organe der VÖEST-ALPINE, den Bergbau Fohnsdorf mit dem Jahre 1980 zu schließen.

Als weitere Maßnahmen seien genannt die Inbetriebnahme des Schulungszentrums Fohnsdorf und die am 4. April 1977 einsetzende Umschulung von Bergarbeitern auf Metallberufe. Ein großer Teil der im Rahmen des Sonderwohnbauprogrammes vorgesehenen Wohnungen ist bereits fertiggestellt und bezogen. Im November 1977 erfolgte die Eröffnung eines

- 2 -

Teilstückes der Schnellstraße S 36 (Ortsanfahrung Judenburg).

Mit Hilfe von ERP-Sonderkrediten begann im Mai 1977 die Fa. EUMIG mit dem Bau eines Werkszeug- und Formenbauwerkes, sowie einer Kunststoffspritzgießerei in Fohnsdorf. Damit werden Bergleute aus Fohnsdorf weitere zukunftssichere Arbeitsplätze finden.

2. Regionalprogramm Voitsberg

Durch Zusammenschluß der Gemeinden Voitsberg, Köflach, Bärnbach, Rosental und Maria Lankowitz zu einem Raumordnungsverband wurde unter Mithilfe des Bundes und des Landes Steiermark auf der Basis der Selbsthilfe der genannten Gemeinden begonnen, ein regionales Entwicklungsprogramm auszuarbeiten.

Auf Grundlage dieses Regionalprogrammes soll unter Inanspruchnahme von Bundes- und Landeshilfen der Anschluß dieser Region an österreichische Hauptverkehrsachsen, die industrielle Restrukturierung zur Sicherung der Arbeitsplätze und der Beschäftigung sowie die Abstimmung kommunaler Investitionsprogramme angestrebt werden.

Bereits bisher gehört der Raum Voitsberg-Köflach zu den Förderungsgebieten des ERP-Sonderprogrammes zur Schaffung von industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen in Kohlenbergbau- und Ostgrenzgebieten. Alle namhaften Unternehmen in diesem Raum haben in der Vergangenheit ERP-Kredite (Normal- oder Sonderprogramm) erhalten. Darüber hinaus leistet der ERP-Fonds namhafte Beiträge zur Aufschließung des Braunkohletagebaues Oberdorf der GKB und für das Kraftwerk Voitsberg III.

Für die nächste Zeit ist eine Besprechung zwischen Mitgliedern der Bundesregierung, der Steiermärkischen Landesregierung

- 3 -

und Bürgermeistern der Region Voitsberg vorgesehen, deren Gegenstand das Regionalprogramm Voitsberg sowie die weiteren konkreten Schritte und Förderungsmaßnahmen sein soll.

3. Weitere Regionalprogramme für die Gebiete Mürzzuschlag, Eisenerz und Eisenwurzen

Im Rahmen der Erstellung regionaler Entwicklungsprogramme für den politischen Bezirk Mürzzuschlag und für den Raum (Gerichtsbezirk) Eisenerz hat das Bundeskanzleramt im Jahre 1978 bereits Forschungsaufträge im Wert von S 744.360,- vergeben. Weitere Aufträge, darunter für das Gebiet der steirischen Eisenwurzen, befinden sich in Ausarbeitung.

Diese regionalen Entwicklungsprogramme werden Vorschläge für die Lösung der Beschäftigungsprobleme und für längerfristige Entwicklungsmöglichkeiten von Industrie, Gewerbe und Fremdenverkehr sowie der infrastrukturellen Gegebenheiten enthalten. Auf diesen Vorschlägen, die im Einvernehmen mit den lokalen und regionalen Stellen erarbeitet werden, werden unmittelbar zu realisierende Planungen aufbauen können.

Da auch für Prozesse, die den Lebensraum langfristig prägen, die Einsicht und Mitwirkung weiter Kreise der betroffenen Bevölkerung entscheidend ist, wird bei der Erstellung dieser Entwicklungsprogramme eine Vorgangsweise gewählt, durch die möglichst viele Menschen zum Mitdenken, Mitplanen und Mitentscheiden motiviert werden.

Das Erzbergaugebiet Eisenerz (bzw. der Gerichtsbezirk Eisenerz) wurde in diesem Zusammenhang mit Beginn des laufenden ERP-Wirtschaftsjahres zusätzlich in die Förderungsgebiete des ERP-Sonderprogrammes zur Schaffung von industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen in bestimmten Bergbau- und

- 4 -

Grenzlandgebieten aufgenommen.

4. Maßnahmen für die steirischen Grenzgebiete

Das am 13. Mai 1976 mit Landeshauptmann Dr. Niederl vereinbarte Sofortprogramm zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der steirischen Grenzgebiete wurde unverzüglich in Angriff genommen:

Zur Förderung der Landwirtschaft werden seit 1976 im Rahmen eines 5-jährigen agrarischen Grenzlandsonderprogrammes jährlich 15 Millionen Schilling an Bundesmittel sowie 40 Millionen Schilling AI-Kredite im steierischen Grenzgebiet eingesetzt.

Im Rahmen des ERP-Sonderprogrammes zur Schaffung von industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen wurde ein jährliches Kreditvolumen von 50 Millionen Schilling für Anträge aus den steirischen Grenzgebieten reserviert. Im ERP-Wirtschaftsjahr 1975/76 wurden Investitionen mit 55,9 Millionen Schilling Sonderkrediten, 1976/77 Investitionen mit 254 Millionen Schilling gefördert.

Weiters stehen eine Reihe von Infrastrukturprojekten in Durchführung.

Zur Zeit sind bundesinterne Vorbereitungsarbeiten für ein Gespräch zwischen der Bundesregierung und der Steiermärkischen Landesregierung im Gange. Das Gespräch soll einen Erfahrungsaustausch über die bereits geleisteten Förderungsmaßnahmen und die Ansatzpunkte der weiteren Förderungspolitik zum Gegenstand haben.

Verstaatlichte Industrie

Von den gesamten Investitionen der verstaatlichten Industrie

- 5 -

(1977: 6,3 Mrd. S, 1976: 7,7 Mrd. S, 1975: 6,7 Mrd. S) entfiel ein beträchtlicher Teil auf die in der Steiermark gelegenen Betriebe, wodurch für die Arbeitsplatzsicherung und künftige Entwicklung dieser Unternehmen ein beträchtlicher Beitrag geleistet wurde. Diese Maßnahmen wurden durch Kapitalzuführungen unterstützt. Für aufgenommene Finanzierungsmittel zur Durchführung der Investitionsprojekte wurden Haftungen im Ausmaß von 330 Millionen Schilling übernommen.

In diesem Zusammenhang hat sich die vorgenommene Konzentration der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie für das Bundesland Steiermark günstig ausgewirkt und konnten wesentliche Voraussetzungen für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit geschaffen werden.

Das für die nächsten Jahre beschlossene Investitionsprogramm sieht eine Fortsetzung dieser seit 1969 forcierten Investitionstätigkeit vor. Damit sollen vor allem Vorhaben zur Strukturbereinigung bzw. -verbesserung, Modernisierung und Rationalisierung bestehender Werksanlagen durchgeführt werden.

Die Finanzierung dieser Investitionsvorhaben wird durch Kapitalzuführungen des Eigentümers und durch Haftungsübernahmen unterstützt werden. Diesbezüglich ist vorgesehen, der VÖEST-ALPINE bzw. VEW im September d.J. 1 Mrd. Schilling zuzuführen.

Umstrukturierung und Erschließung neuer Bergbaue

Der Beschuß der Bundesregierung vom 9. März 1976 auf Förderung des Aufschlusses der aufgefundenen Kohlenvor-

- 6 -

kommen von rd. 35 Mio t im weststeirischen Kohlenrevier bei Oberdorf stellte die Voraussetzung für die Aufnahme dieses Projektes dar, welches insgesamt 700 Millionen Schilling an Investitionskosten umfassen wird. Die Finanzierung wird durch einen ERP-Großkredit in Höhe von 250 Millionen Schilling zu besonders günstigen Bedingungen sowie einer Zinsenunterstützung aus dem ERP-Fonds, wie auch aus Beihilfen der Bergbauförderung für die aufzunehmenden Fremdmittel wesentlich erleichtert. Die Kohle des neuen Bergbaues wird der Versorgung eines neuen Kraftwerkblocks in Voitsberg dienen. Die Erschließungsarbeiten verlaufen plan- und termingerecht.

1975 konnte der mit Mitteln aus der Bergbauförderung mit einem gesamten finanziellen Aufwand von über 80 Millionen Schilling neu aufgeschlossene Bergbau Zangtal-Unterflöz in Betrieb genommen werden. Der Betrieb arbeitet seither mit Gewinn. Im Jahre 1977 wurde auf dem Gelände des stillgelegten Kohlenbergbaues Pölfing/Bergla die neu errichtete Verhüttungsanlage für Wolframprodukte in Betrieb genommen. Dort wird ein großer Teil der ehemaligen Bergleute beschäftigt. Es ist dies ein Beispiel einer gelungenen Umstrukturierung, welche maßgeblich aus öffentlichen Mitteln unterstützt wurde.

Insgesamt wurde der steirische Kohlenbergbau in den Jahren 1975 bis 1977 mit rd. 381 Millionen Schilling aus Mitteln der Bergbauförderung unterstützt. Gleichzeitig wurde die Durchführung von Prospektions- und Explorationsarbeiten gefördert, die auch in diesem Jahr fortgeführt werden.

Tätigkeit des ERP-Fonds

In den Wirtschaftsjahren 1975/76 bis 1977/78 des ERP-

- 7 -

Fonds wurden von diesem an das Bundesland Steiermark für Investitionsvorhaben des Sektors Industrie und Gewerbe insgesamt 49 Kreditanträge mit einem ERP-Kreditvolumen von 707,990 Millionen Schilling gewährt, wovon allein 13 Anträge mit einem Kreditbetrag von 512,9 Millionen Schilling auf den Sektor Grenzland + Kohle entfielen.

Im gleichen Zeitraum erhielten 97 Investoren aus der Sparte Land- und Forstwirtschaft 110,155 Millionen Schilling und wurden am Sektor Fremdenverkehr 9 Anträge mit einem ERP-Kreditbetrag von 46,3 Millionen Schilling gewährt. Am Verkehrssektor waren es 3 Anträge mit einer Kreditzusage von 20,5 Millionen Schilling und am Sektor Energie wurde 1 Antrag mit 50,0 Millionen Schilling ERP-Kredit gewährt.

Zusammen wurden also an das Bundesland Steiermark während der laufenden Gesetzgebungsperiode 159 Anträge mit rd. 935 Millionen Schilling gewährt.

Familienberatung

Auf Grund des Familienberatungsförderungsgesetzes (BGBI. Nr. 80/74) wird die von den Ländern, Gemeinden und sonstigen Rechtsträgern des öffentlichen Rechts und juristischen Personen des privaten Rechts durchgeführte Familienberatung gefördert. Die Frequenz und der Kostenaufwand, der sich im Bundesland Steiermark befindlichen Familien- und Partnerberatungsstellen in den Jahren 1975, 1976 und 1977, bitte ich, der beiliegenden Anlage zu entnehmen.

Mit den Aufgaben und Leistungen im Rahmen der Koordinierung der umfassenden Landesverteidigung und der Einrichtung der EDV-Koordination im Bundeskanzleramt habe ich mich in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 1365/J befaßt. Diesen Ausführungen, die einen allgemeinen Überblick der Aktivitäten dieser Stellen ergeben und das Bundesland Steiermark nicht allein betreffen, ist derzeit nichts hinzuzufügen.

Familienberatungsstellen der Steiermark;
Klienten und Aufwand der Jahre 1975, 1976 und 1977

Rechtsträger/Stellen:	1975		1976		1977	
	Klienten:	Aufwand:	Klienten:	Aufwand:	Klienten:	Aufwand:
<u>Land Steiermark</u>						
Bruck/Mur	397	184.500,--	313	159.450,--	248	125.900,--
Graz-Univ.Frauenklinik	1.870	252.630,--	5.320	276.143,--	4.163	289.590,--
Leoben-LKH	475	161.900,--	456	140.200,--	306	147.800,--
Bsd. Radkersburg	-	-	63	49.600,--	75	80.000,--
Feldbach	179	200.552,20	213	169.267,--	257	150.383,20
Fürstenfeld	17	25.600,--	138	55.600,--	132	81.600,--
Graz-Umgebung	40	17.600,--	152	74.800,--	156	82.800,--
Gröbming	94	72.374,40	156	85.772,--	128	85.119,20
Hartberg	34	31.400,--	152	65.624,--	164	69.804,--
Judenburg	38	26.400,--	101	79.200,--	91	74.600,--
Knittelfeld	33	29.949,20	121	81.199,80	149	83.691,60
Leibnitz	80	75.200,--	107	80.000,--	180	76.800,--
Mürzzuschlag	11	5.727,60	94	56.469,50	182	94.134,--
Voitsberg	28	35.592,--	89	75.297,60	115	82.023,20
<u>Magistrat Graz</u>						
Graz	271	30.865,06	118	45.064,--	75	37.728,--
<u>Stadtgemeinde</u>						
Deutschlandsberg	173	87.000,--	134	87.000,--	195	87.000,--
<u>Stadtgemeinde u.-Bezirks- fürsorgeverband</u>						
Liezen (1975 + 1976 mit Bad Aussee)	163	17.225,--	583	79.225,--	885	65.865,--

- 9 -

Rechtsträger/Stellen:	1975		1976		1977	
	Klienten:	Aufwand:	Klienten:	Aufwand:	Klienten:	Aufwand:
<u>Stadtgemeinde</u>						
Weiz	206	237.392,61	160	178.046,10	162	151.786,32
<u>Diözese Graz-Seckau</u>						
Gleisdorf	-	-	19	21.286,--	175	148.758,41
Graz	212	187.065,--	388	276.143,--	578	289.590,--
Leoben	42	55.699,--	56	64.688,--	141	102.039,14
Gesamt Steiermark	4.363	1.734.672,--	8.933	2.210.076,--	8.561	2.399.757,--

- 10 -

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Wenn auch bei der Tätigkeit des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten im allgemeinen gesamtösterreichische Interessen im Vordergrund stehen, so werden doch auch durch die Zentrale und die österreichischen Vertretungsbehörden Leistungen für die einzelnen Bundesländer und seine Bewohner erbracht.

Dieses in Zusammenarbeit mit den österreichischen Außenhandelsstellen fortgesetzte Bemühen zur Förderung der österreichischen Exporte in das Ausland ist in vielen Fällen ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung zahlreicher Arbeitsplätze. Gerade für ein hochindustrialisiertes Bundesland wie die Steiermark sind solche Bemühungen von Bedeutung.

Beispielsweise wurden durch den Abschluß eines Briefwechsels Österreich - EGKS im März 1978 für die Obersteirische Stahlindustrie bedeutsame Maßnahmen in Kraft gesetzt, die hinsichtlich der wichtigsten Stahlerzeugnisse den österreichischen Exporten in die Länder der EGKS ein verbessertes Preisniveau garantieren und die die Anwendung der für Drittstaaten sehr einschneidenden Krisenmaßnahmen der EGKS weitgehend ausschließen sollen. Weiters wurde in diesem Briefwechsel vereinbart, daß Unternehmen der EGKS bei ihren Stahlexporten nach Österreich hiesige Mindestpreisregelungen zu respektieren haben. Auf diese Weise war das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten (im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie) um Linderung der Auswirkungen der internationalen Stahlkrise auf Österreich bemüht.

Im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie wurden seitens des Bundesministeriums

- 11 -

für Auswärtige Angelegenheiten laufende Bemühungen für eine liberale Handhabung der Sonderbestimmungen im Freihandelsvertrag Österreich/EG bzw. Österreich/EGKS betreffend die österreichischen Exporte der "sensiblen Produkte" Stahl und Papier in die EG angestellt. Vor allem bei Papier - und somit auch für die steirische Industrie - konnte im letzten Jahr insofern ein Erfolg erzielt werden, als die seitens der EG bei mehreren sensiblen Papiersorten beabsichtigte Nichterhöhung der "Plafonds" für die begünstigte Einfuhr auf eine einzige Papiersorte beschränkt werden konnte.

Für die steirische Landwirtschaft wären die intensiven und laufend unternommenen Interventionen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft) für eine liberalere Behandlung der österreichischen Agrarexporte in die EG von Bedeutung.

Im Wege der österreichischen Mission Brüssel sowie in persönlichen Kontakten des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten mit den zuständigen Kommissaren - etwa bei seinem Besuch in Brüssel im Juni d. J. sowie anlässlich des vorjährigen Besuches von Vizepräsident Haferkamp in Wien - wurde gegenüber der EG in den letzten zwei Jahren eindringlich und wiederholt auf die außerordentlichen Belastungen hingewiesen, die Österreich - und hier insbesondere der Steiermark - aus dem sprunghaften Anstieg des LKW-Transitverkehrs auf der Nordwest-Südost-Transitachse, der sogenannten Gastarbeiterroute, erwachsen. Gleichzeitig wurde um finanzielle Unterstützung durch die EG beim beschleunigten Ausbau dieses aus topographischen Gründen besonders kostspieligen

- 12 -

Straßenbauvorhabens ersucht. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen konnten der EG Unterlagen zur Verfügung gestellt werden, die die EG als überragenden Nutznießer des durch Österreich rollenden LKW-Transitverkehrs erkennen lassen und die die Berechtigung des österreichischen Wunsches nach einer Finanzierungshilfe durch die EG für den autobahnähnlichen Ausbau der Strecke Suben-Spielfeld untermauern. Ein erstes Tätigwerden der EG in dieser Angelegenheit ist insoferne bereits erfolgt, als sie in Würdigung des österreichischen Vorbringens eine eingehende Studie mit einem Aufwand von 500.000,-- DM in Auftrag gegeben hat, welche die Entscheidungsgrundlage für ihr weiteres Vorgehen abgeben soll. Mit dem Vorliegen des Ergebnisses dieser Studie und einem Beschuß über die Gewährung einer Finanzhilfe sowie deren allfällige Höhe ist gegen Jahresende zu rechnen.

Gegenwärtig sind Bestrebungen im Gange, eine engere Zusammenarbeit der Vereinigten Edelstahlwerke in Kapfenberg mit der UNIDO herbeizuführen. Anlaß hiezu war ein Besuch von Bundesminister Dr. PAHR in Kapfenberg, in dessen Gefolge die Grundlagen für diese Zusammenarbeit gelegt wurden. In vor kurzem durchgeführten Gespräch eines leitenden Herrn der VEW mit Vertretern des UNIDO-Sekretariates wurde nunmehr das Programm für eine derartige Kooperation entwickelt. Die VEW zeigten sich insbesonders bereit, Fachleute aus den Entwicklungsländern in ihrem Schulungsprogramm weiterzubilden. Gleichzeitig hat die UNIDO in Aussicht gestellt, die VEW verstärkt in ihr Investitionsförderungsprogramm für die Entwicklungsländer einzubeziehen.

Anlässlich der 2. Phase der UN-Konferenz über Staatennachfolge in Verträge im August d. J. wird eine Fahrt für die Delegierten nach Graz organisiert werden. Seitens des Bundesministeriums

- 13 -

für Auswärtige Angelegenheiten werden zwar lediglich die Fahrtkosten übernommen, doch dürfte diese Exkursion wohl einen weiteren Beitrag zur zunehmenden internationalen Bekanntheit des Landes Steiermark und seiner Landeshauptstadt Graz darstellen. In diesem Sinne ist auch das Kolloquium des Europarates über die Informationsfreiheit und die Auskunftspflicht staatlicher Behörden zu erwähnen, das vom Expertenkomitee für Menschenrechte des Europarates in Zusammenarbeit mit der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Graz organisiert worden ist und im September 1976 unter Vorsitz des derzeitigen Bundesministers Dr. PAHR in Graz stattgefunden hat.

Unter den in der Expertenkartei des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten registrierten 562 Experten befinden sich 65 aus der Steiermark, denen Beschreibungen einschlägiger UN-Expertenposten laufend zur Verfügung gestellt werden. Von diesen Experten steiermärkischer Herkunft haben 9 zum Teil durch Vermittlung des Expertenbüros Einsätze in diversen UN-Programmen absolviert.

Über Ersuchen der VN wurden und werden zahlreiche Studienplätze und Praktiker für UN-Stipendiaten bei steirischen Ausbildungsstätten (insbesondere Montan-Universität Leoben, Technische Universität Graz und Anstalt für Verbrennungsmotoren, Graz) bzw. bei steirischen Unternehmen durch das Expertenbüro vermittelt.

Die österreichische Bundesregierung ist besonders bemüht, den im Gange befindlichen weltweiten Dialog zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern zu festigen. Als positives Ergebnis eines solchen Engagements ergeben sich oft nützliche Kontakte mit der Wirtschaft Österreichs, die gepflegt werden sollten.

- 14 -

Auch im Rahmen des bilateralen Besuchsaustausches war Graz schon des öfteren ein Ort der Begegnung. Es wird in diesem Zusammenhang auf ein Treffen im März 1976 des damaligen Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Erich BIELKA, mit seinem ungarischen Amtskollegen PUJA in der Landeshauptstadt der Steiermark verwiesen.

Im Zusammenhang mit der bilateralen bzw. nachbarstaatlichen österreichischen Außenpolitik, die das Bundesland Steiermark besonders tangiert, wäre das sogenannte "Archivabkommen 1923" zu erwähnen. Die diesbezüglichen jugoslawischen Forderungen betreffen zu einem erheblichen Teil Archivalien im Steiermärkischen Landesarchiv. Im Juli 1975 sind die Verhandlungen mit Jugoslawien über die Durchführung des Übereinkommens zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen, betreffend die Durchführung der Artikel 93, 191 bis 196 des Staatsvertrages von St. Germain (BGBl. Nr. 602/1923) wieder aufgenommen worden. Im Rahmen dieser Verhandlungen, deren Abschluß derzeit noch nicht vorhergesehen werden kann, ist die Bundesregierung bemüht, die Interessen des Landes Steiermark auf der Grundlage der von der Republik Österreich eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen so wirksam wie möglich zu vertreten.

In der Zeit vom 29. Mai bis 2. Juni d. J. hat in Wien im Rahmen dieser Verhandlungen eine besondere Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Vertretern der Außenministerien beider Staaten mit dem Mandat getagt, Kompromißlösungen hinsichtlich der noch offenen jugoslawischen Forderungen betreffend das Steiermärkische Landesarchiv zu erstellen.

Besonderes Augenmerk schenkt das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Auslandskulturpolitik, die für Gesamtöster-

- 15 -

reich repräsentativ sein muß. Um den hiefür unerlässlichen Kontakt mit den Bundesländern zu wahren und ihre Intentionen und Anregungen kennenzulernen, werden die Vertreter der Bundesländer im Rahmen der Sitzungen des "Kontaktkomitees zur Koordinierung der Auslandskulturpolitik zwischen Bund und Ländern", die etwa alle 3 Monate im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten stattfinden, kontinuierlich über die Zielvorstellungen und Aktionen der österreichischen Auslandskulturarbeit informiert. Der Informationsaustausch wird zunehmend substantieller und findet in einer Intensivierung der Zusammenarbeit seinen Niederschlag.

Vertrags- und Verhandlungsprojekte auf dem Gebiet der Auslandskulturpolitik - wie Kulturabkommen, Gemischte Kommissionen usw. - werden den Ländern laufend zur Stellungnahme unterbreitet. Gegebenenfalls werden Ländervertreter zu bilateralen Kulturverhandlungen zugezogen.

Im speziellen erstrecken sich die kulturpolitischen Leistungen des Ressorts für das Bundesland Steiermark in erster Linie auf die Vermittlung von Kontakten zwischen Künstlern und Wissenschaftlern aus der Steiermark und ausländischen Partnern. Besonders zwischen Jugoslawien und der Steiermark bestehen enge kulturelle Kontakte, an deren Zustandekommen und Weiterpflege das Kulturinstitut Agram maßgeblich beteiligt ist.

So werden z. B. immer wieder Mitglieder des "Forums Stadtpark" und der "Grazer Autorenversammlung" zu Lesungen und Veranstaltungen ins Ausland eingeladen. Ebenso werden Wissenschaftler der steirischen Universitäten regelmäßig über Vermittlung des Ressorts zu Vorträgen an ausländischen Universitäten eingeladen, wobei teilweise auch die Kosten durch das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten getragen werden.

Die Ausstellung des "Steiermärkischen Kunstvereins-Werkbund"

- 16 -

im Mai des heurigen Jahres in Barcelona wurde durch das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten durch Übernahme der Transportkosten in Höhe von öS 20.000,-- subventioniert. Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten wirkte auch beim Zustandekommen einer Einzelausstellung des Präsidenten dieser Vereinigung in Madrid mit.

Die Bemühungen der "Neuen Galerie des Joanneums Graz", einen Ausstellungsaustausch mit 2 jugoslawischen Museen zu realisieren, brachten bisher nicht das erhoffte Ergebnis, doch bestehen für ein neues diesbezügliches Vorhaben, das unter Mithilfe des Kulturinstituts Agram verwirklicht werden soll, bessere Chancen.

Eine Grazer Studenten-Theatergruppe führte im Jahre 1977 im Rahmen der 25-Jahrfeier des Österreichisch-Belgischen Kulturabkommens einen Austausch mit einer belgischen Theatergruppe durch. Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten subventionierte diesen Austausch mit einem Betrag von öS 20.000,--.

Ein Konzertaustausch des "Grazer Concertchors" mit einem ungarischen Chor im heurigen Jahr wurde durch das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten ebenfalls durch einen Beitrag in der Höhe von öS 20.000,-- subventioniert.

Weiters hat das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten zwei Veranstaltungen der Europäischen Föderalistischen Bewegung Österreichs mit insgesamt S 15.000,-- unterstützt. Es handelte sich hiebei um ein Volkstanztreffen, das vom 4. - 8. 5. 1978 in Graz stattfand, sowie um ein Seminar über das Thema "alte und neue Minderheiten - eine Herausforderung für Europa", das vom 13. - 15. 5. 1978 in Neumarkt in der Steiermark abgehalten wurde.

- 17 -

Im Wege der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gelangt auch laufend Informationsmaterial über die Steiermark und die Landeshauptstadt Graz in Form von Fremdenverkehrsprospekt, Plakaten, Illustrierten, Broschüren und Büchern zur Verteilung. Zahlreiche Fremdenverkehrsfilme, die bei den österreichischen Vertretungsbehörden für die Öffentlichkeitsarbeit in Verwendung stehen, spielen zum Teil in der Steiermark und werben damit für den steirischen Fremdenverkehr.

Auch im Bereich des Presse- und Informationswesens findet die Steiermark bei der österreichischen Öffentlichkeitsarbeit im Ausland, soweit diese vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten betrieben wird, entsprechend Berücksichtigung. Die Dienste der Abteilung Presse- und Information werden auch sowohl von verschiedenen Stellen in der Steiermark, insbesondere von der steirischen Lokalpresse, als auch von ausländischen Journalisten, die über dieses Bundesland Informationen benötigen, in Anspruch genommen.

Zahlreichen ausländischen Journalisten, die die Steiermark besuchten - auch im Rahmen von offiziellen Besuchen oder aus Anlaß des "Steirischen Herbstes" - wurden über die österreichischen Vertretungsbehörden in Zusammenarbeit mit dem Bundespressedienst und dem Steirischen Landespressedienst Kontakte mit Persönlichkeiten aus Politik und Kultur der Steiermark vermittelt. Das ausländische Presseecho hierauf war ein sehr positives. Die österreichischen Vertretungsbehörden wirken auch im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Vorbereitung der Presseresonanz des "Steirischen Herbstes" mit.

Die Redaktionen der Bundesländerzeitungen sowie die Landesstudios des ORF nehmen in großem Maße Anteil am Schicksal ihrer Landesangehörigen im Ausland. In Fällen, in denen Österreicher

- 18 -

im Ausland in Schwierigkeiten gerieten, wandten sich die Redaktionen der Bundesländerzeitungen in der Regel an das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, bzw. direkt an die zuständige österreichische Vertretungsbehörde mit der Bitte um Auskunft. Die Presseabteilung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten war in Zusammenarbeit mit den zuständigen Abteilungen stets bemüht, zu den jeweiligen Anfragen raschest Stellung zu nehmen und in Zusammenarbeit mit den Vertretungsbehörden die Lösung des jeweiligen Falles zu erleichtern.

Die Vertretungsbehörden erhalten in regelmäßigen Abständen Material der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung über die Steiermark, um Broschüren und Publikationen über dieses Bundesland an Interessierte verteilen zu können. Diese Aktion ist deswegen besonders zielführend, weil die ausländischen Touristen schon bei der Visaerteilung die für ihren Urlaubsort erforderliche Information erhalten können.

Überdies erhalten auch die österreichischen Botschaften im Ausland in beschränktem Ausmaß illustrierte Bücher, um diese an Persönlichkeiten des Empfangsstaates zu überreichen. Insbesonders finden sich unter diesen Widmungswerken Bücher, die die einzelnen Bundesländer, darunter auch die Steiermark, darstellen.

Die österreichischen Vertretungsbehörden und Kulturinstitute erhalten zur Information und allfälligen Verwertung in ihrem Arbeitsbereich steirische Zeitungen bzw. Zeitschriften (z.B. die "Kleine Zeitung, Graz", die "Südost-Tagespost", die "Neue Zeit, Graz").

Sowohl das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten als auch die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland sind laufend in der Ausübung des konsularischen Schutzrechtes

- 19 -

und der konsularischen Hilfeleistung für Österreicher im Ausland tätig.

Diese Hilfe kommt auch zahlreichen Bewohnern des Bundeslandes Steiermark zugute, die entweder durch Krankheit in Not gerieten oder durch Verstöße gegen ausländische Rechtsvorschriften in Schwierigkeiten gekommen sind, wobei besonders Urlauber und Berufskraftfahrer den Hauptanteil der betroffenen Personen ausmachen.

Darüber hinaus werden auf verschiedenen anderen Gebieten steirische Interessen wahrgenommen:

So mußte zum Beispiel im Zusammenhang mit der 1977 vollendeten Regulierung des Agydibaches und der Erweiterung des Grenzüberganges Sentilij auf sieben Abfertigungsspuren jugoslawischerseits in Rechte steirischer Grundeigentümer eingegriffen werden, wofür einvernehmlich eine Entschädigungszahlung von 80.000,-- Schilling festgesetzt worden war.

Verzögerungen bei der Auszahlung dieser Summe durch jugoslawische Dienststellen wurden ebenso wie technische Schwierigkeiten beim Transfer von der Österreichischen Botschaft Belgrad und dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten aus dem Wege geräumt.

Schließlich ist noch der Fall des Agrarkombinates Pograd, etwa 1 Kilometer von Bad Radkersburg entfernt, zu erwähnen. Durch Abfälle dieses Betriebes entstanden Geruchsmissionen, die in ihrer Intensität geeignet waren, den Fremdenverkehr von Bad Radkersburg zu beeinträchtigen.

Auf Ersuchen des Bürgermeisters von Bad Radkersburg wurde durch entsprechende Demarchen der Vertretungsbehörden in Belgrad und Laibach eine Unterbindung dieser Immissionen durch die Anwendung neuer technischer Verfahren seitens des jugoslawischen Agrarkombinates erreicht.

- 20 -

Kleiner Grenzverkehr:

Der Kleine Grenzverkehr zwischen Österreich und Jugoslawien ist durch folgende Abkommen geregelt:

1. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den Kleinen Grenzverkehr, BGBl. Nr. 379/1968, in der Fassung des Änderungsabkommens BGBl. Nr. 556/1975;
2. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Verbringung von Waren im Kleinen Grenzverkehr, BGBl. Nr. 400/1968, in der Fassung des Änderungsabkommens BGBl. Nr. 105/1977;
3. Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den Besuch der Ausflugs- und Wintersportgebiete Großwalz und Duh na Ostrem vph, BGBl. Nr. 141/1970;
4. Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den Zugang zur Kirche St. Fonkratzen, BGBl. Nr. 177/1977.

In Art. 21 Abs. 1 des unter 1. genannten Abkommens ist eine Gemischte Kommission vorgesehen, die alle zwei Jahre zusammentritt und deren Aufgabe es ist, die Entwicklung des Kleinen Grenzverkehrs zu fördern und eine geregelte Anwendung des genannten Abkommens zu gewährleisten.

Der Vorsitzende der österreichischen Delegation zu dieser Gemischten Kommission wird vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten gestellt. Das Bundesland Steiermark ist durch Landesamtspräsident wHofrat Dr. Alfons TROPPER in dieser vertreten.

Bei der II. Kommissionstagung vom 15. - 22. Septembet 1971 in Eisenstadt hat die Kommission empfohlen, daß mit Rücksicht auf den verhältnismäßig langen Zeitraum von 2 Jahren zwischen den Tagungen in den Jahren, in denen keine Tagung stattfindet,

- 21 -

die beiden Vorsitzenden einmal zusammentreffen, um sich über den Stand der Durchführung der Kommissionsbeschlüsse zu informieren.

Insgesamt haben seit 1960 neun Tagungen nach dem alten und fünf Tagungen nach dem Änderungsabkommen stattgefunden. Die letzte, V. Tagung, hat vom 5. - 8. 12. 1977 in Laibach stattgefunden. Die VI. Tagung ist im September 1979 in Österreich (Kärnten) geplant.

Das letzte Vorsitzentreffen hat am 28./29. 9. 1976 in Villach stattgefunden. Das nächste ist im September 1978 in Jugoslawien geplant.

Von den insgesamt 36 Grenzübertrittsstellen (GÜst), die für den Kleinen Grenzverkehr zugelassen sind, sind 22 im Grenzbereich des Bundeslandes Steiermark gelegen.

Der Anteil des Bundeslandes Steiermark an der Frequenz im Kleinen Grenzverkehr beträgt für österreichische Grenzwohner 93 % und für jugoslawische Grenzbewohner 89 % (1976).

Im Grenzbereich der Steiermark war vom Jahre 1973 auf 1975 ein Rückgang in der Frequenz bei österreichischen Grenzwohnern von 29,5 % und bei jugoslawischen Grenzbewohnern von 16 % zu verzeichnen. Nach dem Tiefpunkt im Jahre 1975 erfolgte wieder ein Ansteigen auf 1976 bei österreichischen Grenzwohnern um 23,3 % und bei jugoslawischen Grenzbewohnern um 10,9 %.

Für den Rückgang der Frequenz auf den Tiefpunkt im Jahre 1975 dürfte teilweise die Tatsache maßgeblich gewesen sein, daß die zur Teilnahme am Kleinen Grenzverkehr berechtigten Personen die Grenze auch mit Reisepässen an internationalen

- 22 -

Grenzübergängen und an solchen Grenzübergängen, die nur für Staatsbürger beider Staaten zugelassen sind, überschritten haben. Die Zunahme im Jahre 1976 deutet darauf hin, daß der Grenzübertritt im Kleinen Grenzverkehr wieder attraktiver geworden ist, wofür nicht zuletzt auch die Entwicklung der bilateralen Beziehungen maßgeblich gewesen sein dürfte.

Auf beiliegendes statistisches Material wird verwiesen. Für 1977 wird das Zahlenmaterial vom Bundesministerium für Finanzen erst ermittelt.

Die Gemischte Kommission hat sich in den letzten Jahren mit zahlreichen, vornehmlich folgenden Fragen beschäftigt:

a) GÜSt, die für den KFZ-Verkehr geeignet sind (Art.14 des Abkommens):

Bei der I. Tagung vom 25. Juni 1969 in Portorož wurden insgesamt 12 GÜSt als für den KFZ-Verkehr geeignet bezeichnet, wovon 11 im Grenzbereich der Steiermark gelegen sind:

Gruisla, Pölten, Zelting, Sicheldorf, Mureck, Weitersfeld, Ehrenhausen, Langeegg, Schloßberg, Eibiswald, Laaken.

Bei der III. Tagung vom 15. - 21. 10. 1973 in Bled wurden die GÜSt St. Anna und Großwalz und bei der V. Tagung vom 5. - 8. 12. 1977 in Laibach die GÜSt Goritz und Oberhaag einbezogen.

b) Erweiterung des Benützungsumfanges von GÜSt auf den zwischenstaatlichen Reiseverkehr:

Derzeit sind folgende GÜSt im Grenzbereich der Steiermark für den Grenzübertritt für Staatsbürger beider Staaten mit Reisepässen zugelassen: Sicheldorf, Mureck, Langeegg, Radlpaß.

- 23 -

Bei der V. Kommissionstagung wurden Schritte unternommen, daß auch die GÜSt St. Anna, Zelting, Ehrenhausen und Großwalz in diesen zwischenstaatlichen Reiseverkehr einbezogen werden.

c) Internationalisierung von GÜSt:

Derzeit sind im Grenzbereich des Bundeslandes Steiermark folgende Grenzübergänge für den internationalen Reiseverkehr zugelassen: Radkersburg, Spielfeld: Straße, Spielfeld/Bahn.

Bei der V. Kommissionstagung und teilweise auch schon bei vorhergehenden wurden Schritte unternommen, daß auch die GÜSt Sicheldorf, Radlpaß, Mureck und Langegg für den internationalen Reiseverkehr zugelassen werden.

Bezüglich Sicheldorf hat sich das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten für eine rasche Fertigstellung der Zollabfertigungsanlage eingesetzt, sodaß eine Internationalisierung im Jahre 1979 möglich sein dürfte.

Beim Radlpaß sind österreichischerseits alle Voraussetzungen gegeben; auf Grund der Bemühungen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten dürfte die Zufahrtsstraße auf jugoslawischer Seite in absehbarer Zeit fertiggestellt sein, sodaß ebenfalls eine Internationalisierung im Jahre 1979 möglich sein wird.

Bei Mureck bestehen noch verkehrstechnische Probleme, die über Betreiben des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten einer umgehenden Überprüfung unterzogen werden.

- 24 -

In Langegg steht das Zollabfertigungsgebäude in Fertigstellung.

Durch die Internationalisierung weiterer GÜSt wird eine fühlbare Erleichterung des Reiseverkehrs im südsteirischen Raum erwartet.

d) Murfähre bei der GÜSt Weitersfeld:

Die jugoslawische Seite hatte bereits bei der IV. Kommissionstagung eine Teilung der Erhaltungs- und Betriebskosten der von einer jugoslawischen Interessengemeinschaft betriebenen Murfähre (Gesamtkosten jährlich ca. 150 - 160.000 Dinar) vorgeschlagen, ansonsten der Betrieb dieser von der Grenzbevölkerung sehr geschätzten Fähre eingestellt werden muß.

Eine vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten eingeleitete Überprüfung hat vorerst kein positives Ergebnis gezeitigt, da vor allem keine gesetzliche Grundlage für Leistungen der öffentlichen Hand besteht. Aufgrund der Bemühungen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten konnte im Interesse der Grenzbevölkerung, aber auch aus außenpolitischen Interessen bei der XXII. Sitzung des Beamtenkomitees für Grenzübergänge vom 29. Mai 1978 eine Empfehlung erwirkt werden, wonach diese Frage im Einvernehmen zwischen dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und dem Bundesministerium für Verkehr einerseits und dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung, das bereits eine gewisse Bereitschaft erkennen ließ, andererseits, im Sinne der jugoslawischen Vorschläge einer befriedigenden Regelung zugeführt werden soll.

- 25 -

e) Verbringung von Waren im Kleinen Grenzverkehr:

Bei der IV. Kommissionstagung konnte Übereinstimmung über ein Abkommen zur Änderung des unter 2. genannten Abkommens erzielt werden, mit welchem der Gesamtwert, bis zu dem im Kleinen Grenzverkehr Waren frei von Zöllen, sonstigen Abgaben und Gebühren mitgenommen werden dürfen, und die für die einzelnen Warenarten vorgesehenen Mengen erhöht worden sind. Das Änderungsabkommen ist am 19. März 1977 in Kraft getreten (BGBl. Nr. 105/1977).

Bei der V. Tagung wurden in Berücksichtigung der Preisentwicklung und der geänderten Einkaufsgewohnheiten der Grenzbevölkerung Überprüfungen für eine neuerliche Änderung dieses Abkommens eingeleitet.

f) Die Kommissionstagungen beschäftigten sich mit einer Reihe von anderen Fragen im Zusammenhang mit dem Kleinen Grenzverkehr wie z. B. Erörterung der Benützungsdauer von GÜSt, Errichtung neuer GÜSt, Gebietsänderungen von Gemeinden und Einbeziehung neuer Ortschaften in den Grenzbereich, Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Grenzgebieten, u. a. m.

Touristenverkehr im Grenzgebiet:

Es ist beabsichtigt, das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den alpinen Touristenverkehr im Grenzgebiet, BGBl. Nr. 22/1967, in der Fassung des Zusatzabkommens BGBl. Nr. 218/1969, durch ein neues, erweitertes Abkommen zu ersetzen. Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten hat Vorsorge getroffen, daß auch das Bundesland Steiermark in den alpinen Touristenverkehr,

- 26 -

der sich bis jetzt nur auf Kärnten erstreckt hatte, einbezogen und in einem neu abzuschließenden Abkommen entsprechend berücksichtigt wird.

Nachstehend darf ich auf folgende Übersichten verweisen:

Anteil des Bundeslandes Steiermark am kleinen Grenzverkehr mit Jugoslawien im Jahre 1976.

	<u>jugosl. Grenzbew.</u>	<u>österr. Grenzbew.</u>
<u>Gesamtfrequenz</u> (Bgld. Stmk. K)	935.292	737.920
<u>Frequenz Stmk.</u>	835.247	684.051
<u>Anteil Stmk.</u>	89 %	93 %

Frequenz der Grenzübertrittsstellen im Kleinen Grenzverkehr mit Jugoslawien

(Bundesländer Burgenland, Steiermark, Kärnten)

Jahr	Österr. Grenzbew.	jugosl. Grenzbew.
1973	833.323	980.736
1974	637.181	867.095
1975	607.743	859.933
1976	737.920	935.292

FLD-Bereich Steiermark

- 27 -

Frequenz der Grenzübertrittsstellen im
Kleinen Grenzverkehr mit Jugoslawien
Vergleich: Kalenderjahre 1975 : 1976

Grenzübertrittsstelle	jugosl. Grenzbewohner		österr. Grenzbewohner	
	1975	1976	1975	1976
St. Anna-Kramarovci	8.952	7.852	18.214	22.968
Gruisla-Tiksinci	5.372	5.588	1.061	1.035
Pölten-Gerlinci	22.679	20.511	2.618	3.108
Goritz-Korovci	6.319	5.135	626	317
Zelting-Cankova	91.505	79.564	14.938	13.693
Sicheldorf-Gederovci	125.740	132.715	43.250	38.912
Radkersburg-Cornja Radgona	238.317	269.648	204.395	264.129
Mureck-Trate	175.817	242.491	185.873	244.812
Weitersfeld-Sladki vrh	5.668	4.183	1.434	1.238
Spielfeld-Sentilj (Straße)	15.751	14.838	16.921	20.686
Spielfeld-Sentilj (Eisenbahn)	482	219	448	130
Ehrenhausen-Plac	5.710	6.254	6.096	7.743
Berghausen-Svečina	577	451	590	952
Sulztal-Spičnik	1.786	1.658	476	449
Langegg-Jurij	27.187	25.291	39.227	45.303
Großwalz-Duh	1.427	2.438	5.289	6.312
Schloßberg-Gradisče	6.754	6.523	3.839	3.700
Arnfels-Kapla	923	787	556	644
Oberhaag-Remšnik	732	697	74	70
Eibiswald-Radlje (Radlpäß)	10.693	7.632	8.806	7.283
Soboth-Muta	245	198	147	84
Laaken-Pernice	390	574	395	483
Gesamtsumme:	753.026	835.247	555.273	684.051
Zunahme in %	10,9 %		23,3 %	

- 28 -

BUNDESLAND STEIERMARK

Frequenz der Grenzübertrittsstellen im
Kleinen Grenzverkehr mit Jugoslawien

Grenzübertrittsstelle	jugosl. Grenzbewohner		österr. Grenzbewohner	
	1973	1974	1973	1974
St.Anna-Kramarovci	3.519	6.845	26.948	20.506
Gruisla-Fiksinci	6.739	4.667	2.997	1.257
Pölten-Gerlinci	17.254	17.218	2.968	2.632
Goritz-Korovci	7.860	8.537	978	715
Zelting-Cankova	68.406	86.137	20.659	19.573
Sicheldorf-Gederovci	118.666	117.924	56.694	45.830
Radkersburg-Cornja	378.463	255.666	315.644	208.210
Radgona	188.095	173.536	200.664	151.989
Weitersfeld-Sladki vrh	2.384	493	1.071	100
Spielfeld-Sentilj (Straße)	17.181	16.193	29.192	19.109
Spielfeld-Sentilj (Eisenbahn)	1.396	1.077	1.267	866
Ehrenhausen-Plac	5.035	5.303	4.545	5.039
Berghausen-Svecina	467	558	631	753
Sulztal-Spicnik	1.918	2.979	453	855
Langegg-Jurij	53.802	44.353	90.579	72.700
Großwalz-Duh	2.358	1.622	6.810	5.455
Schloßberg-Gradisce	5.777	6.183	3.439	3.703
Arnfels-Kapla	1.505	1.206	603	557
Oberhaag-Remsnik	1.287	1.076	128	116
Eibiswald-Radlje (Radlpäß)	13.041	15.244	10.195	12.256
Soboth-Muta	347	279	107	148
Gesamtsumme	895.500	767.096	776.572	572.369
Zu-bzw.-Abnahme in %	- 14 %		- 26 %	

- 29 -

Es verdient auch festgehalten zu werden, daß das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten in enger Zusammenarbeit mit den Vertretungsbehörden im Ausland immer wieder Auslandsreisen politischer Mandatare und offizieller Delegationen des Bundes, der Bundesländer und Landeshauptstädte vorbereitet und die jeweils benötigte Unterstützung und Förderung zuteil werden läßt.

- 30 -

Bundesministerium für Bauten und Technik

Das Bundesministerium für Bauten und Technik hat in der laufenden Legislaturperiode für das Bundesland Steiermark bedeutende Maßnahmen, insbesondere in folgenden Bereichen gesetzt:

Straßenbau,
Bundeshochbau,
Wohnbauförderung,
Wasserwirtschaftsfonds.

Zu den einzelnen Bereichen:

Straßenbau

Aufgrund des Bundesstraßengesetzes 1971 erhielt das Bundesland Steiermark zusätzlich 487 km neue Bundesstraßen. Dieses neue Bundesstraßennetz umfaßt:

Autobahnen	304,5 km
Schnellstraßen	226,7 km
Bundesstraßen B	1.505,1 km
Ab 1. 1. 1977 standen unter Verkehr:	
Autobahnen	57,5 km (Stand 1.1.1978)
Schnellstraßen	27,7 km
Bundesstraßen	1.470,2 km
Ersatzstraßen für	
Bundesschnellstraßen	177,2 km
Autobahnen per 1. 1. 1978:	

	in Bau	in Betrieb
A 2 Süd Autobahn	33,0 km	39,6 km
A 9 Pyhrn Autobahn	48,3 "	17,9 "
(davon Pyhrn Autobahn AG)	32,6 "	-
	81,3 km	57,5 km

- 31 -

Für den Straßenbau standen dem Bundesland Steiermark insgesamt folgende Mittel zur Verfügung:

1975	1.230 Millionen Schilling
1976	1.209 Millionen Schilling
1977	1.249 Millionen Schilling

Das Bauprogramm 1978 sieht 1.489 Millionen Schilling vor.
(einschließlich der Vorfinanzierung).

Für den Ausbau des Abschnittes Hartberg - Ilz (Süd Autobahn) sowie für den Ausbau der Umfahrung Gleisdorf (bis zur Gleisdorfer Bundesstraße B 65) wurde für den Zeitraum 1978 - 1982 ein Vorfinanzierungsrahmen in der Höhe von 1.500 Millionen Schilling vereinbart. Im Jahre 1978 sind dafür 100 Millionen Schilling vorgesehen. (Dieser Betrag ist in der obigen Bauprogrammsumme 1978 bereits enthalten).

Dem Straßenbau in der Steiermark kamen weiters die Bauinvestitionen der Pyhrn-Autobahn-Aktiengesellschaft zugute. Diese betrugen bis Ende 1976 2.455,4 Millionen Schilling. Für das Rechnungsjahr 1977 wurden 620 Millionen Schilling bekanntgegeben.

Der Ausbau des Bundesstraßennetzes konzentrierte sich in der laufenden Legislaturperiode auf folgende Schwerpunkte:

Autobahnen

Baukosten
in Mio.S.

A 2 Süd Autobahn

Mooskirchen-Landesgrenze

Steiermark/Kärnten (29,8 km)

in Bau

3.067

Gleichdorf, Brückenbauarbeiten

46

- 32 -

Gleisdorf-Hartberg

Vergabe von weiteren 15 Brücken	174,7
Umfahrung Gleisdorf	
voraussichtl. Auftragssumme rd.	90,0
Safenregulierung	
(Abschnitt Gleisdorf-Hartberg)	
voraussichtl. Auftragssumme rd.	2,40

A 9 Pyhrn Autobahn

Graz/West - Wildon (12,8 km),	
Baubeginn Mai 1971	
Verkehrsfreigabe der zweiten	
Richtungsfahrbahn 15.11.1975	260
St. Michael - Deutschfeistritz	
(30,0 km; mit 8,3 km langen	
Gleinalmtunnel); diese Strecke	
wird von der Gleinalm-Autobahn-	
Aktiengesellschaft gebaut.	
Baubeginn 6. Oktober 1972,	
Verkehrsfreigabe 11. 8. 1978	
Voraussichtliche Gesamtbaukosten	
ohne Finanzierungskosten	2.800
Wildon - Leibnitz (12,4 km)	
Brückenbauarbeiten	
seit 1975 in Bau 60,3	
Erbauarbeiten seit 1977 in Bau	230
Selzthaltunnel	
seit 1976 in Bau	135
Knoten Selzthal	
im Stadium der Ausschreibung	
voraussichtl. Auftragssumme rd.	120,0

- 33 -

Knoten Selzthal, Probefdamm-	
schüttung seit 1976 in Bau	11,6
Richtstollen Plabutschtunnel	
(bei Vorliegen aller Voraussetzungen)	
voraussichtl. Auftragssumme rd.	100,0
Abschnitt Graz/west-Bachsdorf	
Spielfeld,	
Brückenbauarbeiten,	
seit 1976 in Bau	39,2

Hochbau

A 2 Süd Autobahn

Autobahn - Meisterei Graz:	
III. Bauabschnitt	
Fertigstellung 1976	21,5

In Planung:

Autobahnmeisterei und Autobahn-	
gendarmerie Unterwald	ca. 75
Autobahngendarmerie Graz/west	ca. 12
Autobahnbrückenmeisterei	
Graz/Liebenau	ca. 50

Bundesstraßen S und B

S 6 Semmering Schnellstraße

Umfahrung Mürzzuschlag	
"Ganzsteintunnel" (2,1 km)	
in Bau	393
Umfahrung Kindberg	
Brückenbauarbeiten in Bau	15,5
Kindberg - St. Marein	
Mürzbrücke I	8

- 34 -

S 35 Brucker Schnellstraße

Röthelstein (6,3 km)	
Fertigstellung 1975	103
Frohnleiten - Badl, mit Knoten	
Frohnleiten (5,6 km),	
Fertigstellung 1975	106,6
Rothleiten - Frohnleiten (4,7 km)	
seit 1975 in Bau	169
Umfahrung Peggau 3 Brücken	
Vergabe bevorstehend	105

S 36 Murtal Schnellstraße

Umfahrung Judenburg (5,2 km),	
Baubeginn 1974	
Fertigstellung 1978	189,4

B 20 Mariazeller Bundesstraße

Teicherbrücke samt Straßenrampen	20,6
Rasing - Wegscheid, einschl.	
Salzahammer (B 24 Hochschwab	
Bundesstraße) 14 km	
Fertigstellung 1978	53,5
Tiefenthalerbrücke samt Straßenrampen	6,3
Weißenmannbrücke und Madertaler- durchlaß	13,3

B 23 Lahnsattel Bundesstraße

Flarnhoferhöhe (1,3 km),	
Fertigstellung 1976	15

B 64 Rechberg Bundesstraße

Schrems (4,5 km)	
Fertigstellung 1978	27

- 35 -

B 65 Gleisdorfer Bundesstraße

Nestelbach - Ilz - Groß Wilfersdorf

Betondeckensanierung (9,5 km),

Baubeginn 1978

22

B 67 Grazer Bundesstraße

Nordeinfahrt Graz (3,2 km)

B 67 und B 67a Grazer Ringstraße

Fertigstellung im lfd. Jahr 1978

40,6

Landscha Murbrücke und

Begleitgrabendurchlaß

seit 1976 in Bau

13,5

Landscha (1,1 km)

12,5

Graz - Puntigam (2,2 km)

Baubeginn 1977/78

55

B 69 Südsteirische Grenz-Bundesstraße

Höllgraben - Landesgrenze (2,6 km),

Fertigstellung 1975

50

Kitzelsdorf (1,5 km),

Fertigstellung 1977

14,7

B 70 Packer Bundesstraße

Kärntnerstraße in Graz (2,3 km)

Fertigstellung 1975

29,1

Umfahrung Köflach (1,8 km)

Baubeginn 1975

Fertigstellung 1978

38,3

Hauptplatz Voitsberg

Fertigstellung 1978

11,5

B 76 Radlpäß Bundesstraße

Laßnitz - Hörbing (4,3 km)

Fertigstellung 1975

57,4

- 36 -

Umfahrung Lannach (3,5 km) und Brückenbauarbeiten	
Baubeginn 1976	56
 <u>B 95 Turracher Bundesstraße</u>	
Moorbrücke - Stengenbrücke	
Fertigstellung 1975	35
Tscheppenbrücke - Predlitz (2,6 km)	
Baubeginn 1975	
Fertigstellung 1977	30
 <u>B 112 Gesäuse Bundesstraße</u>	
Abschnitt Scheibenfischerbrücke (1,3 km) und Brücken, seit 1977 in Bau	40,6
Halbbrücke I und II	8,4
 <u>B 113 Schoberpaß Bundesstraße</u>	
Kammern - Mautern (3,6 km)	
Fertigstellung 1975	32,5
Umfahrung Rottenmann (5,0 km), Gesamt fertigstellung 1975	40
 Abzweigespuren St. Michael und Deckensanierung seit 1977 in Bau	17,5
 Kreuzung Seiz und Fußgänger- unterführung einschl. Deckensanierung	
Baubeginn 1977	12
 Selzthal - Liezen (5,9 km) Ausbau	
Fertigstellung 1975	17,1
 <u>B 115 Eisen Bundesstraße</u>	
Umfahrung Altenmarkt (1,5 km)	
Baubeginn 1974	
Fertigstellung 1976	13,3

- 37 -

B 115 a Donawitzer Bundesstraße

Annaberg - Kärnterstraße in Leoben (1 km)

Teilfertigstellung 1975

Gesamt fertigstellung 1977

59

Murbrücke Leoben

Baubeginn 1977

19,7

B 138 Pyhrnpaß Bundesstraße

Ortsdurchfahrt Liezen (2,1 km)

Fertigstellung 1975

20

B 145 Salzkammergut Bundesstraße

Tauplitz - Trautenfels (7 km),

Baubeginn 1974, 1. Teilstück

1976 fertiggestellt

1978 Gesamt fertigstellung

214

B 306 Semmering Ersatzstraße

Mürzzuschlag - Hönigsberg (8,6 km)

Fertigstellung 1977

12,8

B 308 Ennstal Ersatzstraße

Mandling - Klaus (6,8 km)

Oberbauarbeiten

Fertigstellung 1978

24

Umfahrung Gröbming (2,4 km)

Brückenbau - und Fahrbahnarbeiten

Baubeginn 1977

42,7

West- und Osteinfahrt Haus i.E. (2,8 km)

16,0

- 38 -

Hochbau:

Bundesstraßen S + B

Bauhof und Straßenmeisterei

Bruck/Mur

Bauabschnitt I + II

Fertigstellung 1975

54,4

Bauabschnitt III

seit Herbst 1976 in Bau

17

Bauhof und Straßenmeisterei Liezen

Neugestaltung der Heizungs- und

Lüftungsanlagen, Ausbau der Garagen etc.

Fertigstellung 1976

4,6

Straßenmeisterei Frohnleiten

Baubeginn Frühjahr 1978

50

Straßenmeisterei Leibnitz

Bauabschnitt I + II

Baubeginn Herbst 1976

74

Straßenmeisterei Gußwerk

Bauzeit 1975 - 1978

43

Straßenmeisterei Bad Aussee

Bauzeit 1975 - 1978

43

Straßenmeisterei Deutschlandsberg

Bauvergabe demnächst

60

In Planung:

Straßenmeisterei Graz/Liebenau

ca.

50

Straßenmeisterei Hartberg

ca.

50

- 39 -

Geräte und Kraftfahrzeuge

Im Jahre 1977 wurde ein Brückeninspektionsgerät "Hilgers" (dieses Gerät wurde gemeinsam mit dem Bundesland Kärnten angekauft) sowie ein kleines Brückeninspektionsgerät "Passerella" ausgeliefert und beide Geräte arbeiten bereits auf der Bundesautobahn bzw. auf den Bundesstraßen zur vollsten Zufriedenheit.

Frostwarnanlagen stehen derzeit auf Bundesautobahnen

3 Stück in Betrieb, für 1978 sind noch weitere 2 Stück eingeplant; auf Bundesstraßen sind bereits 5 Stück dieser Anlagen installiert und es ist vorgesehen, das Netz noch in dieser Legislaturperiode zu erweitern.

Die auf der Strecke Bruck-Graz (S 35) errichteten Funknotrufanlagen mit Symboltasten haben sich ausgezeichnet bewährt und sind vor allem für die ausländischen Autofahrer bei Unfällen und Pannen eine große Hilfe.

Für das Geräte- und Kfz-Anschaffungsprogramm stehen für die Bundesstraßen A, B und S jährlich rund 35 Millionen Schilling zur Verfügung. Ein Großteil davon wird für die Anschaffung von Winterdienst-Lastkraftwagen, Kraftfahrzeugen für betriebliche Zwecke und Spezialkraftfahrzeuge mit Sonderaufbauten (z.B. Kehrmaschinen) sowie für Winterdienstgeräte (Schneepflüge, -schleudern, -fräsen und Streuautomaten) und Geräte für den Straßenerhaltungsdienst im Sommer verwendet.

Erhaltung

Für die Erhaltung der Bundesstraßen sind im Jahr rund 230 Millionen Schilling vorgesehen, wobei für die bauliche Instandhaltung ein Betrag von rund 60 Millionen Schilling, für

- 40 -

die Bodenmarkierungen rund 20 Millionen Schilling, für die Straßenausrüstung (Leitschienen, Leitpflöcke u. dgl. m.), für die Diesel- und Vergasertreibstoffe sowie für verschiedene Materialeinkäufe (Salz, Split) je nach Bedarf gleitende Beträge enthalten sind.

Ein Betrag von rund 110 Millionen Schilling ist für die Lohnrefundierungen des Erhaltungs-, Fahrer- und Werkstättenpersonals vorgesehen.

Bundeshochbau

Für den Bundeshochbau wurden in der Steiermark in der laufenden Legislaturperiode nachstehende Beträge aufgewendet:

1975	386,4 Millionen Schilling
1976	480,1 Millionen Schilling
1977	414,0 Millionen Schilling

Der Voranschlag 1978 umfaßt 411,7 Millionen Schilling (ohne Leasingbauten).

In diesem Zeitraum wurden nachstehende größere Bauvorhaben fertiggestellt oder werden noch in diesem Jahr fertiggestellt und zur Benützung übergeben.

<u>A. Neubauten</u>	Gesamtbaukosten in Mio.S.
Graz, Universität, Vorklinische Institute Fertigstellung 1977	330,0
Graz, Universitätsplatz 1, Universität, Anorganische Chemie Fertigstellung 1978	145,0

- 41 -

Graz, Universität, Lustbühel, Beobachtungsstation	
Fertigstellung 1976	13,1
Graz, Petersgasse (Schörgelhofgelände) TU, Institut für Physik	
Fertigstellung 1978 (steht unmittelbar bevor)	115,0
Graz-Gösting, HTBLA, Erweiterung Fertigstellung 1976	110,0
Leoben, 2. BG Fertigstellung 1977	56,5
Radkersburg, mus.päd.BRG (Leasing) Fertigstellung 1976	52,0
Eisenerz, mus.päd.BRG, Additivturnhalle	
Fertigstellung 1977	7,0
Weiz, BRG (Leasing) Fertigstellung 1978 (steht unmittelbar bevor)	65,4
Deutschlandsberg, Bundesschulzentrum (Leasing) Fertigstellung 1978 (steht unmittelbar bevor)	126,4
Kapfenberg, BG u.BRG (Leasing) Fertigstellung 1978 (steht unmittelbar bevor)	97,0

- 42 -

Aigen/Ennstal, Wohnhausanlage f. Bundesheerangehörige, 2. Bauabschnitt Fertigstellung 1976	13,4
Gratkorn, Wohnhausanlage für Bundesheer- angehörige, 2. Bauabschnitt Fertigstellung 1976	18,0
Graz, Kirchnerkaserne, Mannschaftsgebäude, Fertigstellung 1977	32,8
Seetaleralpe, TÜPL, Ausbau des A-Lagers, Fertigstellung 1978	98,0
Graz, Belgierkaserne, Ständige Stellungskommission, Fertigstellung 1978	30,0
Graz, Landesgendarmeriekommando, Fertigstellung 1977	180,0
Graz, Paulustorgasse, Bds. Pol. Dion, Fertigteilobjekt Fertigstellung 1978 (steht unmittelbar bevor)	6,5
Eibiswald, Zollwachdienst- und Wohngebäude, Gend. Posten Fertigstellung 1978 (steht unmittelbar bevor)	11,0
Graz, Amtsgeb. f. BGV II und Sicherheitsdirektion, Zubau Fertigstellung 1977	6,7

- 43 -

Raumberg, Höh.BLA f.alpenl.Ldw., Erweiterung	
Fertigstellung 1976	37,7
Piber, Bundeshengstenstallamt,	
Heutrocknungsanlage, Stallgebäude	
Fertigstellung 1977	13,5
<u>B. Instandsetzungen</u>	
Graz, Carnerigasse 30-32, BG	
Erneuerung d.Heizungsanlage	
Fertigstellung 1977	1,380
Graz, Oeverseegasse 28, BG	
Fortsetzung der Generalsanierung	
1976/77	3,500
Leibnitz, Wagnastrasse 6, BG	
2.Abschnitt, Generalsanierung	2,400
Fertigstellung 1977, Beginn 3.Abschnitt	
Generalsanierung 1977/78	1,800
Schielleiten, Bundesportschule, Umbau	
und Generalsanierung d.Verwalterhauses,	
Fertigstellung 1978	5,820
Graz, Schubertstraße 51, Techn.Univ.	
(Systemat.Botanik) Erneuerung d.	
Zentralheizung 1976/77	2,650
Knittelfeld	
Bundesgymnasium	
Generalsanierung und Erweiterung	
1976 fertiggestellt	27,5

- 44 -

Leoben, Franz-Josef-Straße 18, Montanuniversität, 1. Abschnitt d. Generalsanierung, Einbau einer Mensa 1977/78	3,840
Leoben, Peter Tunnerstraße 5 Montanuniversität, Instandsetzungs- arbeiten an der Heizung und den Dächern 1977	1,000
Graz, Universitätsplatz 1 - 5, Universität Graz, lauf. Instandsetzungen an div. Institutsgebäuden 1976 - 78	3,400
Graz, Paulustorgasse 15, Bezirksgericht, Fortsetzung d. Generalsanierung in den Jahren 1976 - 78	7,550
Leoben, Dominikanerg. 11-13, Altes Kreisgericht, Einbau einer Zentral- heizungsanlage u. div. Instandsetzungen 1976 - 78	2,700
Graz, C.v.Hötendorfstraße 41, Landesstrafgericht, Div. Instandsetzungen und Anschluß an die Fernwärmestation 1977/78	2,100
Mariazell, Arthur Krupplatz 21, Bezirksgericht, Generalsanierung, Fertigstellung 1978	3,230
Graz, C.v.Hötendorfstraße 14-18, Finanzlandesdirektion, Div. Instand- setzungsarb. am Gebäude von 1976-78	2,870

- 45 -

Bruck, Herzog Ernstgasse 9, Gendarmeriekaserne, Umbau- und Instandsetzungsarbeiten Fertigstellung 1977	5,870
Graz, Paulustorgasse 8-12, Bundes- polizeidirektion, Div. Instandsetzungs- arbeiten 1976/77	3,750
Stallhofen, Gendarmeriegebäude, Generalsanierung, Fertigstellung 1978	1,950
Feldbach, Ringstraße 29, Bezirksgericht, Generalsanierung, Fertigstellung 1977	9,750
Graz, Herrgottwiesgasse 50, Strafvollzugs- anstalt Karlau, Errichtung einer Produktions- halle, Fertigstellung 1976	9,000
Sanierung im Werkstattentrakt 1978	1,000
Zeltweg, Fliegerhorst Hinterstoisser, Instandsetzung von Abstell- und Rollweg- flächen vor den Hangaren III, IV und V Fertigstellung 1976	4,620
Aigen i.E., Fliegerhorst Fiala Fernbrugg, Sanierung und Erweiterung von Abstell- flächen für Hubschrauber Fertigstellung 1976	4,850
Graz, Kirchner-Kaserne, Objekt 9, Einbau einer Be- und Entlüftungs- anlage in der Truppenküche, Fertigstellung 1977	1,830
Leoben, Kaserne, Objekt 13, Ausbau der sanitären Anlagen, Fertig- stellung 1978	2,600

- 46 -

Folgende größere Bauvorhaben befinden sich derzeit in Durchführung:

<u>A. Neubauten</u>	geschätzte Gesamtbaukosten in Mio.S.
Graz, Inffeldgasse TU, Maschinentechn. Institute	275,0
Graz, Rosenhaingründe, Universität, Sportanlagen	49,0
Graz, Liebenau, Bundeserziehungs- anstalt, Zubau	85,0
Graz, Grenadiergasse, BG f. Mädchen	94,0
Hartberg, Schulzentrum	250,0
Liezen, BHAK, BHS u. BBA f. KG	80,0
Feldbach, BHAK, BHS u. AHS-Oberstufe	110,7
Voitsberg, BHAK u. BHS, 2. BA	39,0
Mürzzuschlag, Bundesschulzentrum	105,0
Judenburg, Schulzentrum (Leasing)	95,7
Weiz, HTBLA, BHAK u. HBLA f. w. Frb. (Leasing)	220,0
Graz, Beethovenstr. 8 Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung	75,0
Liezen, Finanz- u. Arbeitsamt	37,0

- 47 -

B. Instandsetzungen

Graz, Elisabethstraße 27, Adaptierungsarbeiten f. Institute d. Universität Graz	1,500
Graz, Bezirksgericht f. Strafsachen seit 1971 in Bau	34,7
Graz, Kopernikusgasse 24, Techn. Universität Fassadenerneuerung - Teilabschnitt u. allgem. Instandhaltungsarbeiten	3,400
Graz, Hasnerplatz 11-12, BORG, Sanierung der Flachdächer, Beginn 1978	1,250
Piber, Bundesgestüt, Instandsetzungen an d.div. Objekten	4,890
Neuberg/Mürz, Gendarmeriegeb. Generalsanierung, Fertigstellung 1978	1,550
Leibnitz, Bundesrealgymnasium Generalsanierung in Bau	10,5
Leoben, Straußgasse 1, Berghauptmannschaft, Beginn der Generalsanierung 1978	0,800
Oberzeiring, Marktplatz 1, Gendarmeriegebäude Beginn der Generalsanierung 1978	1,000

- 48 -

Graz, Marburgerkai 49, Ober-	
landesgerichtspräsidium	
Div. Instandsetzungen	2,030
Zeltweg, Fliegerhorst Hinterstoisser,	
Objekt 38, zentrales Kesselhaus, Umstellung	
von Kohlen- auf Gasfeuerung	
in Bau	5,100
Aigen i.E. Fliegerhorst Fiala Fernbrugg,	
Objekt 12, Zentralheizungsanlage	
Generalsanierung	
in Bau	2,600
Graz-Thalerhof, Fliegerhorst Nittener,	
Objekt B 23, Nordanbau, Instandsetzung	
in Bau	3,050
Graz, Gablenz-Kaserne,	
Objekt 12, Westtrakt, Ausbau zur Unter-	
bringung der Fernmeldewerkstätten	
in Bau	3,000
Mürzsteg, Jagschloß, Adaptierungsarbeiten	
seit 1974 in Bau	15,0
Folge größere Bauvorhaben befinden sich derzeit im Planungs-	
stadium, wobei über eine endgültige Kostensumme noch keine	
Aussage getroffen werden kann:	

A. Neubauten

Grätz, Heinrichstr. Univ. Phil.Fak.
3. Geisteswissensch.Institut

- 49 -

Graz, Schörgelhof, TU, Biochemie

Graz, Hochschule für Musik und darstellende Kunst

Graz, Lichtenfelsgasse, BG, 2. BA

Graz, Hasnerpl. Päd.Akademie, Turnhalle
(Baubeginn noch 1978)

Graz, Münzgrabenstr. mus.päd.BRG

Graz, St. Peter, AKS u.HBLA f.w.Frb. Erweiterung

Bad Aussee, mus.päd.BRG u.BFS f.w.Frb.u.BHS

Fürstenfeld, BRG, BG u.BHAK

Graz-Göstling, HTBLA f.Masch.Bau u. E-Technik,
Lehrwerkst.-Erweiterung u. 2 Turnhallen

Graz-Körösistr., HTBLA u.BRG

Krieglach, BFS f.w.Frb.

Leoben, HTBLA u.BFS f.w.Frb. (Leasing)

Zeltweg, HTBLA (Leasing)

Leibnitz, BHAK u.BHS (Leasing)

Graz, Kirchner Kaserne, 2. Mannschaftsgebäude
(Baubeginn steht unmittelbar bevor)

Graz, Gablenzkaserne, Mannschaftsgebäude u.Heizzentrale

- 50 -

Graz, Thalerhof, Betriebsgeb. f. Rettungskolonne

St. Michael, Landwehrkaserne

Leoben, Wohnhausanlage

Gumpenstein, Bds. Anst. f. alpenl.

Landwirtschaft, Mehrzweckversuchsstall

Graz, Conrad v. Hötzendorfstr. Landesgericht, Aufstockung

Graz, Karlauerstr. 14, Bds. Pol. Dion

Bad Aussee, Bundesamtsgebäude

Leibnitz, Vermessungsamt

St. Gallen, Gendarmerieposten

Feldbach, Bundesamtsgebäude

Sicheldorf, Zollamt

Graz, Hergottwiesgasse 50,
Strafanstalt Karlau, Verwaltungsgeb.

Maria Lankowitz, Strafanstalt,
Expositur, Gefangenunterkunft,
Bad Aussee, Wohnhaus

B. Instandsetzungen

Schladming, Hauptplatz 18,
Bezirksgericht, Generalsanierung

- 51 -

St.Gallen, Gendarmeriegebäude,
Neubau

Leibnitz, Schmiedgasse 32,
Arbeitsamt, Erweiterung durch Ausbau
des Dachgeschosses

Leoben, Parkstraße 21,
Österr. Gießereiforschungsinstitut,
Erweiterung v. Werkstätten

Voitsberg, Dr.Christian Niederdorferstr.1,
Finanzamt und Bezirksgericht, Umbau
d. Gefangenenhauses für Zwecke d. Finanzamtes

Zeltweg, Fliegerhorst Hinterstoisser,
Objekt 34, Hangar VIII, Werft, Generalausbau

Straß, Erzherzog Johann-Kaserne,
Objekt 1 und 2, Erneuerung der Fenster
und Instandsetzung der Fassaden

Fehring, Hadik-Kaserne,
Generalsanierung der Zentralheizungsanlagen

Feldbach, Van der Groeben-Kaserne,
Generalsanierung der Zentralheizungsanlagen

Zeltweg, Fliegerhorst Hinterstoisser,
Verlängerung der Start- und Landebahn

Graz, ehem. Lazarettfeldkaserne,
Instandsetzung der Fassaden.

- 52 -

Wohnbauförderung

Dem Bundesland Steiermark standen in der laufenden Legislaturperiode aus dem Wohnbauförderungsgesetz folgende Mittel zur Verfügung:

1975	1.036 Millionen Schilling
1976	1.092 Millionen Schilling
1977	1.245 Millionen Schilling

Im Bundesvoranschlag für 1978 sind 1.388 Millionen Schilling vorgesehen.

Für die Wohnungsverbesserung standen der Steiermark aufgrund des Wohnungsverbesserungsgesetzes folgende Bundesmittel zur Verfügung:

1975	16,0 Millionen Schilling
1976	18,7 Millionen Schilling
1977	21,3 Millionen Schilling

Im Bundesvoranschlag für 1978 sind 24,0 Millionen Schilling vorgesehen.

Mit diesen Mitteln wurde die Verbesserung folgender Wohnungen gefördert:

1975	1.760 Wohneinheiten
1976	1.764 Wohneinheiten
1977	2.066 Wohneinheiten

An Annuitätenzuschüssen wurde zugesichert:

- 53 -

1975	77,7 Millionen Schilling
1976	69,2 Millionen Schilling
1977	118,8 Millionen Schilling

Hinsichtlich Eigenmittelpersatzdarlehen und Wohnbeihilfen wurden in der Steiermark nachstehende Summen aufgewendet:

<u>Eigenmittelpersatzdarlehen:</u>	1975	75,9 Millionen Schilling
	1976	132,4 Millionen Schilling
	1977	169,7 Millionen Schilling

<u>Wohnbeihilfen:</u>	1975	42,0 Millionen Schilling
	1976	52,0 Millionen Schilling
	1977	54,3 Millionen Schilling

Wasserwirtschaftsfonds

Der Wasserwirtschaftsfonds brachte in der laufenden Legislaturperiode in der Steiermark für die Errichtung von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen sowie von betrieblichen Abwasserreinigungsanlagen Förderungsmittel in der Gesamthöhe von 907,7 Millionen Schilling zum Einsatz.

Hievon entfielen auf

Öffentliche Wasserversorgungs-	
anlagen	112,9 Millionen Schilling
Einzelwasserversorgungs-	
anlagen	0,1 Millionen Schilling
Öffentliche Abwasserbeseiti-	
gungsanlagen	503,6 Millionen Schilling
betriebliche Abwasser-	
reinigungsanlagen	246,1 Millionen Schilling

- 54 -

Verbesserungen der Richtlinien des Wasserwirtschaftsfonds

Am 1. 8. 1977 wurden neue Richtlinien über die Förderungsbedingungen des Wasserwirtschaftsfonds erlassen. Damit sollen die Bestrebungen der Bundesregierung nach mehr und besserer Lebensqualität in bezug auf die Wasserver- und -entsorgung intensiviert werden. Die Verbesserungen bestehen vor allem in einer Verlängerung des Tilgungszeitraumes für Projekte der Seenreinhaltung, in verbesserten Förderungsbedingungen für kleinere Gemeinden bei der Errichtung von Anlagen sowie in verbesserten Förderungsbedingungen für große Gemeinden bei Erweiterungen von bestehenden Anlagen.

Folgende Großvorhaben wurden gefördert:

Wasserversorgungsanlagen:

	Herstellungs- kosten in Mio.S	Förderungs- summe in Mio.S
WV Leibnitzerfeld, BA 1 (1973 - 1976)	24,5	14,7
StdG. Judenburg, BA 2 (1975)	11,0	4,4
StdG. Liezen, BA 2 (1975)	11,0	4,4
StdG. Mürzzuschlag, BA 4 (1975)	12,0	3,6
Grazer Stadtwerke, AG, BA 1 (1975)	134,0	47,8
WV Leibnitzfeld, BA 2 (1975)	35,8	17,0
WV Feistritztal, BA 2 (1975)	10,9	5,8
MG Trofaiach (1975)	10,0	3,5
WV Köflach-Voitsberg (1975)	22,5	13,5
WV Oberes Raabtal (1975)	30,0	18,0
G. Ramsau am Dachstein (1975 - 1976)	30,0	13,0

- 55 -

MG. Pinggau (1975)	16,0	6,9
G. Spielfeld (1975)	13,0	6,4
MG. Bad Aussee, BA 1 (1975)	25,0	12,4
MG. Frohnleiten, BA 2 (1976)	16,0	6,8
MG. Pöllau, BA 2 (1976)	16,6	6,6
StdG. Fehring, BA 2 (1976)	12,0	5,3
G. Mortantsch (1976)	10,0	4,2
MG. Trofaiach, BA 2 (1976)	24,0	112,0
G. Mühldorf bei Feldkirch, BA 1 (1976)	10,0	4,4
WV Grazerfeld - Südost, BA 2 (1976)	38,0	19,2

Abwasserbeseitigungsanlagen zur Seenreinhaltung:

	Herstellungs- kosten in Mio.S	Förderungs- summe in Mio.S
Grundlsee-Altauseersee (1971 - 1976)	107,8	61,2
Stubenbergsee (1975)	21,5	12,4

Sonstige Abwasserbeseitigungsanlagen:

	Herstellungs- kosten in Mio.S	Förderungs- summe in Mio.S
StdG. Bruck/Mur, BA 2 (1975)	15,5	6,9
StdG. Voitsberg, BA 3 (1975)	16,0	8,0
StdG. Radkersburg (1975-1976)	17,5	9,7

- 56 -

StdG. Judenburg, BA 4 (1975)	29,0	17,0
StdG. Schladming, BA 1 (1975)	38,0	19,9
AV Mürzverband Mürz I, BA 4 (1975)	25,0	17,5
StdG. Graz, BA 5 (1975)	103,4	62,0
MG. Trofaiach, BA 4 (1975 - 1976)	22,5	11,2
AV Leibnitz-Wagna-Kaindorf, BA 2 (1975)	29,5	15,9
AV Leibnitz-Wagna-Kaindorf, BA 3 Verbandskläranlage (1975 - 1976)	42,0	29,4
WV Laßnitz-Wildbach-Gamsbach, BA 1 (1975)	30,0	19,2
WV Grazerfeld, BA 3 (1975)	85,0	47,0
AV Bruck/Mur, Oberaich (1975)	43,0	30,1
G.Ramsau am Dachstein, BA 1 (1975)	28,0	14,6
StdG. Kapfenberg, BA 3 (1976)	20,0	10,0
G.Hall bei Admont, BA 2 (1976)	17,0	8,5
MG. Kalsdorf, BA 2 (1976)	18,0	9,0
G.Lieboch, BA 1 (1976)	23,0	12,7
StdG. Zeltweg, BA 1 (1976)	20,0	11,5
G.Breitenau bei Mixnitz, BA 1 (1976)	20,0	11,3
StdG. Eisenerz (1976)	25,0	15,0
MG. Obdach, BA 1 (1976)	22,0	12,0
StdG. Köflach (1976)	35,0	18,7
StdG. Liezen BA 2 (1976)	26,0	13,0
G. Selzthal, BA 1 (1976)	16,5	9,3
G. St.Lorenzen/Mürztal, BA 1 (1976)	18,0	9,0

- 57 -

MV Mürzverband, BA 4 Mürz II (1976)	20,0	14,0
StdG. Graz, BA 6 (1976)	85,0	49,0
StdG. Leoben, BA 6 (1976)	50,0	29,6
G. Judenburg-Straßengel, BA 1 (1976)	33,0	16,5
MG. Gratwein, BA 1 (1976)	15,0	7,5
MG. Stainz f. AV Raum Stainz, BA 1 (1976)	60,0	36,6
WV Region Gratkorn-Gratwein (1976)	26,0	18,2
G. Spielberg bei Knittelfeld, BA 2 (1976)	16,0	9,3
MG. Unzmarkt-Frauenburg (1976)	19,0	10,6
WV Stainach (1976)	29,0	19,7
RHV Pöls BA 1 (1976)	47,0	32,9

Betriebliche Abwasserreinigungsanlagen:

	Herstellungs- kosten in Mio. S	Förderungs- summe in Mio. S
Fa. Leykam-Mürztaler AG (1975)	1.680,0	704,0
Pölser Zellulose- und Papierfabrik, BA 1 (1976)	530,0	256,3

Bundesministerium für Finanzen

Seitens des Bundesministeriums für Finanzen wurden folgende Maßnahmen gesetzt.

Haftungsübernahmen (Kapitalbeträge):

Übernahme der Nachbürgschaft nach dem EE-Fondsgesetz für 7 Projekte mit einer Haftungssumme von 229.125 Millionen Schilling. Inanspruchnahme aus der Nachbürgschaft nach dem EE-Fondsgesetz mit S 3.333.892,75.

Übernahme der Bundeshaftung für Kreditoperationen der Pyhrn Autobahn AG in Höhe von 2.357.5 Millionen Schilling.

Übernahme der Bundeshaftung für Kredite an die VÖEST-ALPINE AG in Höhe von 500 Millionen Schilling. Der Erlös dient neben Investitionen im Werk Linz auch der Erneuerung und Modernisierung des Werkes Donawitz und dem Ausbau der Finalbetriebe des Werkes Zeltweg.

Übernahme der Rückbürgschaft für Kredite an die Graz-Köflacher Eisenbahn und Bergbaugesellschaft in Höhe von 200 Millionen Schilling zur Finanzierung des Projektes "Tagbau Oberdorf".

Übernahme der Bundeshaftung für Kreditoperationen der Elin-Union AG für elektrische Industrie in Höhe von 224.35 Millionen Schilling, vornehmlich zum Ausbau des Werkes Weiz.

Einleitung des Begutachtungsverfahrens für einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Haftungsgesetzes für die

- 59 -

Elin-Union AG für elektrische Industrie (Aufstockung
des Haftungsrahmens für Kapital um 300 Millionen Schilling
zum weiteren Ausbau des Werkes Weiz.

Darüber hinaus möchte ich noch 2 Beilagen bezüglich der
Leistungen des Bundes im Rahmen des Finanzausgleiches
bzw. der finanziellen Leistungen an privatwirtschaftlichen
Unternehmungen, an denen der Bund beteiligt ist, beilegen.

- 60 -

Bundesland Steiermark

Leistungen des Bundes im Rahmen des Finanzausgleiches

im Interesse des Landes

Aktivitäten des Bundes in der laufenden Legislaturperiode

	1975	1976	1977	1978 ¹⁾	1979 ²⁾
in Mio. S					
<u>nach FAG 1973</u>					
Ertragsanteile an gemeinschaftl. Bundesabgaben einschließl. Spielbankabgabe	3.466'5	3.865'4	4.191'1	4.715'1	4.322'2
<u>Finanzzuweisungen</u>					
Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich	209'0	172'7	171'6	207'1	214'5
Salinenbetriebsstättengemeinden	-	-	-	-	-
ÖBB-Betriebsstättengemeinden	-	-	-	-	-
Theater- u. Orchestergemeinden	-	-	-	-	-
<u>Zweckzuschüsse</u>					
Entwicklungsgebiete	6'5	6'5	6'5	6'5	6'5
Wirtschaftsförderung	5'3	5'3	5'3	5'3	5'3
Naturschutzförderung	0'9	0'9	0'9	0'9	0'9
Theaterführung	5'8	6'1	6'1	6'1	6'1
Umweltschutzförderung	7'8	7'8	7'8	7'8	7'8
Fremdenverkehrsförderung	-	0'2	0'2	0'2	0'2
Personennahverkehrsförderung	-	-	-	-	-
Pflichtschulbausaufwand	-	-	-	-	-
Zivilschutz	-	0'4	0'3	0'3	0'3
Sportförderung	-	0'3	0'3	0'3	0'3
<u>nach Wohnbauförderungsges. 1968</u>					
<u>BGBL.Nr. 230/1967 i.d.g.F.</u>					
gemäß §§ 4 u. 5	986'6	1.034'0	1.187'7	1.358'-	1.290'7
gemäß § 36	16'2	34'8	25'4	29'1	20'6
<u>nach Rückzahlungsbegünstigungsges.</u>					
<u>BGBL.Nr. 336/1972 i.d.g.F.</u>					
gemäß § 10	32'9	22'8	32'2	22'5	19'0
<u>nach Wohnungsverbesserungsgesetz,</u>					
<u>BGBL.Nr. 426/1969 i.d.g.F.</u>					
gemäß § 4	16'0	18'7	21'3	24'0	22'5
<u>nach Katastrophenfondsgesetz,</u>					
<u>BGBL.Nr. 207/1966 i.d.g.F.</u>					
für Schäden in Privatvermögen	50'0	16'0	10'0	0'0	0'0
für Schäden i. Vermögen d. Länder	7'9	28'7	11'0	2'8	3'0
für Schäden i. Vermögen d. Gmnd.	-	-	-	-	-
für Einsatzgeräte d. Feuerwehren	3'8	3'9	4'5	4'7	4'6

1) Bundesvoranschlag 1978

2) unter Bedachtnahme auf die derzeitige Gesetzeslage

- 61 -

Bundesland Steiermark

Leistungen des Bundes im Rahmen des Finanzausgleiches

im Interesse der Gemeinden

Aktivitäten des Bundes in der laufenden Legislaturperiode

	1975	1976	1977	1978 ¹⁾	1979 ²⁾
--	------	------	------	--------------------	--------------------

i n M i o . S

nach FAG 1973

Ertragsanteile an gemeinschaftl.

Bundesabgaben einschließl.

Spielbankabgabe

2.364'4	2.600'7	2.841'3	3.204'1	2.766'2
---------	---------	---------	---------	---------

Finanzzuweisungen

Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich

Salinenbetriebsstättengemeinden	0'4	0'4	0'4	0'4	0'4
ÖBB-Betriebsstättengemeinden	3'6	3'6	3'6	3'6	3'6
Theater- u. Orchestergemeinden	3'5	3'1	3'3	3'3	3'3

Zweckzuschüsse

Entwicklungsgebiete

Wirtschaftsförderung

Naturschutzförderung

Theaterführung

Umweltförderung

Fremdenverkehrsförderung

Personennahverkehrsförderung

Pflichtschulbauaufwand

Zivilschutz

Sportförderung

Nahverkehr

nach Wohnbauförderungsgesetz 1968

BGBl. Nr. 230/1967 i.d.g.F.

gemäß SS 4 u. 5

gemäß § 36

nach Rückzahlungsbegünstigungsgesetz

BGBl. Nr. 336/1972 i.d.g.F.

gemäß § 10

nach Wohnungsverbesserungsgesetz

BGBl. Nr. 426/1969 i.d.g.F.

gemäß § 4

nach Katastrophenfondsgesetz

BGBl. Nr. 207/1966 i.d.g.F.

für Schäden im Privatvermögen

für Schäden im Vermögen d. Länder

für Schäden im Vermögen d. Gmdn.

für Einsatzgeräte d. Feuerwehren

11'5	12'4	10'8	11'0	17'8
------	------	------	------	------

1) Bundesvoranschlag 1978

2) unter Bedachtnahme auf die derzeitige Gesetzeslage

Finanzielle Leistungen an privatwirtschaftliche Unternehmungen, an denen
der Bund beteiligt ist.

	1975	1976	1977	1978	Summe
PAG (KE)	30,000.000,--	30,000.000,--	30,000.000,--	30,000.000,--	120,000.000,--
WAG Linz (KE)	1,714.285,70 (174 WE)	1,026.894,80 (210 WE)	875.971,01 (148 WE)	-- Ø	3,617.151,51 (532 WE)
BUWOG (B.Darl.)	1,300.000,-- (24 WE)	2,000.000,-- (64 WE)	7,500.000,-- (56 WE)	20,000.000,-- (76 WE)	30,800.000,-- (220 WE)
Aichfeld-Murb.					
a) KE	--	--	1,710.000,--	--	1,710.000,--
b) B.Darl.	74,142.549,--	22,998.491,--	55,000.000,--	49,500.000,--	201,641,040,--
FH Graz (Einz.ThV)	15,062.286,70	11,232.851,85	5,501.324,20	7,500.000,--	39,296.462,75
Summe	122,219.121,40	67,258.237,65	100,587.295,21	107,000.000,--	397,064.654,26

KE = Kapitaleinzahlung

WE = Wohnungseinheiten

Zweck:

PAG: Investitionsfinanzierung der Pyhrn-Autobahn

WAG:

BUWOG: Errichtung von Wohnungen im Bundesland Steiermark

Aichfeld-Murboden: Bundesdarlehen für Finanzierungen des
Sonderwohnbauprogrammes in der Region Aichfeld-Murboden.

Flughafen Graz Betriebsges.m.b.H.: Finanzierung von Investitionen im
Treuhandvermögen zum Flughafenausbau

- 63 -

Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz

Einleitend ist festzuhalten, daß die vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz getroffenen Maßnahmen legistischer und administrativer Art - die auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode entsprechend fortgesetzt werden - grundsätzlich gleichermaßen für alle Bundesländer von Bedeutung sind. Eine lückenlose Aufzählung würde daher in diesem Rahmen zu weit führen; eine ausführliche Darstellung ist aber im Bericht über das Gesundheitswesen in Österreich enthalten, der jährlich vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Statistischen Zentralamt herausgegeben wird. Es wird daher nur auf einige Schwerpunkte hinzuweisen sein.

So wurde auf dem Gebiet des Gesundheitswesens durch die Novelle zum Ärztegesetz, BGBl. Nr. 425/1975, bestimmt, daß an Krankenanstalten so viele Ärzte zu beschäftigen sind, daß höchstens auf je 30 Spitalsbetten ein in Ausbildung zum praktischen Arzt stehender Arzt entfällt. Durch diese Bestimmungen wurden an den Krankenanstalten zusätzliche Ausbildungsposten geschaffen.

Die Zahl der promovierten Mediziner ist in letzter Zeit angestiegen, wodurch in absehbarer Zeit der derzeit bestehende Mangel an praktischen Ärzten zu beheben sein wird.

Seit Oktober 1976 werden vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz Förderungsbeiträge für die Spitalsausbildung zum praktischen Arzt gewährt. Durch die Gewährung dieser Förderungsbeiträge sollen 300 zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Seit Beginn der Aktion (Oktober 1976) bis Juni 1978 wurden in ganz Österreich bisher 140 Ärzte mit Förderungsbeiträgen

- 64 -

aus Bundesmitteln an die Rechtsträger von Krankenanstalten gefördert. In der Steiermark handelt es sich um 33 Ärzte und einen Förderungsbetrag von S 2.573.706,74.

Im Rahmen der Facharztausbildung hat der Wissenszuwachs in den letzten Jahren eine Reihe von Subspezialisierungen im Rahmen bestehender Sonderfächer notwendig gemacht. Mit der Novelle zur Ärzte-Ausbildungsordnung, BGBl. Nr. 529/1975, wurde eine ergänzende spezielle Ausbildung in Kinderchirurgie, plastischer Chirurgie, Nuklearmedizin, Kinderneuropsychiatrie, sowie Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie im Rahmen bestehender Sonderfächer eingeführt. Mit der Novelle zur Ärzte-Ausbildungsordnung, BGBl. Nr. 661/1976, wurde der Facharzt für Neurochirurgie in Österreich eingeführt.

Die Zahl der Ausbildungsstellen zum Facharzt konnte von 885 (Stand 31. Dezember 1976) auf 972 (Stand 31. Dezember 1977) erhöht werden, davon 96 in der Steiermark.

Die Zahl der an Krankenanstalten Österreichs insgesamt in Ausbildung stehenden Ärzte konnte von 3.876 (Stand 31. Dezember 1976) auf 4.190 (Stand 31. Dezember 1977) gesteigert werden, was einem Zuwachs von rund 8 % entspricht. In der Steiermark konnte von 1976 auf 1977 eine Steigerung von 474 auf 539 (+ 65) in Ausbildung stehende Ärzte erzielt werden.

Zur Sicherstellung der künftigen zahnmedizinischen Versorgung der Bevölkerung wurde im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung der Ausbau der Universitätszahnkliniken weiter intensiviert. Die Zahl der zahnmedizinischen Ausbildungsplätze bzw. die Zahl der bezahlten Ausbildungsstellen konnte wesentlich erhöht werden.

Derzeit bestehen in Graz 34 Ausbildungsstellen, ab 1. März 1979 werden es 50 Ausbildungsstellen sein. Die gesamtösterreichische Ausbildungskapazität wird dann 260 Ausbildungsstellen betragen, d.h. es werden 130 Zahnärzte pro Jahr fertig werden. Die Abgänge an Zahnärzten betragen in ganz

- 65 -

Österreich jährlich ca. 30, die der Dentisten zwischen 40 und 60.

Da die Gesamtausbildungskapazität ab 1979 nach Ansicht aller Experten ausreichend sein wird, könnte mittelfristig die gewünschte Meßzahl von 2.400 Einwohnern pro Zahnarzt überall in Österreich erreicht werden.

Auch auf dem Gebiet der Ausbildung im Krankenpflegefachdienst hält die seit Inkrafttreten der Krankenpflegegesetznovelle 1973 (Senkung des Eintrittsalters in die Krankenpflegeschulen) eingesetzte Steigerung der Schülerzahlen an Krankenpflegeschulen an. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der allgemeinen Krankenpflege konnte von 5.874 (Stand 31. Dezember 1976) auf 6.085 (Stand 31. Dezember 1977) gesteigert werden. In der Steiermark wurde von 1976 auf 1977 eine Steigerung von 881 auf 894 erzielt. Die Bewerbungen übersteigen weiterhin die Aufnahmekapazität der Ausbildungsstätten und dies obwohl die Aufnahmekapazität der Krankenpflegeschulen wesentlich erhöht werden konnte. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat durch eine gezielte Investitionsförderung dazu beigetragen, daß nicht nur neue Krankenpflegeschulen errichtet wurden, sondern auch die Zahl der an den Schulen geführten Ausbildungslehrgänge gesteigert werden konnte.

Diese erfreuliche Tendenz zeigt sich auch am Personalstand des Krankenpflegefachdienstes in den Krankenanstalten Österreichs, der von 1976 auf 1977 von 19.098 auf 20.123 gesteigert werden konnte. In der Steiermark konnte eine Steigerung von 2.997 auf 3.103 erzielt werden.

Auch in den anderen Sparten der durch das Krankenpflegegesetz geregelten Berufe zeigt sich eine erfreuliche Tendenz der Steigerung der Schülerzahlen und der Ausbildungskapazität sowie des Personalstandes in den Krankenanstalten.

- 66 -

Durch Novellierung des Krankenpflegegesetzes und des Ärztegesetzes im Jahr 1975 wurde ferner die Verabreichung von Injektionen und die Blutabnahme durch das diplomierte Krankenpflegepersonal bzw. durch medizinisch-technische Assistentinnen vorgesehen. Diese Neuregelung ist einerseits eine Entlastung für die Ärzte in österreichischen Spitälern und trägt andererseits zur Hebung des Berufsbildes dieses Personenkreises im Sinne einer vermehrten Eigenverantwortung bei.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat einen österreichischen Krankenanstaltenplan in zwei Teilen (A-Akutversorgung, B-Langzeit- und Sonderversorgung) ausgearbeitet, der die von der zweiten Novelle zum Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 281/1974, festgelegten Gliederungsprinzipien und Minimalanforderungen der Krankenanstalten (Standard-, Schwerpunkt- und Zentralversorgung) in einen gesamtösterreichischen Regionalplan umsetzt.

Teil B befaßt sich mit der Langzeit- und Sonderversorgung, also mit der Betreuung von chronisch Kranken, psychisch Kranken und Behinderten. In diesem Teil wird ein Katalog von notwendig erscheinenden Versorgungseinrichtungen angeführt und für die einzelnen Gruppen von Betreuungsbedürftigen angegeben, welche Einrichtungen in welcher regionalen Verteilung vorhanden sein müssen.

An Zweckzuschüssen des Bundes gemäß §§ 57 - 59 des Krankenanstaltengesetzes wurden für das Land Steiermark im Jahre 1975 S 74,589.333, im Jahre 1976 S 83,936.334 und im Jahre 1977 S 93,686.480 geleistet. Dazu kommen S 42,450.800 (1975), S 37,970.000 (1976) und S 39,452.500 (1977) im Rahmen der Krankenanstalten-Investitionsförderung, sowie S 3,746.000 (1975), S 3,544.000 (1976) und S 2,415.000 (1977) für Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Peri- und Neonatologie.

- 67 -

Am 30. Juni 1978 wurde vom Nationalrat eine zwischen dem Bund und den Ländern auf Grund des Artikel 15a B-VG abgeschlossene Vereinbarung über eine Neuregelung der Krankenanstaltenfinanzierung genehmigt.

Auf Grund dieser Vereinbarung werden in den nächsten Jahren den Krankenanstalten in den einzelnen Bundesländern wesentlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, als dies bisher der Fall gewesen ist.

Im Jahre 1977 wurden den Krankenanstalten seitens des Bundes an Zweckzuschüssen zum Betriebsabgang und an Zuwendungen für Investitionen insgesamt S 945,985.071 zur Verfügung gestellt. Demgegenüber werden die Zuwendungen für die Krankenanstalten im Jahre 1978 das Zweieinhalbache erreichen. Dementsprechend wird sich auch der auf die Krankenanstalten der Steiermark entfallende Anteil verhältnismäßig erhöhen. Das gleiche gilt für die weitere Dauer des Bestehens dieser Vereinbarung.

Ferner muß darauf hingewiesen werden, daß einerseits durch den Mutter-Kind-Paß mit seiner regelmäßigen Betreuung von Mutter und Kind, sowie durch den gleichzeitigen Ausbau geburtshilflicher Abteilungen und Neonatologiestationen in den Spitäler - zu dem die vorstehend erwähnten Förderungsmaßnahmen nicht unwesentlich beigetragen haben - die Säuglingssterblichkeit erheblich zurückgegangen ist.

Insgesamt ist seit den ersten Maßnahmen des Gesundheitsministeriums im Jahre 1972 die Säuglingssterblichkeit von 26,1 Promille auf 16,9 Promille im Jahre 1977 reduziert worden. Dies bedeutet bereits eine Senkung im Bundesdurchschnitt um 35,3 %, also eine Senkung um mehr als ein Drittel in nur sechs Jahren.

Erfreulicherweise hält diese Tendenz weiter an, in den Monaten Jänner bis Mai 1978 ist die Säuglingssterblichkeit

bereits auf 14,4 Promille gesunken.

Um den Ärzten und Kurgästen sowie den Fremdenverkehrs-
werbestellen und Reisebüros präzise Informationen über die
österreichischen Heilbäder und Kurorte in die Hand zu ge-
ben, hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umwelt-
schutz das "Österreichische Heilbäder- und Kurortebuch"
herausgegeben und im Jahre 1975/76 unter anderem an alle
praktizierenden Ärzte zur Verteilung gebracht. Dieses
Buch enthält vor allem fachliche Informationen über den
neuesten Stand der Bäder- und Klimabehandlung und leistet
hiermit einen wesentlichen Beitrag, um die Aufmerksamkeit
der Ärzteschaft auf ein bislang weniger beachtetes Teil-
gebiet medizinischer Therapiemöglichkeiten zu lenken.

Das Buch wird auch weiterhin vom Bundesministerium für
Gesundheit und Umweltschutz allen in Österreich nieder-
gelassenen Ärzten über Anforderung kostenlos zur Verfügung
gestellt.

Am 27. Mai 1975 wurde der Beirat für Psychische Hygiene
und am 20. Februar 1976 der Bundesbeirat für Behinderte
errichtet. Diese Beiräte wurden ins Leben gerufen, um
den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz in
seinen Bestrebungen hinsichtlich der Verbesserung und
Modernisierung der psychiatrischen Versorgung der Bevöl-
kerung und einer Besserstellung der Behinderten in ihren
gesundheitlichen, sozialen und beruflichen Chancen beratend
und begutachtend zu unterstützen.

Der Beirat für Psychische Hygiene hat dem Bundesministerium
für Gesundheit und Umweltschutz Leitlinien hinsichtlich der
weiteren Planung des Bundeskrankenanstaltenplanes gesetzt
und zwar in zweifacher Hinsicht:

- 1) Eine Trennung der geistig Behinderten aus den
Psychiatrischen Krankenanstalten herbeizuführen und
- 2) die Schaffung von Psychiatrisch-Neurologischen
Abteilungen an den Schwerpunktkrankenhäusern.

- 69 -

Ferner wurde der Österreichischen Gesellschaft für Psychische Hygiene, Landesgruppe Steiermark, ein Forschungsauftrag "Evaluierung der Arbeit eines Beratungszentrums für psychische und soziale Fragen" erteilt. Diese Projektstudie liegt auf der Linie des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz, die psychiatrische Versorgung der österreichischen Bevölkerung zu modernisieren und zu humanisieren.

Auf dem Gebiet der Selbstmordverhütung wurde durch großzügige Subventionierung des mit Unterstützung des ho. Bundesministeriums gegründeten Vereins "Kriseninterventionszentrum" ermöglicht, daß sich der Verein ein ambulantes Behandlungszentrum in Wien schaffen konnte, welches am 13. Juni 1977 eröffnet wurde.

Auf dem Sektor der Gesundheitsaufklärung wurde zur Bekämpfung des Mißbrauchs von Alkohol eine großangelegte Aufklärungskampagne unter dem Motto "Aktion klarer Kopf" in Form einer Broschüre durchgeführt.

Der vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in Auftrag gegebene Alkohol-Aufklärungsfilm "Das verlorene Maß" ist bereits fertiggestellt und wurde sowohl dem Österreichischen Gewerkschaftsbund als auch dem Österreichischen FilmService zur Vorführung bzw. zum Verleih zur Verfügung gestellt.

Der Alkohol- und Suchtmittelbeirat hat für seine Tätigkeit während der neuen Funktionsperiode 1978/81 als Grundlage eine Prioritätenliste erstellt, welche folgende Schwerpunkte beinhaltet:

- 1) Aufklärung über Mißbrauch von Alkohol und Drogen,
- 2) sinnvolle Gesundheitsstatistik,
- 3) interministerielle Hilfestellung,
- 4) Auswirkungen der 1960 eingeführten 0,8 Promille-Grenze.

- 70 -

Weiters hat das Bundesministerium eine Raucherfibel in großer Auflage herausgebracht, deren Nachfrage derart stark war, daß diese Broschüre zweimal nachgedruckt werden mußte.

Auf dem Gebiet der Gesundheitsaufklärung sind ferner noch zwei neue Broschüren zu erwähnen. Es handelt sich um die Fibel "Mein Kind soll zu dick sein?" und befaßt sich mit richtiger Ernährung bei Säugling, Kleinkind und Schulkind. Die zweite Broschüre trägt den Titel "Die ersten 12 Monate" und stellt einen Leitfaden für die Kontrolle der Entwicklung des Säuglings, sowie für Babypflege und Ernährung dar.

Eine detaillierte Angabe der zusätzlich zu den o.a. Zweckzuschüssen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens für das Land Steiermark erbrachten finanziellen Leistungen des Bundes ist der beigeschlossenen Anlage zu entnehmen.

Auf dem Gebiet des Umweltschutzes hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz während der laufenden Legislaturperiode, dem gesetzlichen Auftrag folgend, seine Tätigkeit als Koordinator in Zusammenarbeit mit den in Betracht kommenden Bundesministerien, aber auch mit den Bundesländern fortgesetzt.

Diese schwierige Aufgabe konnte nur durch die Kooperation aller Beteiligten, wozu auch die verschiedenen Interessenvertretungen und andere gesellschaftstragende Kräfte zu zählen sind, bewältigt werden. Wesentliche Hilfe leistete auch das Interministerielle Komitee für Umweltschutz, der Beirat für Umweltschutz und der Wissenschaftliche Beirat für Umwelthygiene. Der Wissenschaftliche Beirat für Umwelthygiene bzw. seine Arbeitsgruppen beschäftigten sich mit der Erarbeitung von fachlichen Beiträgen zum Umweltschutzgesetz, den Richtlinien 3 und 4 (Bleikerzenmethode und Bergerhoff-Verfahren), der Richtlinie 5 (Empfehlungen über die Lärmbelastung), die in der weiß-

- 71 -

blauen Buchreihe des Bundesministeriums herausgegeben wurden und der vorläufigen Richtlinie Kohlenmonoxid, die das Ressort in der weiß-grünen Reihe publizierte.

Ein bedeutender Schwerpunkt der Tätigkeit des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz lag in der Zweckforschung. Das im Jahre 1976 erstellte mittelfristige Forschungskonzept gibt nicht nur nach innen und außen die fachlichen Intentionen des Ressorts auf dem jeweiligen Fachgebiet wieder, sondern dient darüber hinaus als mittelfristiges Orientierungs- und Planungsinstrument bei der Prüfung von Vorhaben der einschlägigen Zweckforschung.

Die im Jahre 1974 eröffnete Publikationsreihe "Beiträge zum Umweltschutz" wurde in etwas abgeänderter Form weitergeführt und dient der Veröffentlichung von Ergebnissen der Zweckforschung und Zweckforschungsförderung. Diese Arbeiten bilden eine wertvolle Basis für eine effiziente Planungstätigkeit und helfen bei der Entscheidungsfindung der einschlägigen öffentlichen und privaten Stellen.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat ferner seine Aktion, die Bundesländer mit Geräten zur Messung umweltschädigender Substanzen sowie mit Umweltmeßwagen als fahrbare Meßplattformen auszustatten, fortgeführt, sodaß nunmehr alle Bundesländer über derartige Einrichtungen verfügen. Die Organisation der Ausstattung erfolgt im Einvernehmen mit der Abteilung für Lufthygiene der Bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalt Wien.

Dem Land Steiermark wurden seit Beginn dieser Legislaturperiode Meßgeräte im Wert von 4,7 Millionen Schilling, den Ländern insgesamt im Wert von über 39 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Durch die Vergabe von Meßgeräten an alle Bundesländer - und zwar jeweils Geräte derselben Bauart - sowie durch die vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz erarbeiteten einheitlichen Meßmethoden ist eine einheitliche Erfassung der Umweltsituation in Österreich gewährleistet. Nur gleichartige Meßgeräte, die nach einheitlichen Meßmethoden eingesetzt werden, liefern auch vergleichbare Ergebnisse. Durch diese bundesweite Aktion wurden daher erstmalig die Voraussetzungen für eine einheitliche Feststellung der Umweltbelastungen in Österreich geschaffen. Dies ist eine wesentliche Aufgabe im Rahmen der dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz zukommenden Zuständigkeit zur Koordinierung auf allen Gebieten des Umweltschutzes. Durch die Initiative des Ressorts konnte auch eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium und den Landsexperten einerseits und zwischen den Landsexperten untereinander andererseits erreicht werden.

Der Erfolg der Geräteaktion zeigt sich bereits derzeit in einer immer genaueren und engmaschigeren Erfassung von umweltfremden und umweltschädigenden Substanzen, die eine wertvolle und unerlässliche Grundlage für alle Maßnahmen auf dem Gebiete des Umweltschutzes darstellt.

Neben der erwähnten Bedeutung der Langzeitbeobachtungen haben sich die vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz zur Verfügung gestellten Geräte durch den jederzeit möglichen konzentrierten Einsatz an neuralgischen Punkten auch hinsichtlich der raschen Erfassung einer konkreten Umweltsituation bewährt.

Die Arbeiten an dem in Aussicht genommenen Umweltschutzgesetz, durch das bundeseinheitliche Rechtsvorschriften zur Minimierung

- 73 -

der Umweltbelastung im Interesse der menschlichen Gesundheit erlassen werden, wurden fortgesetzt. Dieses Gesetz soll das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in die Lage versetzen, seinem gesetzlichen Koordinationsauftrag besser als bisher entsprechen zu können.

Auf der Grundlage eines vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz herausgegebenen "Rahmenkonzepts für die Abfallbeseitigung Österreichs" strebt das Ressort die Errichtung eines Müllbeseitigungsplans an, der bei Wahrung der derzeitigen Kompetenzverteilung Verbesserungen in der umweltfreundlichen Wiederverwertung und Beseitigung des Mülls unterstützt. Die wirtschaftliche Unterstützung von Einrichtungen der Müllbeseitigung soll in Abhängigkeit von den im "Rahmenkonzept Abfallbeseitigung" umrissenen allgemeinen Planungen und den darauf noch zu entwickelnden Spezialplanungen erfolgen.

Wie der Verfassungsgerichtshof in seinem Kompetenzfeststellungserkenntnis zum Entwurf eines Wiener Sonderabfallbeseitigungsgesetzes festgestellt hat, kommen dem Bund zahlreiche Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft zu. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz ist daher bestrebt, die gesamte Problematik der schadlosen Wiederverwertung oder Beseitigung von Sonderabfällen einschließlich Altölen einer den Anliegen des Umweltschutzes, aber auch den wirtschaftlichen Interessen gerecht werdenden Lösung zuzuführen. Das Ressort arbeitet daher an einem umfassenden Abfallwirtschaftsgesetz, das den gesamten Problemkreis der Sonderabfälle umfassen wird.

Lärm ist zu einem negativen Indikator für Lebensqualität, zum unmittelbarsten negativen Umwelterlebnis geworden. Das Bundes-

- 74 -

ministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat daher mit Unterstützung hervorragender Fachleute eine Anti-Lärm-Kampagne gestartet.

Die Lärmfibel soll die Bevölkerung über die gesundheitlichen Risken der Lärmbelastung aufklären; die Lärmfibel soll aber auch jeden einzelnen zum Nachdenken anregen, wieviel er eigentlich selbst Lärm vermeiden und damit zu einer Verbesserung der Umwelt beitragen kann.

In bestimmten Bereichen ist aber der einzelne weitgehend außerstande, sich und seine Mitmenschen vor Lärm zu schützen. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat daher seine Zielvorstellungen über die Grenzen zumutbarer Lärmbelastung in Wohngebieten in einer Empfehlung dargelegt. Es wird sich dafür einsetzen, daß die in dieser Empfehlung angeführten Grenzwerte den Maßstab für die Praxis der behördlichen Planungs- und Entscheidungstätigkeit darstellen.

Das Ministerium hat auch Richtlinien zur Lärmmessung und -begrenzung ausgearbeitet. Es wird Aufgabe der betroffenen Behörden, aber auch der Wirtschaft sein, durch dieses vom Ressort geschaffene Instrumentarium zu einer Verringerung der Lärmbelastung und damit zu einer fühlbaren Verbesserung der Lebensqualität der österreichischen Bevölkerung beizutragen.

Auf dem Gebiet des Strahlenschutzes wurden die gesundheits- und umweltschutzpolitischen Aktivitäten während der laufenden Legislaturperiode weiter verstärkt.

Als gemäß § 41 des Strahlenschutzgesetzes in 1. Instanz zuständige Behörde hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz umfangreiche Bewilligungsverfahren für das

- 75 -

Kernkraftwerk Zwentendorf, das Forschungszentrum Seibersdorf, insbesondere für das International Analytical Safeguard Laboratory, und für Elektronenbeschleuniger in Krananlagen durchgeführt.

Das im Jahre 1971 eingeleitete Verfahren zur Bewilligung der Errichtung des Kernkraftwerkes Zwentendorf gemäß § 5 Abs. 1 des Strahlenschutzgesetzes wurde fortgesetzt. Im Sinne der Bestimmungen des § 5 Abs. 8 Strahlenschutzgesetz wurden zur Beurteilung der Frage, ob für den Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen einschließlich ihrer Nachkommenschaft vor Schäden durch ionisierende Strahlen in ausreichendem Maß Vorsorge getroffen wird, Sachverständige für die in Betracht kommenden Fachgebiete gehört. Bei der Auswahl von Sachverständigen wurde ein äußerst strenger Maßstab in bezug auf die Qualifikation der zustellenden Personen gelegt.

Die Beobachtungsstationen bei Bezirksverwaltungsbehörden im Sinne des § 38 Strahlenschutzgesetz zum Zwecke der raschen Erkennung von großräumigen Anstiegen von Strahlenpegeln wurden weiter ausgebaut. Als langfristiges Ausbauziel sind etwa 300 Beobachtungsstationen, verteilt über ganz Österreich, vorgesehen. Im Hinblick auf die gebotene besondere Kontrolle der Umgebung des Kernkraftwerkes Zwentendorf sind allein in diesem Raum 7 Stationen, in der Steiermark 30 Stationen des Strahlenfrühwarnsystems in Betrieb. Dieses Strahlenwarnsystem wird mit Hilfe der bereits in Angriff genommenen Datenfernübertragung über ein Strahlenschutzmeldenetz (Fernwirksystem), das alle Stationen mit den Warnzentralen der Länder und des Bundes verbindet, als Strahlenfrühwarnsystem für Anlaßfälle der umfassenden Landesverteidigung dienen.

- 76 -

Zur großräumigen Überwachung des Bundesgebietes wurden Radioaktivitätsmessungen in der Luft, in Niederschlägen und in Lebensmitteln durchgeführt.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz bekundete sein Interesse an der periodischen Kontrolle der steirischen Trinkwässer auf radioaktive Verunreinigungen und richtete daher im Rahmen der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Graz eine Radioaktivitätsmeßstelle ein.

Weiters hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz den Ankauf von Trinkwasserbereitern mit einer Einrichtung zur Dekontamination allenfalls radioaktiv verseuchter Wässer durch die Österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuz gefördert sowie den Ankauf von Strahlenmeßeinrichtungen durch den Bundesfeuerwehrverband. Letztere kommen auch dem Landesfeuerwehrkommando Steiermark zugute. Die steirische Feuerwehr ist dadurch in der Lage, bei allfälligen Einsätzen in verstrahlten Zonen sowohl ihr eigenes Personal zu schützen, als auch radioaktiv kontaminierte Flächen besser zu kontrollieren.

Ab dem Jahr 1976 werden die Kosten für ärztliche Untersuchungen für nicht unfallversicherte, beruflich strahlenexponierte Personen vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz an die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter rückgestattet. Diese Vereinbarung wird im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für soziale Verwaltung getroffen.

Über die "Radioaktivitätsmessungen in Österreich 1970 - 1974" wurde im Jahre 1975 ein Bericht des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz veröffentlicht.

- 77 -

im Jahre 1975 wurde ferner vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz die "Strahlenkarte Österreichs" veröffentlicht, in der die mittleren Bevölkerungsdosen im Freien durch terrestrische und kosmische Strahlung tabellarisch und in 5 Österreichkarten dargestellt sind.

Das neue Lebensmittelgesetz 1975 trägt dem Gesundheitsschutz des Verbrauchers in einer die Fortschritte von Wissenschaft und Technik berücksichtigenden Weise voll Rechnung. Die bisherigen Ergebnisse der Lebensmittelüberwachung lassen bereits die Vorzüge dieses Gesetzes erkennen. Bisher wurden bereits zehn Verordnungen auf Grund des Lebensmittelgesetzes erlassen; insbesondere wird auf die Schädlingsbekämpfungs-mittel-Höchstwerteverordnung, die Verordnung über die Einfuhr von Eipräparaten, die Konservierungsmittel-Verordnung, die Verordnung über Extrawurst, die Lebensmittelimportmeldeverordnung und die Zusatzstoffkennzeichnungsverordnung hingewiesen. Vier weitere Verordnungsentwürfe werden derzeit von einem eigens hiezu eingesetzten Expertenkomitee beraten.

Durch das Lebensmittelgesetz 1975 wurde auch die Tätigkeit der Lebensmitteluntersuchungsanstalten wesentlich intensiviert. Die fortschreitende Technisierung und die notwendige Rationalisierung bedingen einen steigenden Bedarf an aufwendiger apparativer Ausrüstung. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat daher in den Jahren 1975 bis 1977 apparative Anschaffungen für die Lebensmitteluntersuchungsanstalten in der Höhe von rund 29 Millionen Schilling getätigt. Diese Ausgaben verteilen sich auf die einzelnen Anstalten wie folgt:

- 78 -

	1975	1976	1977
BAfLU Graz	1,259.200	350.000	928.000
BAfLU Innsbruck	228.700	1,216.300	1,279.000
BAfLU Linz	264.000	524.300	754.700
BAfLUuF Wien	7,585.200	8,957.300	5,641.000
 zusammen	 9,337.100	 11,047.900	 8,602.700

Auf Initiative des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz wurden auch in Zusammenarbeit mit den Lebensmitteluntersuchungsanstalten die Untersuchungsprogramme hinsichtlich Inhalt und Umfang den modernen Erfordernissen entsprechend ausgebaut. Als Schwerpunkte sind neben der verstärkten Überwachung von Pestizidrückständen auf Lebensmitteln eine intensivierte Kontrolle der Lebensmittelimporte zu nennen. Ferner wurde das Programm für bakteriologische Lebensmitteluntersuchungen wesentlich erweitert.

Auf dem Gebiet des Veterinärwesens kann darauf hingewiesen werden, daß seit 1975 im gesamten Bundesgebiet kein Fall von Maul- und Klauenseuche aufgetreten ist, obwohl 1976 in der Bundesrepublik Deutschland vereinzelt und in Italien ausgebreitet die Maul- und Klauenseuche herrschte. Auf Grund besonderer Maßnahmen konnte jedoch die Einschleppung dieser Seuche aus dem Ausland verhindert werden.

Für die Amtstierärzte sämtlicher Bundesländer wurden von der Veterinärverwaltung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz mehrtägige Fortbildungskurse abgehalten. Die Vorträge umfaßten aktuelle Probleme der Tierseuchenbekämpfung, insbesondere der Wutkrankheit und der für die Massentierhaltung ausschlaggebenden Geflügelseuchen, verschiedene veterinärmedi-

- 79 -

zinische Aspekte der Fleischbeschau bei Wildtieren und die Tierkörperbeseitigung.

In einer Reihe von Zivilschutzkursen soll die gesamte Amtstierärzteschaft Österreichs mit den neuesten Erkenntnissen auf diesem Gebiet vertraut gemacht werden. Der erste Kurs fand im April 1978 statt, wobei auch Teilnehmer aus dem Bundesland Steiermark vertreten waren.

Über Initiative des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz wurde im November/Dezember 1977 wieder die jährliche Schutzimpfung aller Rinder, Schafe und Ziegen gegen die Maul- und Klauenseuche durchgeführt. Dieser Schutzmaßnahme wurden sämtliche Rinder und kleine Wiederkäuer unterzogen, die in einem Umkreis von etwa 15 km um die Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren in Wien-Hetzendorf gehalten werden.

ANLAGE

- 80 -

Zusammenfassung der Ausgaben des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz für das Bundesland Steiermark

	1972	1973	1974	1975	1976
Krankenanstalten- Investitionsförderung	-	39,950.000	39,950.000	42,450.800	37,970.000
Hör- und Sehtestgeräte	-	-	-	23.000	-
Perinatologie- Neonatologie	219.000	-	3,270.000	3,546.000	3,544.000
Mutter-Kind-Paß	-	-	600.000	512.000	480.000
Funkdienst	2,000.000	1,000.000	-	500.000	-
Ärzteausbildung	-	-	-	-	7.000
Tuberkulin	4.000	23.000	26.000	44.000	37.000
ECG-Vakzine	411.000	507.000	424.000	42.000	45.000
Diphtherie-Tetanus- Pertussis-Vakzine	378.000	317.000	335.000	411.000	197.000
Pocken-Vakzine	165.000	155.000	153.000	197.000	199.000
Polio-Salvakzine	815.000	610.000	726.000	731.000	743.000
Röteln-Immfstoff	-	-	-	314.000	233.000
FSME-Immfstoff	-	-	-	-	-
Anti-D-Globulin	-	-	-	30.000	140.000
Fluortabletten	114.000	122.000	-	-	-
Summe Prophylaxe	1,887.000	1,934.000	1,664.000	1,769.000	1,594.000
Stoffwechselanomalien	-	-	-	120.000	120.000

.1.

- 81 -

-2-

	1972	1973	1974	1975	1976
--	------	------	------	------	------

Subventionen:

Verein Volksheim Kapfenberg	-	-	-	250.000	100.000
KH Schladming	60.000	60.000	-	-	-
Barmherzige Brüder Graz	146.000	160.000	200.000	200.000	50.000
Berufsförderungsinstitut Graz	40.000	-	-	-	-
Österr. Krebsgesellschaft Steiermark	30.000	-	-	-	-
Steirische Gesellschaft für Gesundheitsschutz	-	1,250.000	1,500.000	1,500.000	500.000
Summe Subventionen	276.000	1,470.000	1,700.000	1,950.000	650.000
Insgesamt	4,382.000	44,354.000	47,184.000	59.870.800	44.555.000

Ausgaben für Steiermark

1977

Krankenanstalten-
Investitionsförderung 39,452.500

Hör- und Sehtestgeräte . . .

Perinatologie -
Neonatologie 2,415.000

Mutter-Kind-Paß . . .

Funkdienst 500.000

Ärzteausbildung 1,929.000

Tuberkulin 38.000

BCC-Vakzine 94.000

Diphtherie-Tetanus-
Pertussis Vakzine 305.000

Pockenvakzine 151.000

Polio-Oral-Vakzine 867.000

Röteln-Irrstoff 347.000

FS'E-I-pfstoff 57.000

Anti-D-Globulin 107.000

Fluortabletten -

Summe Proph-laxe 1,966.000

Stoffwechselanomalien **)

*) Die Kosten werden ab 1977 vom BM. für Finanzen getragen.

**) 1977 erfolgte die Kostenrefundierung nur noch an das Bundesland Wien

- 83 -

- 4 -

1977

Subventionen:

Sportärztliche
Untersuchungsblätter 39.000

Steirische Gesell-
schaft für Gesund-
heitsschutz 1,000.000

Summe Subventionen 1,039.000

Insgesamt 47,301.500

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und IndustrieAußenhandel und Integration

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie hat im Interesse der österreichischen Exportwirtschaft an der weiteren Verbesserung der Förderungs- und Finanzierungsinstrumente und am Ausbau des bestehenden Netzes von Informations- und Kontaktmöglichkeiten mitgewirkt. In zahlreichen Wirtschaftsverhandlungen war es bestrebt, die Voraussetzungen für eine bessere geographische Streuung der österreichischen Exporte - ohne Vernachlässigung der traditionellen Handelspartner - sowie eine Erhöhung des Fertigwarenanteiles zu schaffen. Durch die Ausweitung bereits bestehender Handels-, Zahlungs- und Kooperationsabkommen und den Abschluß neuer Verträge ist es gelungen, die Grundlage für gedeihliche wirtschaftliche Beziehungen zu festigen.

Auf logistischem Sektor stand weiters die Außenhandelsgesetznovelle 1976, die die Einbeziehung wichtiger mineralischer Rohstoffe zur Krisenvorsorge zum Gegenstand hat, im Mittelpunkt. Unter dem gleichen Gesichtspunkt wurde die bis dahin gegebene Bewilligungspflicht für Erdöl, Gasöl und Heizöle im Gesetz selbst verankert und schließlich einige Sprengstoffe von militärischer Bedeutung in die Liste der bewilligungspflichtigen Waren in der Ausfuhr aufgenommen, um nötigenfalls Maßnahmen zur Wahrung der Neutralität treffen zu können. In Durchführung dieser gesetzlichen Bestimmungen sowie verschiedener internationaler Verträge sind zahlreiche Verordnungen ergangen.

Für die Novellierung des Handelsstatistischen Gesetzes waren ein verstärktes Informationsbedürfnis von Wirtschaft

- 85 -

und Verwaltung und Anpassungen an das Zollverfahren ausschlaggebend. Schwerpunkte sind eine flexiblere Gestaltung von Mengenangaben im Verordnungswege, bei grundsätzlicher Beibehaltung der gewichtsmäßigen Mengenerfassung. Vereinfachungen bei der Abgabe der statistischen Anmeldung in Anlehnung an die Praxis der Zollabfertigung sorgen dafür, daß die notwendigen administrativen Belastungen insgesamt in Grenzen bleiben.

Von einem Gewicht ist schließlich eine derzeit in parlamentarischer Behandlung stehende Regierungsvorlage betreffend die Novellierung des Antidumpinggesetzes 1971, die die Möglichkeit der Setzung vorläufiger Maßnahmen und damit einen wirksameren Schutz der heimischen Erzeugung vor unerlaubten Dumpingpraktiken vorsieht. Dies soll u. a. dadurch erreicht werden, daß auch zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer Antidumpingverordnung bereits zum Versand nach Österreich gebrachte Waren von einem Antidumpingzoll erfaßt werden können.

Trotz der zunehmenden Multilateralisierung des österreichischen Außenhandels hat sich die Pflege der bilateralen Beziehungen für die Erschließung neuer Absatzmärkte für österreichische Produkte, etwa in Entwicklungsländern, als sehr nützlich erwiesen. Österreich hat seinerseits den Entwicklungsländern nach Verhandlungen Vorzugszölle für Waren aus diesen Staaten (erwähnt seien hier nur tropische Produkte und handwerkliche Erzeugnisse) im Rahmen des Präferenzzollgesetzes gewährt.

Im Hinblick auf das ständig steigende Defizit in der Handels- und Leistungsbilanz gegenüber unserem größten Außenhandelspartner, den Europäischen Gemeinschaften, wurden mehrere Initiativen gesetzt, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Konkret wurden dabei Maßnahmen der

- 86 -

Gemeinschaft zur Beseitigung oder Verringerung bestehender Handelshemmnisse bei industriell-gewerblichen Produkten und am Agrarsektor verlangt. In diesem Zusammenhang dringt Österreich stets auf eine möglichst liberale Durchführung der Freihandelsabkommen mit den EG, insbesondere bei der Handhabung der nunmehr nach Realisierung der Zollfreiheit am 1. Juli 1977 noch bestehenden restriktiven Regelungen bei den sensiblen Produkten. Auch am Agrarsektor konnte die Gemeinschaft zu einem gewissen Entgegenkommen bei Käse und Wein, insbesondere aber am Rindersektor, durch Aufhebung der Einfuhrsperrre per 1. April 1977 bewogen werden.

Zwischen der Bundesregierung und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften wurde eine Vereinbarung über Maßnahmen auf dem Stahlsektor getroffen, die die gegenseitige Respektierung eines Systems von Orientierungspreisen für Erzeugnisse der Stahl- und Edelstahlindustrie unter Aufrechterhaltung der traditionellen Exporte beider Vertragspartner zum Gegenstand hat. Außenhandelsrechtliche Begleitmaßnahmen zu dieser Vereinbarung, wie die Einführung einer Einfuhrerklärung für bestimmte Stahlpositionen im Rahmen des Zollämterermächtigungsverfahrens, ermöglichen die Überwachung der Einhaltung der gegenseitig eingegangenen Verpflichtungen, bieten eine Handhabe zur Hintanhaltung von Niedrigpreiseinfuhrn aus dem EG-Raum und aus anderen Relationen, tragen zur Stabilisierung der Stahlpreise bei und leisten einen direkten Beitrag zum Schutz und zur Erhaltung der in der Steiermark tätigen Betriebe des Eisen-, Stahl- und Edelstahlsektors.

Der Gemischte Ausschuß des Freihandelsabkommens Österreich - EWG faßte mehrere Beschlüsse zur Anpassung der Zoll- und Ursprungsregeln an die internationalen Gegebenheiten

- 87 -

sowie zur leichteren Handhabung der geltenden Regelungen im Interesse von Wirtschaft und Verwaltung.

Auf Einladung des Herrn Bundeskanzlers fand am 13. Mai 1977 in Wien eine Konferenz der Regierungschefs sämtlicher EFTA-Länder statt. Dieses Treffen auf höchster Ebene basierte auf der Erkenntnis, daß die wirtschaftliche Interdependenz der einzelnen Staaten heute das hervorstechendste Faktum der weltwirtschaftlichen Beziehungen ist. Bei der Beurteilung der derzeitigen Lage bekräftigten die Regierungschefs erneut ihr Bekenntnis zum Freihandel und ihre Überzeugung, daß die EFTA auch in Zukunft eine bedeutende Funktion als nützliches und flexibles Instrument für die teilnehmenden Regierungen in der Verfolgung ihrer Ziele hinsichtlich des europäischen Freihandels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu erfüllen haben wird.

Auf diplomatischem Wege bzw. im Rahmen des Antidumping-Komitees des GATT ist unter Berufung auf Art. VI des GATT bzw. auf den Antidumping-Kodex wiederholt, zumeist erfolgreich, gegen bereits gesetzte bzw. geplante Antidumpingmaßnahmen anderer Staaten gegen die Einfuhr österreichischer Waren interveniert worden. Derartige Interventionen erfolgten beispielsweise zugunsten der österreichischen Ausfuhren von Skibindungen, Käse, Zellwollfasern und Bahnbaumaschinen nach den USA, von Käse und Unkrautvertilgungsmitteln nach Australien, von Maleinsäureanhydrid, Polyester- und Nylongarnen nach Kanada sowie von Schnellarbeits- und Werkzeugstählen nach Großbritannien.

Für die Grazer Südost-Messe wurden in den Jahren 1975 S 400.000,--, 1976 S 600.000,-- und 1977 S 1.000.000,-- an Subventionen vergeben, die unter anderem auch zu einer Belebung des Außenhandels beitragen.

- 88 -

Messen bilden darüber hinaus Anknüpfungsmöglichkeiten für Kompensationsgeschäfte. Die im Rahmen der Grazer Südost-Messe alljährlich abgeschlossenen Kompensationsgeschäfte, welche zusätzliche Ausfuhren österreichischer Waren ermöglichen, haben in jeder Richtung folgenden Umfang aufzuweisen:

	Frühjahr	Herbst
	in Mio. S	
1975	28,0	23,15
1976	28,0	27,0
1977	41,0	33,75
1978	44,0	-

Die Ausnützung der Kompensationsvereinbarungen liegt erfahrungsgemäß zwischen 80 und 100 %.

Im Rahmen der Außenhandelsgesetznovelle 1976, BGBI. Nr. 315/1976, wurde für eine möglichst reibungslose Abwicklung derartiger Geschäfte Vorsorge getroffen.

Zugunsten der im Bundesland Steiermark gelegenen Erzeugungsbetriebe der österreichischen Edelstahlindustrie wurden schließlich zwecks ungeschmälterter Aufrechterhaltung der Exporte von Spezialwerkzeugstahl (alloy tool steel) in die USA schwierige Verhandlungen geführt, welche zuletzt eine den österreichischen Exportinteressen Rechnung tragende, positive Lösung brachten.

Auf dem Textilsektor wurden in Anbetracht der Notwendigkeit eines Schutzes der österreichischen Textil- und Bekleidungsindustrie eine Reihe von Maßnahmen gesetzt.

Das Abkommen über den Internationalen Handel mit Textilien wurde am 14. Dezember 1977 auf weitere 4 Jahre verlängert.

- 89 -

Dieses Abkommen bildet die Grundlage für die weitere Anwendung oder Neuverhandlung von Abkommen mit Exportländern zur Beschränkung von billigpreisigen Ausfuhren nach Österreich. Es trägt somit wesentlich zur Existenzsicherung österreichischer Anbieter auf dem Textil- und Bekleidungssektor bei.

Diese Abkommen lassen sich in zwei Gruppen einteilen, und zwar in die langfristigen Übereinkommen betreffend die Beschränkung der Ausfuhr von Baumwolltextilien einerseits und die kurzfristigen Übereinkommen über die Beschränkung der Ausfuhr von bestimmten Erzeugnissen aus Baumwolle und sonstigen Spinnstoffen andererseits nach Österreich.

Durch Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 1. Juli 1977 wurde für bestimmte Warenpositionen des Textil- und Bekleidungssektors zum Zweck einer möglichst frühen statistischen Erfassung der Einfuhren dieser Produkte die Vorlage einer Einführerklärung vorgesehen.

Ein analoges Verfahren wurde schließlich für Eisen und Stahl und Waren daraus (Kapitel 73 des Zölltarifgesetzes 1958) mit Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 27. Dezember 1977 geschaffen und mit einer weiteren Verordnung BGBI. Nr. 157/1978 zur Administrierung einer Vereinbarung mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl über die Einhaltung einer Preisdizziplin auf dem Stahlsektor warenmäßig ausgeweitet.

Anzuführen wären auch die Vereinbarungen Österreichs mit Hongkong betreffend Ausstellung von Exportautorisationen (die beiden letzten für die Zeiträume vom 1. 3. 1976 bis 31. 1. 1977 sowie vom 1. 2. 1977 bis 31. 12. 1977,

- 90 -

siehe BGBI. Nr. 356/1976 und Nr. 148/1977). Zielsetzung dieses Ausfuhrautorisationssystems ist es, eine genaue Vorschau über die Ausfahrtendenzen in solchen Fällen zu ermöglichen, in denen sowohl Hongkong als auch das Einfuhrland, somit Österreich, an einer Kontrolle des Handels interessiert sind. Mit diesen Abkommen werden alle Exporte jener Erzeugnisse, die im Anhang dieser Abkommen angeführt sind, von der Ausstellung von Exportautorisationen durch das Handels- und Industrieministerium in Hongkong abhängig gemacht. Gemäß dem zuletzt am 26. 1. und 4. 2. 1977 (BGBI. Nr. 148/1977) abgeschlossenen Abkommen kann Österreich die Aussetzung der Ausstellung von Exportautorisationen verlangen, wenn nach österreichischer Auffassung der österreichische Markt durch Einfuhren aus Hongkong von den durch diese Vereinbarung erfaßten Erzeugnissen einer Marktstörung ausgesetzt ist.

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie war weiters in den letzten Jahren mit Nachdruck bemüht, die Erhaltung und den Ausbau der österreichischen Exporte von Papier und Papierprodukten in die Gemeinschaft in Form ausreichender Richtplafonds der EG bzw. Zollfrei-kontingente seitens Großbritanniens und Dänemarks sowie einer liberalen Handhabung der Sonderbestimmungen des Freihandelsabkommens allgemein sicherzustellen. Diese Bemühungen erhielten durch das große Handels- und Leistungs-bilanzdefizit Österreichs gegenüber den EG besondere Bedeutung.

Für die steirische Brauindustrie ist von Interesse, daß Österreich bei den EG gegen die Exporterstattungen bei Malz und insbesondere gegen das System der langfristigen Vorausfixierung dieser Erstattungen bei Exporten nach Österreich, wodurch für die Industrie der EG zweifelsohne

- 91 -

Wettbewerbsvorteile entstehen, vorstellig wurde.

Nicht zuletzt auf Grund dieser Schritte hat das System der Vorausfixierung von Erstattungen wesentliche Kürzungen erfahren.

Die Bemühungen der Bundesregierung im Hinblick auf einen finanziellen Beitrag der Gemeinschaft zum Ausbau der NW-SO-Transitachse (sogenannte Gastarbeiterroute) wurden seitens des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie im Sinne eines brieflichen Ersuchens des Landeshauptmannes der Steiermark an den Herrn Bundesminister konstruktiv unterstützt. Die Entscheidung in der Frage ist bei den EG dzt. noch offen.

Abschließend wird auf den Rohstoffsektor verwiesen, wo in Anerkennung der außergewöhnlichen Bedeutung einzelner Rohstoffe für die Wirtschaft vieler Länder unter aktiver Mitarbeit Österreichs internationale Rohstoffabkommen abgeschlossen wurden, die u. a. eine für alle Bundesländer in gleicher Weise erstrebenswerte Stabilisierung der Rohstoffpreise sowie eine geregelte Versorgung zum Ziele haben.

Österreich gehört gegenwärtig folgenden Übereinkommen an:

- 92 -

1. Protokoll über die dritte Verlängerung des Übereinkommens betreffend Weizenhandel 1971.
Die Ratifikationsurkunde wurde am 27. Juni 1977 hinterlegt.
2. Das Fünfte Internationale Zinnübereinkommen hat der Nationalrat am 17. Juni 1977 genehmigt.
3. Das Internationale Kakao-Übereinkommen 1975 sowie die Kontrollregeln für die Durchführung dieses Übereinkommens wurden in den BGBl. Nr. 311/1977 und Nr. 312/1977 veröffentlicht.
4. Das Internationale Kaffee-Übereinkommen 1976 sowie Kontrollregeln zur Durchführung dieses Übereinkommens wurden in den BGBl. Nr. 325/1977 und Nr. 312/1977 kundgemacht.

Schließlich wäre noch die Anpassung der Ermächtigung der bei den Ämtern der Landesregierungen, ausgenommen Wien und Niederösterreich, bestellten funktionellen Organe des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie an die wirtschaftliche Entwicklung zu nennen. So erfolgte eine Anhebung der Wertgrenze für die Erteilung von Ausfuhrbewilligungen für gebrauchte landwirtschaftliche Maschinen und Fahrzeuge sowie gebrauchte Kraftfahrzeuge.

- 93 -

Berufsausbildung

Die Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten, war und ist das Ziel der Bundesregierung.

Auch das Problem der Jugendbeschäftigung konnte bei uns gut gelöst werden.

Da jugendliche Arbeitslose wirtschaftlich und sozial schwach sind, wird der Aufrechterhaltung der Jugendbeschäftigung in Österreich durch die Bundesregierung Vorrang eingeräumt. In den nächsten Jahren ist noch mit einem steigenden Angebot von Lehrstellensuchenden zu rechnen. Um der Vielzahl der jugendlichen Arbeitssuchenden in den verschiedenen Bereichen auch in der Zukunft Rechnung zu tragen, wurden und werden folgende Initiativen gesetzt:

Volle Ausnützung des Lehrstellenpotentials der öffentlichen Hand und ihrer Wirtschaftsbetriebe in Bund, Ländern und Gemeinden (Bahn, Post etc.).

Aufrechterhaltung und Ausbau des Lehrstellenangebots im Bereich der verstaatlichten Unternehmungen.

Verstärkter Einsatz der Mittel der produktiven Arbeitsmarktförderung und der Beratungs- und Vermittlungstätigkeit der Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung zugunsten der Jugendbeschäftigung.

Zusammenarbeit mit den Arbeiterkammern und Handelskammern in allen Bundesländern zur Sichtung der bestehenden Lehrstellen und Ausarbeitung der Möglichkeit der Schaffung von zusätzlichen Lehrstellen in der Privatwirtschaft.

- 94 -

Weiterführung der Gespräche mit den Verantwortlichen der Bankenkonzernbetriebe.

Stärkere Berücksichtigung eines Lehrstellenangebots bei der Vergabe von öffentlichen Investitionsförderungen.

Außerdem werden die Möglichkeiten des Ausbaus von staatlichen Lehrwerkstätten, vor allem in strukturschwachen Gebieten, sowie die Errichtung von Lehrlingsheimen in Gebieten, in denen ein Überangebot an Lehrlingen besteht, geprüft. Damit wird ein Fangnetz für den Fall geschaffen, daß die Beschäftigung Jugendlicher unerwartet auf Probleme stoßen würde.

Die Erlassung von Prüfungsordnungen für die Ablegung der Lehrabschlußprüfung wurde fast zur Gänze durchgeführt. Es sind nur mehr für wenige Lehrberufe mit sehr geringer Lehrlingszahl bzw. für Lehrberufe, in denen derzeit keine Lehrlinge ausgebildet werden, diese Vorschriften zu erlassen. Nach zahlreichen und einlässlichen Beratungen mit Vertretern der Sozialpartner wurde der Entwurf der Berufsausbildungsgesetz-Novelle 1978 der parlamentarischen Behandlung zugeführt und zum Gesetz erhoben.

Die Berufsausbildungsgesetz-Novelle 1978 beinhaltet im wesentlichen folgende Neuerungen:

- die Einführung einer Ausbilderprüfung für Lehrberechtigte und Ausbilder;
- die Durchführung eines Feststellungsverfahrens über das Vorliegen der sachlichen Ausbildungsvoraussetzungen bei erstmaliger Lehrlingsausbildung;
- die Möglichkeit, die generelle Lehrlingshöchstzahl besccheidmäßig zu erhöhen oder zu verringern;

- 95 -

- die Neugestaltung der Berufsbilder (Aufgliederung der Ausbildungsinhalte auf die einzelnen Lehrjahre);
- die Neuregelung der Anrechnung von in verwandten Lehrberufen zurückgelegten Lehrzeiten;
- die Ermöglichung von Ausbildungsversuchen;
- die Erweiterung des Kreises der Lehrberechtigten;
- die Neuregelung der Lehrlingsbehörden erster Instanz;
- die Errichtung von Landes-Berufsausbildungsbeiräten;
- die Erweiterung der Mitwirkungsrechte der Kammern für Arbeiter und Angestellte.

Die Novelle zum Berufsausbildungsgesetz 1978 wurde im BGBI. Nr. 232/78 kundgemacht.

- 96 -

Preispolitik

Für eine weitere positive wirtschaftliche Entwicklung des Bundeslandes ist auch eine Verminderung des Preisauftriebes wesentlich. Die Herabsetzung der Preissteigerungen war und ist eine der wichtigsten Zielsetzungen der Bundesregierung.

Preisentwicklung:

Österreich gehört zu den Ländern mit den geringsten Preissteigerungen. Als Ergebnis der Stabilitätspolitik können seit 1974 fallende Steigerungsraten verzeichnet werden.

Und zwar:

1974:	9,5 %
1975:	8,4 %
1976:	7,3 %
1977:	5,5 %

Diese positive Tendenz hat sich in den ersten Monaten des Jahres 1978 so günstig fortgesetzt (Juni 1978: 3,2 %), daß mit einer Jahressteigerungsrate 1978 von unter 4 % gerechnet werden kann.

1977 wurde aufgrund der Konsumerhebung 1975 eine Revision des Verbraucherpreisindex durchgeführt. Die beiden letzten Konsumerhebungen (1954, 1955 und 1964) richteten sich ausschließlich an städtische Haushalte, meist in Gemeinden über 20.000 Einwohner. Die Konsumerhebung 1975 lieferte erstmals Ergebnisse, die auch für den ländlichen Raum und daher für die gesamte österreichische Bevölkerung repräsentativ sind. Außerdem wurde der Warenkorb des VPI erweitert und die Gewichtung den geänderten Lebensgewohnheiten angepaßt. Der VPI 1976 wird daher der tatsächlichen Preisentwicklung besser gerecht als der VPI 1966.

Das Preisregelungsgesetz 1957 und das Preistreibereigesetz 1959 wurden mit Wirkung vom 1. Juli 1976 durch das neue Preisgesetz abgelöst, sodaß das Preisrecht nunmehr in einem einzigen Gesetz zusammenfassend geregelt ist.

- 97 -

Das neue Gesetz sieht verstärkte Möglichkeiten des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie zur Preisregelung vor. Für bestimmte, nicht preisgeregelte Waren kann der Bundesminister bei betriebswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Erhöhungen, bzw. wenn Rohstoffpreissenkungen nicht weitergegeben werden, für die Dauer von sechs Monaten einen volkswirtschaftlich gerechtfertigten Preis bestimmen. Dadurch ist es auch möglich, die Weitergabe von Zollsenkungen besser zu überwachen.

Eine bedeutsame Änderung brachte das neue Gesetz jedoch hinsichtlich der Preistreiberei, indem die früheren gerichtlichen Straftatbestände der allgemeinen Tendenz zur Entkriminalisierung des Strafrechts folgend in Verwaltungsstrafatbestände umgewandelt wurden, sodaß die Preistreiberei nun ausschließlich von den Verwaltungsbehörden zuahnden ist.

Die im Jahre 1972 aufgrund des Kartellgesetzes für bestimmte Warengruppen erlassene Nettopreisverordnung wurde zuletzt bis 31. März 1979 verlängert. Weiters wurde Röstkaffee für die Zeit vom 1. März bis 31. Dezember 1977 in die Nettopreisregelung einbezogen.

Preisüberwachung:

Seitens der Landespreisbehörden erfolgte monatlich eine ausführliche, breitgestreute Information über festgestellte Preisveränderungen. Unternehmungen, welche Preis erhöhungen ohne Befassung des Preisuntermausschusses der Paritätischen Kommission vorgenommen haben, wurden diesem gemeldet.

- 98 -

Das Schwerpunktprogramm der zusätzlich durchgeföhrten Preiserhebungen umfaßte:

Preiserhöhungen im Zusammenhang mit der Erhöhung des Umsatzsteuersatzes, bei Blumen und Grabschmuck im November und anlässlich der Bierpreiserhöhung. Im Dezember wurde die Preisauszeichnungspflicht im Einzelhandel in den Hauptverkehrsstraßen besonders überwacht.

Ab 1. Jänner 1977 wurde die bisherige monatliche Preisberichterstattung durch gezielte Preiserhebungen ersetzt.

Im Jahr 1977 wurden 11 derartige Preiserhebungsaktionen durchgeföhr, auch im Jahre 1978 wurden diese Erhebungsaktionen fortgesetzt.

- 99 -

Konsumentenpolitik

Von den zahlreichen, in der laufenden Legislaturperiode aufgrund der Gewerbeordnung 1973 erlassenen Durchführungsverordnungen - die Mehrzahl hatte die Festlegung des Befähigungsnachweises für bestimmte Gewerbe zum Gegenstand - soll besonders auf eine Verordnung, nämlich die Verordnung über Ausübungsregeln für das Gewerbe der Personalkreditvermittlung, BGBl. Nr. 304/1977, hingewiesen werden. Gegenstand dieser Verordnung ist eine Reihe von an die zur Ausübung des konzessionierten Gewerbes der Personal-kreditvermittlung berechtigten Gewerbetreibenden gerichteten Geboten und Verboten, mit denen vor allem im Interesse des Konsumentenschutzes Unzukämmlichkeiten bei der Ausübung dieses Gewerbe entgegengetreten und so eine standesgemäße Ausübung dieses Gewerbes erreicht werden soll.

Auch das Bundesgesetz zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen, BGBl. Nr. 392, das mit 1. 10. 1977 in Kraft trat, enthält eine Anzahl von Bestimmungen, die für den Verbraucher bedeutungsvoll sind, wie zum Beispiel Bestimmungen über die Versorgungspflicht und zur Sicherung der Nahversorgung.

Mit 1. Juli 1978 trat die Verordnung über die Zurückbehaltung von Waren durch die Zollämter, BGBl. Nr. 285/1978, in Kraft, die die Zollämter ermächtigt, Waren (Textilwaren, Schuhe und chemische Konsumgüter), die bestimmten Kennzeichnungsverordnungen nach dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb nicht entsprechen, bis zur Verfügung durch die Bezirksverwaltungsbehörde zurückzubehalten.

- 100 -

Gewerbe und Fremdenverkehr

Mit 1. August 1974 ist die Gewerbeordnung 1973 in Kraft getreten. Sie hat die bis in das Jahr 1859 zurückreichende und durch zahlreiche Novellierungen unübersichtlich gewordene alte Gewerbeordnung abgelöst. Die Gewerbeordnung 1973 ist nach dem Grundsatz der Gewerbefreiheit ausgerichtet, die nur dort ihre Schranken findet, wo dies im öffentlichen Interesse geboten ist.

Seit dem Inkrafttreten der neuen Gewerbeordnung sind zahlreiche Durchführungsverordnungen entstanden. Weitere Durchführungsverordnungen zur Gewerbeordnung 1973 sind in Vorbereitung bzw. stehen vor ihrer Erlassung. Es handelt sich hiebei insbesondere um Verordnungen über den Befähigungsnachweis sowie über Ausübungsvorschriften für verschiedene Gewerbe. Diese Verordnungen sollen insbesondere zur Sicherung und zur Aufrechterhaltung eines entsprechenden Leistungsniveaus der betreffenden Gewerbe beitragen und dem Schutz der Kunden dienen (u.a. Verordnung über Ausführungsregeln für das Gewerbe der Personalkreditvermittlung, BGBl. Nr. 304/1977. In dieser Verordnung wird vor allem im Interesse des Konsumentenschutzes bestimmt, wie das Gewerbe der Personalkreditvermittlung auszuüben ist.).

Am 1. Jänner 1977 trat die Gewerberechtsnovelle 1976 in Kraft. Durch diese Novelle wurden die gewerberechtlichen Vorschriften an die durch die Bundes-Verfassungsgesetznovelle 1974, BGBl. Nr. 444, bewirkte Abkürzung des administrativen Instanzenzuges in der mittelbaren Bundesverwaltung angepaßt. Ziel dieser Anpassung war, daß trotz der generellen Abkürzung des administrativen Instanzenzuges in der mittelbaren Bundesverwaltung in den Fällen, in denen dies auf Grund der Bedeutung der Angelegenheit ge-

- 101 -

rechtfertigt ist (vgl. Art. 103 Abs. 4 B-VG in der Fassung der Bundes-Verfassungsgesetznovelle 1974), der administrative Instanzenzug insbesondere im Interesse einer bundeseinheitlichen Vollziehung in dritter Instanz bis zum Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie geht. In den Angelegenheiten, in denen in Zukunft durch die Änderung der Verfassungsrechtslage der Instanzenzug beim Landeshauptmann enden wird, wird getrachtet werden, vor allem im Rahmen der jährlich stattfindenden Tagungen der Gewerbereferenten der Bundesländer, bei denen das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie den Vorsitz führt, die Verwaltungspraxis der Bundesländer abzustimmen.

Gewerbeförderung

Für die beim Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie bestehende Gewerbeförderung konnten die Mittel seit 1974 wesentlich verstärkt werden.

Im Berichtszeitraum wurden die bestehenden Aktionen um die Förderung von Betriebsneugründungen und -übernahmen von bisher Unselbständigen erweitert. Hierfür wurden die Schwerpunkte "Nahversorgung" und "Abwanderungsgefährdete Gebiete" festgelegt. Die Förderungshöchstgrenze beträgt im Einzelfall S 500.000,-.

Anfang 1978 wurde die Obergrenze für geförderte Investitionskredite in der Gewerbeförderung wesentlich angehoben:

Bürges-Kleingewerbekreditaktion

S 500.000,-- statt bisher S 250.000,--

Förderung nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz

S 3,75 Mio. statt bisher S 2,5 Mio.

- 102 -

Für Rationalisierungs- und Betriebsberatung, Studien und Untersuchungen, Konsumentenschutz, Lehrlingsheime, Schulungsmaßnahmen, Staatspreise, Ehrenpreise und sonstige Subventionen wurden im Jahre 1975 an Förderungszuschüssen in der Wirtschaftsförderung 21,7 Mio. S, 1976 21,8 Mio. S, 1977 26,4 Mio. S und 1978 (30.6.) 10,6 Mio. S zur Verfügung gestellt (insgesamt für alle Bundesländer).

Die Betriebsberatung in der gewerblichen Wirtschaft (einschließlich Fremdenverkehr), die zusammen mit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft durchgeführt wird, konnte wesentlich ausgebaut werden. Aufgrund der guten Erfahrungen, die dabei gewonnen wurden, ist eine weitere Forcierung wünschenswert, die Vorbereitungen für ein nächstes Zweijahresprogramm sind bereits angelaufen.

Die im Rahmen der bestehenden Förderaktionen - Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969, BÜRGES-Stammaktion, Gemeinsame Kleingewerbekreditaktion - in der Zeit vom 1.1.1975 bis 30.6.1978 geleisteten Förderungen für das Bundesland sind der folgenden Liste zu entnehmen.

Sektor Wirtschaftsförderung

- 103 -

Bundesland: S T E I E R M A R K

BÜRGES-Stammaktion (Haftung und 3 % Zinsenzuschüsse f. Investitionskredite bis S 200.000,-- seit Oktober 1975 bis S 250.000,- oder wahlweise einmalige Prämie in Höhe von 12 % d. Kreditbetrages)
Gefördert wurden:

davon Fremdenverkehr:

Jahr	Anzahl	Kreditvolumen	Anzahl	Kreditvolumen
1975	195	31,377.000,-	45	7,844.000,-
1976	343	61,121.000,-	66	12,030.000,-
1977	292	55,250.000,-	69	12,808.000,-
1. Halbj. 78	108	25,148.000,-	noch nicht ausgewertet	

Zuschüsse nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969 einschließlich der Sonderkreditaktion

Jahr	Anzahl	Kreditvolumen	Kreditkostenzusch. einschließlich Haftg. Kosten	davon Fremdenverkehr:		
				Anzahl	Kreditvolumen	Kreditkostenzusch. einschließlich Haftg. K.
1975	128	141,990.000,-	15,246.000,-	23	33,570.000,-	3,726.000,-
1976	136	161,305.000,-	17,415.337,-	31	39,750.000,-	4,624.750,-
1977	116	161,477.000,-	17,308.000,-	28	38,900.000,-	4,234.000,-
1. Halbj. 78	76	122,480.000,-	12,959.172,-	noch nicht ausgewertet		

Gemeinsame Kleingewerbekreditaktion - Bundesquote

1975	1976	1977	1. Halbj. 1978
1,470.000,-	1,470.000,-	1,393.000,-	500.000,-

Betriebsneugründungen und -übernahmen (einschließlich Fremdenverkehr)

Jahr Anzahl geförd. Kreditvolumen

1977	10	3,320.000,-
1. Halbj. 78	7	2,775.000,-

Fremdenverkehrsförderung

Die mit Beginn der sogenannten "Energiekrise" international aufgetretenen allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind auch in den für den österreichischen Fremdenverkehr wichtigen Herkunfts ländern nicht ohne Einfluß geblieben. Dies hatte auch Auswirkungen auf den österreichischen Fremdenverkehr.

Saisonale gesehen ergeben sich deutliche Unterschiede in der Entwicklung zwischen Sommer- und Winterfremdenverkehr. Während der Wintertourismus ohne Unterbrechung zunahm, sind beim Sommerfremdenverkehr seit 1973 Tendenzen einer Stagnation bzw. eines mäßigen Rückganges festzustellen. Ausgenommen ist der Sommer 1975, welcher gegenüber dem Sommer 1974 mit einer Zunahme der Gästenächtigungen von 3,5 % abschloß. Die Ursachen für diese Entwicklung sind auf die allgemeine wirtschaftliche Situation vor allem in der BRD, die Verschiebungen der Währungsparitäten besonders gegenüber Großbritannien, USA und Italien, aber auch auf die Schlechtwetterperioden, besonders für das Sommerurlaubspublikum, zurückzuführen. Durch diese gegenläufige Entwicklung zwischen Winter- und Sommertourismus hat sich der Anteil des Winterfremdenverkehrs am Gesamtfremdenverkehr weiterhin erhöht und liegt nunmehr, gerechnet nach der Nächtigungsstatistik, bei etwa einem Drittel.

Entsprechend der Regierungserklärung 1975 wurde das "Fremdenverkehrs-Förderungsprogramm 1971 bis 1980" weiter durchgeführt. Unter Berücksichtigung der Entwicklungen im Tourismus wurde das "Arbeitsprogramm Fremdenverkehr 1975 bis 1980"

- 105 -

erstellt, in welchem die Schwerpunkte der Fremdenverkehrspolitik des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie zusammengefaßt wurden. Beide Unterlagen wurden u.a. dem im November abgehaltenen Österreichischen Fremdenverkehrstag 1976 in Eisenstadt vorgelegt. Die Empfehlungen des Österreichischen Fremdenverkehrstages bilden jedenfalls die Leitlinien für die Fremdenverkehrspolitik der nächsten Jahre.

Im Berichtszeitraum ist die Prämienaktion "Jederzeit warme Küche" angelaufen, die über die Förderung von Investitionen im Küchengerätebereich die Abgabe von warmen Speisen während der gesamten Öffnungszeit des Betriebes erleichtern soll.

Die neuen Richtlinien für die Fremdenverkehrs-Kreditaktion des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie (Hausaktion) sehen als Förderungsschwerpunkt Investitionsvorhaben vor, die der Schaffung von Einrichtungen für Spiel, Unterhaltung sowie Sport unter Dach (Tennis- und Reithallen, Hallenbäder, Kinderspielplätze, Planschbecken, Wander- und Aussichtswege u.a.m.) dienen. Durch diese Einrichtungen soll die vorhandene Unterkunftskapazität besser ausgenutzt werden. Die Schaffung neuen Bettenraumes hingegen soll nurmehr in Entwicklungsgebieten oder bei wesentlicher Strukturverbesserung gefördert werden.

Anfang 1978 wurde die Obergrenze für geförderte Investitionskredite in der Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion von S 500.000,-- auf S 1 Mio. hinaufgesetzt.

Weiters sollen Investitionskredite in der Höhe von ca. S 500 Mio. (für ganz Österreich) im Rahmen der ERP-Ersatzaktion gefördert werden.

- 106 -

Die Richtlinien für eine neue Aktion "Zuwendungen für Fremdenverkehrsbetriebe an Seen", die eine Förderung von Fremdenverkehrsbetrieben zum Ziel hat, wenn diese durch Gebühren für den Anschluß an Kanalisationssanlagen zur Reinhaltung österreichischer Seen wirtschaftlich erheblich belastet sind, sind seit 1. März 1978 in Kraft.

Für Fremdenverkehrsstudien und Untersuchungen sowie sonstige Subventionen (Ausbau und Erhaltung von Schutzhütten und Jugendherbergen, Werbemaßnahmen für Fremdenverkehrsattraktionen) wurden im Jahre 1975 9,8 Mio. S, 1976 10,6 Mio. S, 1977 10,3 Mio. S und 1978 (30.6.) 6,5 Mio. S zur Verfügung gestellt (insgesamt für alle Bundesländer).

Die im Rahmen der bestehenden Förderaktionen in der Zeit vom 1.1.1975 bis 30.6.1978 geleisteten Förderungen für das Bundesland sind der folgenden Liste zu entnehmen.

Sektor Fremdenverkehr

Bundesland: S T E I E R M A R K

- 107 -

I. Gefördertes Kreditvolumen

Jahr	Hausaktion	BÜRGES- Stammaktion	Gewerbestrukt.- Verbesserungsges.	FV-Sonderkred. Aktion	(Beträge in Tausend S)			
					FAG	EPP	ERP-Ersatz	
1975	21	20,240	45 7,844	23 33,570	43 15,436	1 1,400	8 42,700	- --
1976	33	31,030	66 12,030	31 39,750	82 29,675	- --	10 60,700	1 3,000
1977	18	32,800	69 12,808	28 38,900	121 44,452	- --	6 26,500	8 43,200
1978*)	15	15,555	noch nicht ausgewertet	noch nicht ausgewertet	39 15,210	- --	- --	8 20,500

II. Sonstige Zuschüsse

Jahr	Komfortzimmer- aktion	Jederzeit warme Küche	FAG	Zweckzusch. a. Länder	Sicherungsfälle	
					1	2
1975	146	5,018	- --	14 4,681	178	- --
1976	196	5,899	- --	23 4,797	161	1 800
1977	199	6,326	113 1,170	23 4,797	168	1 78
1978*)	113	3,834	114 1,097	9 1,277	-	2 605

*) 1. Halbjahr

Industriepolitik

Sowohl kurzfristige Konjunkturabschwächungen als auch langfristige Wandlungen der Wirtschaftsstruktur zeigen in entwicklungs- und strukturschwachen Gebieten verstärkte negative Auswirkungen. Um diesen geänderten wirtschaftlichen Voraussetzungen Rechnung zu tragen, wurde bereits 1972/73 eine Erhebung dringlicher Fälle der regionalen Industriepolitik durchgeführt. Im Jahre 1976 wurde in allen Bundesländern diese Umfrage wiederholt. Die Auswertung dieser Erhebungsergebnisse dient allen denjenigen Stellen, die sich mit der Finanzierung und Förderung der österreichischen Industrie in den einzelnen Bundesländern befassen, als Entscheidungshilfe.

Im Rahmen der im Jahre 1973 geschaffenen Aktion für die Unternehmungen der Zellstoff- und Papierindustrie zur Durchführung von Umweltschutz- und Strukturverbesserungsmaßnahmen, die auch für die Steiermark von großer Bedeutung ist, wurde sowohl der Förderrahmen für Umweltschutzkredite (1,8 Mrd. S) als auch für Strukturverbesserungskredite (210 Mio. S) fast zur Gänze ausgeschöpft.

Auf besonderen Wunsch der Bundesländer Oberösterreich, Niederösterreich und Steiermark wurden für das Gebiet der "Eisenwurzen" Beratungstage abgehalten. Am 16. Mai 1977 fanden diese Informations- und Beratungstage in Waidhofen/Ybbs für den niederösterreichischen Teil der Eisenwurzen, am 17. Mai 1977 in Weyer für den oberösterreichischen und steirischen Teil der Eisenwurzen statt.

Diese Beratungsaktionen haben den Zweck, die Betriebe über begünstigte Finanzierungsmöglichkeiten durch die Finanzierungseinrichtungen zu informieren und im Falle konkreter Investitionsvorhaben auch individuell zu beraten. Bei einigen Firmen mit mehr als 100 Arbeitnehmern fanden auch unter Teilnahme von Vertretern lokaler Behörden und Stellen Betriebsbesuche statt, um die von den Firmen bekanntgegebenen Probleme an Ort und Stelle zu besprechen und Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Besonderes Augenmerk wurde seitens des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie darauf gelegt, Klein- und Mittelbetriebe bei der Erlangung begünstigter Investitionskredite zu unterstützen. Im Zuge dieser Bemühungen wurden die Betriebe nicht nur über die ihnen zur Verfügung stehenden bundesweiten Finanzierungsinstrumente beraten, sie wurden auch mit den für das jeweilige Investitionsprojekt in Frage kommenden Bundeseinrichtungen in Kontakt gebracht.

Im Sinne der von der Bundesregierung angestrebten Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung war die im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eingerichtete Informationsstelle für öffentliche Aufträge in Zusammenarbeit mit den Beschaffungssämttern des Bundes bemüht, eine möglichst gezielte Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand zu erreichen, um solchen Unternehmen zu helfen, die kurzfristig Auftragslücken zu verzeichnen hatten und für die ein Auftrag ein wichtiger Impuls zur Wirtschaftsbelebung darstellt. In diesem Sinne wurden Betriebe aus den verschiedensten Bundesländern in ihrem Bestreben, Aufträge der öffentlichen Hand zu erhalten, unterstützt.

Insbesondere im Jahre 1977 war das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie bemüht, europäische Produzenten von Kraftfahrzeugen für einen verstärkten Bezug von Einzelteilen und Hilfsstoffen aus Österreich für ihre Erzeugung zu gewinnen. Diese Aktivitäten sollen einerseits einen Beitrag zur Deviseneinsparung und damit zur Entlastung der Zahlungsbilanz, andererseits aber auch zur Sicherung inländischer Arbeitsplätze sowie zur Auftragsbelebung der in allen Bundesländern ansässigen potentiellen Zulieferanten leisten.

Hier darf auch angeführt werden, daß sich das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie schwerpunktmäßig den Problemen der Hebung der Produktqualität widmet. Da Produktqualität aber auch vom Konsumenten erkannt werden muß, wurden seitens des Ressorts Akzente in Richtung Qualitätsaufklärung gesetzt.

Erfolg verspricht auch die Gründung einer "Vereinigung zur Förderung des Inlandsabsatzes österreichischer Erzeugnisse", die sich der Information der Bevölkerung über die Leistungen der heimischen Wirtschaft und über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Erwerbes inländischer Qualitätswaren widmen wird.

Die Informationsstelle für Investoren dient schon seit Jahren der österreichischen Wirtschaft zur Erleichterung der Investitionsentscheidungen. Es wird versucht, durch Förderung von wertschöpfungsintensiven Produktionsinvestitionen die sektorale Industriestruktur Österreichs praxisnahe zu verbessern. Ebenso werden regionale Aspekte beachtet. Im Vordergrund steht jedoch der Gedanke der Schaffung von Arbeitsplätzen in wachstumsorientierten Wirtschaftsbereichen.

Die Informationsstelle für Investoren arbeitet hiebei eng mit den in Frage kommenden Dienststellen des Bundes und der Länder, den Interessenvertretungen, den in- und ausländischen Vertretungsbehörden, Bankinstituten und ähnlichen Stellen zusammen.

- 111 -

Die Informationsstelle für Investoren hat in der laufenden Legislaturperiode verschiedene Beteiligungs- und Kooperationswünsche steirischer Unternehmungen an zahlreiche potentielle Interessenten herangetragen bzw. diese Wünsche an diverse einschlägig befaßte Institutionen zwecks Kontaktvermittlung weitergeleitet.

Im Zuge der Betreuung einer Reihe von Standortangeboten aus dem steirischen Raum konnten insbesondere im Falle der Junior-Werke-Gruppe Erfolge erzielt werden:

Jahrelange Bemühungen, in die die Informationsstelle des ho. Ressorts maßgeblich eingeschaltet war, führten zur Errichtung eines Renault-Zweigbetriebes in Österreich.

In Gleisdorf wurden die Montagehalle der ehemaligen JUNIOR-Tochter Silver-Parts G.m.b.H. und dazugehörige Grundstücke vom Land Steiermark gekauft und mit Leasing-Vertrag einer neugegründeten Renault-Tochter in Österreich, der Renault-G.m.b.H. Gleisdorf, zur Verfügung gestellt. In Kürze wird dort mit der Erzeugung von Aluminium-Druckguß für Motoren-Kleinteile begonnen werden. Von der geplanten Jahreskapazität von ca.

1.100 t sollten ca. 90 % für die Renault-Werke selbst exportiert werden. Vorerst ist an die Beschäftigung von 70 bis 100 Arbeitskräften gedacht.

Die Betriebsstätten der ehemaligen JUNIOR-Tochter Stahlindustrieprodukte G.m.b.H. in Köflach/Pichling wurden von der Wolfgang Denzel Kraftfahrzeuge AG gekauft, welche das genannte Werk sodann an die neugegründete "Stahlindustrieprodukte Denzel G.m.b.H." vermietete. Das Betriebsgeschehen genannter Firma basiert einerseits auf dem Werkzeugbau (Formenbau, Vorrichtungsbau, Erzeugung von

- 112 -

Spezialwerkzeugen), wofür auch die maschinelle Ausstattung vorhanden war, andererseits auf Erzeugung von Aggregaten für die Autoindustrie und die Übernahme spezieller Entwicklungsarbeiten im Auftrage des Volvo-Konzerns.

Hinsichtlich einer Verwertung der Betriebsstätten der ehemaligen Junior-Werke AG. in Köflach selbst sind derzeit noch Bemühungen im Gange. Weit gediehene Verhandlungen beziehen sich auf die Übernahme durch die österreichische Peyer-Quindt-Gruppe, welche die Reaktivierung der Fahrraderzeugung in diesem Hauptbetrieb der ehemaligen Juniorwerke plant. Zu diesem Zwecke würde die Steiermärkische Landesregierung das Werk Köflach erwerben und dieses - wie im Falle der Gleisdorfer Anlagen - im Leasing-Verfahren an die Interessentengruppe weitergeben.

Darüber hinaus ergab sich in jüngster Zeit die Möglichkeit einer allfälligen Betriebsübernahme durch deutsche Fahrradproduzenten.

Wesentlich für die Tätigkeit der Informationsstelle ist auch die Öffentlichkeitsarbeit. Die im In- und Ausland erscheinenden Publikationen über Investitionsvoraussetzungen in Österreich werden laufend erneuert. Es sind dies das "Handbuch für Investoreninformation", "Investitionen in Österreich rentieren sich" und "Förderung der Wirtschaftsentwicklung in Österreich".

Durch die Tätigkeit der Informationsstelle konnte auch der "MITTLER FÜR INDUSTRIEANSIEDLUNG - Jahresschrift für Industriekontakt und kommunale Planung", herausgegeben vom Deutschen Adressbuchverlag, Darmstadt, der Werbung Österreichs um ausländische In-

vestoren dienstbar gemacht werden, wobei in der sechsten Ausgabe, 1975, und in der siebenten Ausgabe, 1976 - ein einleitender informativer Artikel des Herrn Bundesministers über Investitionsmöglichkeiten, Investitionsvoraussetzungen und Investitionsförderungen in Österreich erschien.

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie hat durch zahlreiche Aktivitäten, insbesondere durch Beratung, Information und Intervention für einzelne Unternehmungen die Interessen der steirischen Industrie gefördert und unterstützt.

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie hat eine Reihe von Studien und Untersuchungen in Auftrag gegeben bzw. finanziell gefördert, die der Industrie in den einzelnen Bundesländern Entscheidungsgrundlagen und Entscheidungshilfen bieten.

Im einzelnen sind folgende Projekte anzuführen:

* Marktuntersuchung für die österreichische Besteckindustrie (1976).

Ziel dieser Studie ist es, eine Entscheidungsgrundlage für die heimischen Unternehmen bezüglich Absatzchancen auf dem Inlandsmarkt sowie auf den Exportmärkten zu schaffen und die Konkurrenzfähigkeit gegenüber ausländischen Erzeugungsbetrieben zu analysieren.

* Marktuntersuchung für die Österreichische Emailindustrie (1976).

Diese Untersuchung analysiert die Import-, Export-, Konkurrenz- und Kostensituation auf den Sektoren Emailgeschirr, Sanitär- und hygienische Artikel. Sie kommt besonders Firmen in Wien, Niederösterreich und Kärnten zugute.

- 114 -

* Gemeinschaftsprojekt Emailindustrie.

Dieses Projekt stellt eine Fortführung der oben angeführten Marktuntersuchung dar und berücksichtigt die Ergebnisse dieser Untersuchung (Notwendigkeit enger Kooperation auf dem In- und Auslandsmarkt). Das in Rede stehende Gemeinschaftsprojekt ist eine Untersuchung der Aspekte der Kooperationsbasis und -möglichkeiten aus der Sicht der betroffenen Unternehmungen.

* Quantex-Studien einschließlich Trendstudien und kurzfristige Vorschauen über Produktionsveränderungen in der Textilindustrie.

Diese Studien stellen wichtige Orientierungsunterlagen für die Österreichische Textilwirtschaft dar.

* Strukturanalyse der österreichischen Lederwaren- und Kofferindustrie.

* Prospektivstudie für die Erzeuger flexibler Verpackungen.

* Beratungsaktion "Unternehmensplanung betreffend Erzielung von Emissionsminderungen in der Eisen- und Metallwarenindustrie."

In Auftrag gegeben, aber noch nicht fertiggestellt ist die Marktuntersuchung für die Schraubenindustrie.

- 115 -

Stärkeförderung

Förderungen nach dem Stärkeförderungsgesetz 1969, BGBI. Nr. 154, werden im Wege der Stärkeindustrie flüssig gemacht. Lag das Förderungsziel in den Jahren 1970 bis 1972 in der Sicherung der Stärkeerzeugung und der Kartoffelverwertung und damit mittelbar auch in der Sicherung des Kartoffelanbaues, so kam ab dem Jahre 1973 als Förderungsziel die Sicherung des Absatzes von bestimmten Erzeugnissen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, der Papier- und der papierverarbeitenden Industrie dazu.

Wegen dieser verschiedenen Zielsetzungen und der ständigen vornehmlich durch Preisschwankungen auf dem Weltmarkt bedingten Änderungen der Rohstoffpreisdisparität bei Stärke ist die Zurechnung der Förderungen zu Unternehmen oder Betrieben der betroffenen Branchen schwierig. Eine solche Zurechnung ist aber die Voraussetzung für die Aufteilung der Gesamtförderung nach Bundesländern. Bei der Zurechnung wurde daher folgender Weg gewählt:

1. In Aufstellung I wurde die Förderung den Förderungswerbenden Unternehmen entsprechend dem Standort deren einzelnen Betriebe zugerechnet. Es wurden dabei nur die stärkeproduzierenden Betriebe berücksichtigt, wobei die den Stärkeverarbeitungsindustrien zukommenden Förderungen darin auch enthalten sind.
2. In Aufstellung II scheinen diejenigen Förderungsmittel auf, welche der Stärke zugewendet wurden, die in den Stärkeverarbeitungsindustrien weiterverarbeitet wurde. Es erfolgte diesbezüglich zusätzlich eine Aufteilung nach den Betriebsstandorten dieser Industrien.

- 116 -

An das Bundesland Steiermark wurden in der Zeit vom 1.10.1975 bis 30.6.1978 folgende Förderungen geleistet:

Aufstellung I: -

Aufstellung II: S 33,194.392,-

- 117 -

Messe-, Ausstellungs-, Werbe- und Verpackungswesen

In der laufenden Legislaturperiode gewährte Förderungszuwendungen

	1975	1976	1977	30.6.78
<u>Für alle Bundesländer gewährte Förderungszuwendungen:</u>				
WIFI d. Bundeskammer d. Gewerbl. W. "Österr. Woche i. Inld."	50.000,-	70.000,-	100.000,-	-
Ö. Institut f. Verpackungswesen "Staatspreisaktion f. vorbild- liche Verpackung"	60.000,-	130.000,-	130.000,-	130.000,-
Ö. werbewissenschaftl. Ges. "Staatspreisaktion für Werbung"	70.000,-	70.000,-	70.000,-	80.000,-
Ö. werbewissenschaftl. Ges. "Werbewissenschaftl. Tagung"	50.000,-	50.000,-	60.000,-	60.000,-
Arbeitsgemeinschaft österr. Messen "ARGE-Werbeprospekt"	40.000,-	160.000,-	170.000,-	-
Bundeskammer d. g. Wirtschaft u. sonstige Förderungsverber				
"Unterstützung österr. Aus- stellungen im In- u. Ausland sowie Unterstützung von Österreichwochen im Ausland"	200.000,-	-	-	-
Verband der Köche Österr. "Wiener Internat. Kochkunst- ausstellung"	-	40.000,-	-	-
Ö. Filmarchiv	-	100.000,-	-	-
Kongreß d. Union d. Internat. Messen (UFI) 1977 in Wien (Wr. Messe AG)	-	-	100.000,-	-

- 118 -

	1975	1976	1977	30.6.78
Symposium "Neuer österreichischer Film" Innsbruck	-	-	21.319,40	-
Tagung Filmförderungssystems "Europa-Österreich" in Klagenfurt	-	-	25.000,-	-
Ausstellung "Umdenken-Umschwenken; Alternativen zur großtechnischen Zivilisation"	-	-	30.000,-	-

- 119 -

	1975	1976	1977	30.6.78
<u>Für einzelne Bundesländer gewährte Förderungszuwendungen</u>				
(Österr.Messen-Planungskosten)				
Grazer Südostmesse	400.000,-	600.000,-	1.000.000,-	-
Österr. Holzmesse-Klagenfurter Messe	800.000,-	228.344,-	210.280,-	-
Innsbrucker Messe	54.780,-	77.525,-	-	-
Dornbirner Messe	1.000.000,-	1.000.000,-	-	-
Welser Messe	408.925,-	-	368.300,-	-
Rieder Messe	150.890,-	12.992,-	32.500,-	-
Wiener Internat. Messe	466.443,-	725.771,-	-	-
Wiener Neustädter Messe	-	-	41.489,-	-

- 120 -

Energiepolitik und Bergbau

Das von Österreich am 18. November 1974 unterzeichnete "Übereinkommen über ein Internationales Energieprogramm (IEP)", das die Mitgliedschaft in der Internationalen Energieagentur (IEA) begründet, wurde am 30. Juni 1976 ratifiziert und ist damit für Österreich voll in Kraft getreten.

Das Übereinkommen sieht ein Notstandsprogramm zur kollektiven Sicherung der Energieversorgung der Teilnehmerstaaten in künftigen Krisenfällen und den Rahmen für eine langfristige internationale Zusammenarbeit auf dem Energiesektor, etwa bei der rationellen Energienutzung und der Erschließung neuer Energiequellen, vor. Weiters setzt sich das Übereinkommen zum Ziel, einen Dialog mit den Ölförderstaaten und mit anderen Verbraucherstaaten, insbesondere Entwicklungsländern, vorzubereiten, um eine weltweite Stabilisierung der Energieversorgung zu erreichen.

Durch das Erdöl-Bevorratungs- und Meldegesetz BGBl. Nr. 318/76 und das Energielenkungsgesetz BGBl. Nr. 319/76 sind die wesentlichen Voraussetzungen für die Erfüllung der aus der Mitgliedschaft am "Übereinkommen über ein internationales Energieprogramm" erwachsenden Pflichten geschaffen. Es konnte daher die Ratifizierungsurkunde über den Beitritt zu diesem Übereinkommen am 30. Juni 1976 hinterlegt werden. Aufgrund des Erdöl-Bevorratungs- und Meldegesetzes wurde in der Zwischenzeit mit dem systematischen Aufbau von Krisenlagern an Erdöl und Erdölprodukten begonnen. Damit wird in Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen auch ein wesentlicher Beitrag zur wirtschaftlichen Landesverteidigung gesetzt.

Die Bundesregierung ist nach wie vor bemüht, die Transportsysteme für Rohöl und Erdgas zu verbessern. Insbesondere wird dem Bau entsprechender Rohrleitungen große Aufmerksamkeit gewidmet. So führen in zunehmendem Maße auch internationale Rohrleitungen über österreichisches Hoheitsgebiet.

Für die Sicherung der Auslandsbezüge an Energie wurden die Planungsarbeiten an der West-Austria-Gaspipeline eingeleitet und zügig vorangetrieben. Die Bauarbeiten an der Süd-Ost-Leitung (Marburg-Agram) wurden bereits in Angriff genommen. Durch diese Maßnahmen erhält Österreich auch eine wichtige Verbindungsfunction zwischen den ost- und westeuropäischen Gasversorgungsnetzen.

Die Bemühungen um den Erdgasimport aus Persien sind vorerst soweit gediehen, daß das Projekt durch Unterzeichnung der Grundsatzverträge mit Persien und der UdSSR abgeschlossen ist und die Lieferungen im Jahre 1981 beginnen sollen.

Der österreichische Energieplan, der erstmals Anfang 1975 vom Ministerrat zur Kenntnis genommen wurde, wurde im Juli 1976 einer ersten Aktualisierung unterzogen. Eine weitere zeitgemäße Ergänzung wird für das Jahr 1978 vorbereitet.

Der Energieplan enthält als Schwerpunkte:

- Weitestgehende Nutzung der heimischen Energiequellen
- Sicherung der unerlässlichen Importe
- Aufbau einer ausreichenden Bevorratung

Die Untersuchung über die Versorgung Vorarlbergs, Tirols und Salzburgs mit Erdölprodukten und Erdgas ist im Einvernehmen mit den betreffenden Landesregierungen abgeschlossen und in Form einer Broschüre vom Bundesministerium für

Handel, Gewerbe und Industrie herausgegeben worden. Derzeit ist eine solche Untersuchung für das Land Oberösterreich in Vorbereitung, der eine für den Raum Steiermark/Kärnten und Wien, Niederösterreich und Burgenland folgen. Diese Studien werden u.a. die Grundlage für die Dispositionen von Lagern für Pflichtnotstandsreserven für diese Länder liefern, wodurch deren Versorgungspflicht erhöht wird.

In der laufenden Legislaturperiode wurde zur Frage der Kernenergie eine umfassende Informationskampagne durchgeführt. Als vorbereitende Information zu dieser Veranstaltungsreihe wurde vom Bundespressedienst die Broschüre "Kernenergie - Ein Problem unserer Zeit" herausgegeben. Auf der Grundlage des Ergebnisses der Informationskampagne wurde der Regierungsbericht erstellt und dem Parlament zugeleitet.

Durch die Inbetriebnahme des Tanklagers St. Valentin mit einer Kapazität von 350.000 m³ und der Produktenpipeline vom Tanklager der Raffinerie Schwechat zu dem neuen Vorratslager im Oktober 1976 ist zunächst eine entscheidende Verbesserung der Versorgung Westösterreichs mit Erdölprodukten eingetreten.

Mit der Planung für die Errichtung eines weiteren Vorratslagers in Lannach, Steiermark, mit einer Kapazität von ca. 600.000 m³, wurde begonnen.

Hinsichtlich der überregionalen Erdgasversorgung wurden vorhandene Netze in Kärnten verstärkt sowie Vorarbeiten für den weiteren Ausbau des überregionalen Erdgasnetzes in der Steiermark und im Burgenland durchgeführt.

Für die Förderung der Elektrifizierung aus Bundesmitteln wurden im Versorgungsbereich Steiermark Bundesdarlehen an kleinere Elektrizitätsversorgungsunternehmen in Höhe von 1,4 Mio. S zur Verfügung gestellt.

- 123 -

Über Initiative des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie wurde eine aeromagnetische Vermessung des gesamten Bundesgebietes in die Wege geleitet. An der Finanzierung des 12 Millionen S-Projektes beteiligten sich der Bund, die Länder und die Industrie zu je einem Drittel. Diese Arbeiten werden einen Zeitraum von 4 Jahren beanspruchen. Die Aeromagnetik liefert nicht nur wertvolle Unterlagen für die Suche nach mineralischen Rohstoffen sowie für wissenschaftliche Fragen, sondern gibt darüberhinaus wichtige Entscheidungshilfen für die Probleme der Raumordnung.

In Anbetracht der internationalen Entwicklung auf den Rohstoffmärkten und der sich daraus ergebenden Probleme wurde ein Programm für eine intensive Durchforschung des Bundesgebietes nach mineralischen Rohstoffen entwickelt, daß in den nächsten Jahren durchgeführt werden soll.

Die in der letzten Zeit erzielten Erfolge bei der Erschließung z.B. von Kohlenlagerstätten, Zink-, Wolfram- und Uranerzen sowie die neuen geologisch-lagerstättenkundlichen Erkenntnisse rechtfertigen die Inangriffnahme eines derartiges Projektes.

Die Arbeiten an der Erstellung des Konzeptes für die Versorgung Österreichs mit mineralischen Roh- und Grundstoffen werden fortgeführt. Beim Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung wurden die Arbeiten an einem komplementären Rohstoffforschungskonzept aufgenommen. Durch diese Bemühungen soll die Versorgung Österreichs mit mineralischen Roh- und Grundstoffen, soweit möglich, besser und sicherer gestaltet werden.

Am 7. Juni 1977 hat der Ministerrat den 1. Bericht über das erarbeitete Konzept zur Koordinierung und Intensivierung der Aufsuchungstätigkeit für fossile Energieträger in Österreich zur Kenntnis genommen. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur besseren Sicherung der österreichischen Energieversorgung geleistet.

- 124 -

Zum Zwecke der Rohstoffsicherung und -forschung hat der Bund in Zusammenarbeit mit dem Bundesland Steiermark 9 näher bezeichnete Projekte für das Jahr 1978 und 1979 zur Durchführung vergeben. Es handelt sich hierbei um 8 Projekte zur Vollziehung des Lagerstättengesetzes sowie um ein Recycling-Projekt. Zur Realisierung der bisher genehmigten Projekte ist für das Jahr 1978 ein Betrag von rd. 1,49 Mio. S vorgesehen.

Die in der Steiermark liegenden Kohlenbergbaue der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft (GKB) haben in der laufenden Legislaturperiode bis 30.6.1978 260 Mio. S aus Mitteln der Bergbauförderung erhalten.

Obwohl von den der GKB gewährten Beihilfen ein Großteil für den hoch defizitären Kohlenbergbau Fohnsdorf entfiel, wurde auch ein bedeutender Beitrag zur Entwicklung der Kohlenbergbaue im Köflach-Voitsberger Revier geleistet. Insbesondere wurde die Erschließung des neuen Großtagebaues Oberdorf so vorangetrieben, daß dort etwa 1981 mit der Kohlengewinnung begonnen werden kann. Die Kohle wird größtenteils zur Verstromung in dem neu zu errichtenden Wärmekraftwerksblock Voitsberg 3 verwendet. Der Baubeschluß wurde im Herbst 1977 gefaßt, der Bund wird 300 Mio. S in Form einer Kapitalzuführung zur Verfügung stellen. Im Werksbereich des, wegen hoher Unwirtschaftlichkeit, stillgelegten Glanzkohlenbergbaues Pölfing-Bergla wurde von der Wolfram Bergbau- und Hütten-Ges.m.b.H. eine moderne Wolframhütte errichtet, die 1976 den Betrieb aufgenommen hat. Damit wurde ein wertvoller Beitrag zur Überbrückung regionaler Strukturprobleme geleistet.

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie hat 1975 mit der ÖMV Aktiengesellschaft einen Aufsuchungs- und Gewinnungsvertrag betreffend Kohlenwasserstoffe für das Aufsuchungsgebiet "Graz" abgeschlossen. Das Aufsuchungsgebiet, das im Süden bis zur Staatsgrenze reicht, erstreckt sich auf die

- 125 -

Gebiete der Bezirkshauptmannschaften bzw. Teile der Bezirkshauptmannschaften Leibnitz, Radkersburg, Feldbach, Graz, Graz-Umgebung, Weiz, Wartberg, Voitsberg und Deutschlandsberg und grenzt im Osten an die Aufsuchungsgebiete Feldbach und Burgau der Rohöl-Aufsuchungs-Gesellschaft m.b.H. an. Das Flächenausmaß dieses Aufsuchungsgebietes beträgt 3.034,4 km².

Insgesamt sind nunmehr rd. 4.730 km² der Fläche des Bundeslandes Steiermark durch Aufsuchungs- und Gewinnungsverträge gedeckt und stehen somit einer Erschließung von Erdöl- und Erdgasvorkommen zur Verfügung.

Patentwesen

Ein Hauptanliegen der österreichischen Wirtschaft ist die Verbesserung des Innovationsprozesses. Der Verwirklichung dieses Ziels dienen insbesondere die Aktivitäten des Österreichischen Patentamtes und der Arbeitsgemeinschaft für Patentförderung.

Das Österreichische Patentamt trägt durch seine umfangreiche Dokumentation zur technologischen Infrastruktur Österreichs erheblich bei. Die Dokumentation des Amtes umfaßt derzeit über 20 Millionen Patentdokumente und zählt damit weltweit zu den größten Sammlungen der Patentliteratur.

Die Serviceleistungen des Österreichischen Patentamtes wurden weiter ausgebaut. Neben der Möglichkeit, Gutachten zum Stand der Technik (Recherchen) ohne Tätigung einer Patentanmeldung zu erhalten, können für die Wirtschaft aufgrund der am 1. August 1977 in Kraft getretenen Patentgesetz-Novelle auch Gutachten über die Patentfähigkeit eines technischen Problems erstellt werden.

Auch die zur gleichen Zeit wirksam gewordenen Markenschutz-Novelle dient einem verbesserten Schutz der Erfinder und damit der Förderung der heimischen Wirtschaft.

Die Arbeitsgemeinschaft für Patentförderung, der als ordentliche Mitglieder der Republik Österreich, vertreten durch den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, und die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft angehören, erfüllt im einzelnen folgende Aufgaben:

1. Unentgeltliche Beratung österreichischer Erfinder über sachliche und formale Voraussetzungen für Patentanmeldungen.

- 127 -

2. Aufklärung über Förderungsmöglichkeiten für Erfindungen und Entwicklungen.
3. Finanzielle Förderung für Patentanmeldungen österreichischer Erfinder, insbesondere im Ausland, soweit diese nicht schon ausreichend öffentlich gefördert werden.
4. Hilfe bei der Patentverwertung, insbesondere durch Zusammenführung von Patentinhabern und den an einer Lizenznahme Interessierten. Dies wird in Zusammenarbeit des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft erfolgen.
5. Herausgabe von Publikationen zwecks Information der Erfinder, Patentanmelder und Patentinhaber.

Bundesministerium für Inneres

Das Bundesministerium für Inneres hat während der laufenden Legislaturperiode für das Bundesland Steiermark die nachstehenden Maßnahmen getroffen bzw. wird noch folgende Initiativen setzen:

A. BUNDESPOLIZEI1. Personelles

Bei der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Steiermark wurde im Zusammenhang mit der Errichtung einer Datenstation der Stand an Kriminalbeamten von 17 zu Beginn der Gesetzgebungsperiode auf derzeit 30 Beamte erhöht.

Bei der Bundespolizeidirektion Graz betrug der Stand an Sicherheitswachebeamten zu Beginn der Gesetzgebungsperiode 803 gegenüber nunmehr 860 Sicherheitswachebeamten.

Die übrigen Personalstände im Bereich der Bundespolizei blieben annähernd gleich.

2. Organisatorische Maßnahmen

Intensivierung der Streifendienste durch den vermehrten Einsatz von Fußpatrouillen neben den motorisierten Streifen. Einrichtung einer ständigen Innenstadt-Funkstreife bei der Bundespolizeidirektion Graz ab Oktober 1975 und fallweise schwerpunktmaßige Anordnung von Sonderstreifen für das gesamte Stadtgebiet von Graz. Einrichtung eines ständigen Funkstreifenwagens mit Diensthunden bei der Bundespolizeidirektion Graz ab September 1976, insbesondere für Überwachung der Randgebiete der Stadt.

Einführung von Kontaktbeamten bei der Bundespolizeidirektion Graz mit 1.1.1978 und bei der Bundespolizeidirektion Leoben

- 129 -

mit 1.7.1978. Aufgabe der Kontaktbeamten ist es von sich aus die Verbindung zur Bevölkerung mit dem Ziel zu suchen, das durch die allgemeine Motorisierung beeinträchtigte Nahverhältnis zwischen Bevölkerung und Exekutive wieder zu stärken.

Intensivierung des Kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes durch Teilnahme an Veranstaltungen, wie Grazer Messe, Kaufhausausstellungen usw., Beteiligung an Sicherheitsberatungen, Vorträge vor Bankpersonal, in Schulen und Vereinen, Herausgabe von Merkblättern, Aufstellung von Plakatständern am Grazer Hauptbahnhof, Spots in Rundfunk und Fernsehen u dgl. mehr, sowie Ausdehnung dieser Einrichtung auf die Bezirksebene gemäß der Regierungserklärung vom 5.11.1975. Das zentral vom Bundesministerium für Inneres aufgelegte Merkblatt "Tips für Paßinhaber" wurde an alle Bezirksverwaltungsbehörden zwecks Beteilung der Paßämter ausgegeben.

Errichtung eines Datenstation bei der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Steiermark mit Betriebsbeginn im April 1976.

Weiterer Ausbau des Elektronischen Kriminalpolizeilichen Informationssystems (EKIS) durch Verwirklichung des sogenannten PWCO-Konzepts (PWCO = Polizei Wien Computer). Damit kann u.a. von jedem hiezu berechtigten Fernschreibgerät, das bei einer der Sicherheitsdienststellen im Bundesland Steiermark installiert ist, der Computer Wien im FS-Wählverkehr angewählt und eine sogenannte EKIS-Anfrage über gespeicherte Daten gestellt werden. Vom elektronischen Datenverarbeitungssystem sind bisher das Strafregister, die Personenfahndung, die Kraftfahrzeugfahndung und die Kraftfahrzeugzulassung für Wien erfaßt. Die Sachenfahndung wird voraussichtlich im Frühjahr 1979 miteinbezogen werden.

Erstellung eines Wachzimmerkonzeptes durch die Bundespolizeidirektion Graz, das derzeit einvernehmlich mit dem Magistrat der Stadt Graz geprüft wird.

- 130 -

Vorbereitungen zur Einführung einer Mehrzweckbekleidung bei der Sicherheitswache, insbesondere für Sonderseinheiten, sowie für die Änderung der Trageart der Dienstpistole bei der Sicherheitswache mit dem Ziel einer Erhöhung der Einsatzbereitschaft der Beamten durch das Bundesministerium für Inneres.

Verbesserung der Schießausbildung der Bundespolizei auf der Grundlage von Richtlinien, die Anfang 1977 in Kraft getreten sind. Hierdurch wird den modernen Erkenntnissen auf diesem Ausbildungssektor und der Forderung nach einer intensiveren Schießausbildung entsprochen.

Einrichtung einer "Kriminalbeamteinsatzgruppe" für präventive Maßnahmen auf dem Gebiet der Terrorbekämpfung, u.a. auch bei der Bundespolizeidirektion Graz.

Durchführung von Alarmübungen zur Überprüfung der Sicherheitsverhältnisse in den Strafvollzugsanstalten und gerichtlichen Gefangenenhäusern.

Erstellung spezieller Richtlinien für das polizeiliche Einschreiten in Fällen von Geiselnahme im Bereich der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Steiermark.

Erweiterung der schulischen Verkehrserziehung auf der Basis eines vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst, dem Bundesministerium für Inneres und dem Kuratorium für Verkehrssicherheit ausgearbeiteten Standardprogrammes für die schulische Verkehrserziehung durch die Exekutive.

Schwerpunktmaßiger Einsatz von Kriminalbeamten der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Steiermark im Rahmen einer überlagerten Grenzüberwachung bei den Grenzkontrollstellen. Zur Zeit werden gesetzliche Maßnahmen für eine Erweiterung der Befugnisse der Organe der Zollwache in sicherheitspolizeilicher

- 131 -

Hinsicht bei der Grenzüberwachung mit dem Ziel einer Erhöhung der Sicherheit im Grenzgebiet vorbereitet.

Während des in der Zeit vom 10. bis 12. Juli 1978 durchgeführten Besuches des Bundesministers für Inneres Erwin LANC in Jugoslawien konnte vom Bundessekretariat für innere Angelegenheiten der SFR Jugoslawien die Zusage zur Internationalisierung der Grenzübergänge Sicheldorf, Mureck, Langegg und Radlpäß erreicht werden. Damit steht zu erwarten, daß in absehbarer Zukunft ein von österreichischer Seite seit Jahren bestehendes Vorhaben realisiert werden kann.

3. Technische Maßnahmen

a) Motorisierung

Bei erreichter Vollmotorisierung erfolgte der jeweils notwendige Austausch von Kraftfahrzeugen. Dabei wurden insbesondere auch die mehr als 20 Jahre alten offenen Mannschaftstransportwagen der Marke Steyr 380 sowie die Solokrafträder der Marke Puch 250 SG gegen modernere und zweckmäßige Kraftfahrzeuge, wie VW-Kombi und Omnibusse bzw. Solokrafträder der Marke Honda, ausgetauscht.

Der Bundespolizeidirektion Graz wurde im Jahre 1977 ein neuer KTU-Wagen und der Bundespolizeidirektion Leoben im Jahre 1975 ein Fahrzeug zum Einbau einer kombinierten Traffipax-Radar-Anlage zugewiesen. Derzeit verfügt die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Steiermark über insgesamt 4, die Bundespolizeidirektion Graz über 111 und die Bundespolizeidirektion Leoben über 32 Dienstkraftfahrzeuge einschließlich der Motorfahrräder.

Seit dem Jahre 1976 erfolgt eine Ausstattung der Einsatzfahrzeuge der Bundespolizei mit moderneren Warneinrichtungen (Leuchten mit Halogenlampen, elektronisch gesteuerte Tonfolgehörner) sowie der VUK-Wagen mit reflektierenden und fluoreszierenden Sicherheitsstreifen, wodurch eine bessere Wahrnehmbarkeit dieser Fahrzeuge gegeben ist.

- 132 -

b) Fernmeldewesen

Einbindung der Bundespolizeidirektion Graz in das Richtfunknetz der Sicherheitsbehörden durch Zuweisung von 2 Richtfunkendstellen und 2 Relaisstellen im Rahmen des Aufbaues der Richtfunkstrecke Süd von Wien über Graz bis Klagenfurt. Zuweisung von weiteren 42 Stück tragbaren Kleinstfunk sprechgeräten der Type FuG 10 und SEM 166 sowie von 24 Stück mobilen Funksprechgeräten zum Einbau in Kraftfahrzeuge an die nachgeordneten Behörden im Bundesland Steiermark. Derzeit verfügt die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Steiermark über insgesamt 16, die Bundespolizeidirektion Graz über 166 und die Bundespolizeidirektion Leoben über 40 stationäre, mobile und tragbare Funkgeräte. Die Zuweisung weiterer Geräte ist nach Maßgabe der vorhandenen finanziellen Mittel vorgesehen.

Zuweisung eines Dokumentationsgerätes zur Aufzeichnung von Notrufen bzw. Telefongesprächen an die Bundespolizeidirektion Graz. Die Zuweisung weiterer Dokumentationsgeräte an die Bundespolizeidirektion Graz und auch an die Bundespolizeidirektion Leoben ist in nächster Zeit vorgesehen. Zuweisung einer Handsonde zur Gepäcks- und Personendurchsuchung an die Bundespolizeidirektion Graz.

Anschaffung eines Telekopiergerätes für die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Steiermark.

c) Waffen und sonstige technische Geräte

Auf dem Waffen- und sonstigen Ausrüstungssektor wurde in letzter Zeit durch den Austausch der bisher verwendeten Karabiner 98 K gegen US-Karabiner M1, die Beschaffung beschußsicherer Westen für Sicherheitswachebeamten und Kriminalbeamte, von Tränengaswurfkörpern, Autostopgurte, fototechnischen Geräten usw. eine Erhöhung und Modernisierung des technischen Ausrüstungsstandes erreicht.

- 133 -

d) Bauliche Maßnahmen

Errichtung eines Zubbaus zum Amtsgebäude der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Steiermark in Graz, Pappenheimgasse, welcher im Herbst 1977 in den Dienst gestellt wurde.

1977/78 Errichtung von zwei ebenerdigen Zubauten zum Direktionsgebäude der Bundespolizeidirektion Graz, Paulustorgasse 8 - 10, für die Unterbringung des Paß-, des Melde- und teilweise des Verkehrsamtes.

Einleitung und Weiterverfolgung des Planungs- und Genehmigungsverfahrens für die Errichtung eines neuen Amtsgebäudes für die Bundespolizeidirektion Graz auf dem Areal Karlauerstraße.

Laufende Verhandlungen mit dem Magistrat der Stadt Leoben über die Anmietung neuer Wachzimmerräumlichkeiten in Leoben, Hauptplatz.

Durchführung von zum Teil umfangreichen Gebäudeerhaltungs- und Adaptierungsarbeiten in den Direktionsgebäuden, dislozierten Amtsgebäuden und Wachzimmern der Bundespolizeidirektionen Graz und Leoben, die außer den Bediensteten auch der Bevölkerung im Rahmen des Parteienverkehrs zugute kommen.

B. BUNDESGENDARMERIE

1. Personelles

Der Personalstand des Landesgendarmeriekommandos für Steiermark wurde von 1970 bis 1978 um 66 Beamte erhöht.

In der laufenden Gesetzgebungsperiode hat der Ministerrat die Aufnahme von VB/S zur Verwendung im Exekutivdienst über den Stellenplan hinaus bewilligt. Auf Grund dieser Ermächtigung wurden beim Landesgendarmeriekommando für Steiermark in dieser Zeit 158 Bedienstete eingestellt, wodurch eine raschere Ergänzung der Beamtenabgänge (Ruhestandsversetzungen etc.) bewirkt wurde.

2. Organisatorische Maßnahmen

Im Zuge der Postenzusammenlegungen wurden von 1975 bis jetzt 2 Gendarmerieposten (Frauental und Leoben) aufgelassen. Durch die Eröffnung von Teilstrecken der Südautogahn war die Errichtung von 2 VA-Außenstellen (Graz-West und Bruck/Mur) notwendig. Zur Verbesserung der Erreichbarkeit und Einsatzbereitschaft wurden auf 2 Gendarmerieposten (Gleichstätten, Bez. Leibnitz und Gendarmerieposten Vordernberg, Bez. Leoben) Dauerjournaldienste erreicht und am Gendarmerieposten Niklasdorf der Dauerjournaldienst von 1 auf 2 Beamten erweitert.

In der laufenden Legislaturperiode wurde der kriminalpolizeiliche Beratungsdienst auf Landesebene (bei den Kriminalabteilungen) ausgebaut und auf Bezirksebene neu eingeführt.

Weitere gefährdete Objekte konnten an Alarmrufanlagen auf Gendarmeriedienststellen angeschlossen werden (dzt.ca. 150 im Bundesland Steiermark).

Eine Verbesserung der technischen Ausstattung der Kriminalabteilungen wurde durch die Beschaffung von Metallsuch- und Nachtsichtgeräten erreicht.

Durch die Errichtung einer Diensthundestation in Köflach ist nunmehr auch der Einsatz eines eigenen Diensthundes im Bezirk Voitsberg gegeben.

Schließlich wurden zur Schulung von Postenkommandanten auf kriminalpolizeilichem Gebiet Informationskurse aktiviert.

Auf 49 Gendarmerieposten wurde zur Intensivierung des Verkehrsüberwachungsdienstes auf Bezirksebene der Motorrad-Verkehrsdienst aktiviert.

In Seminaren, die im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres, dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst und dem Kuratorium für Verkehrssicherheit aktiviert wurden, wurden 217 Gendarmeriebeamte für den Verkehrserziehungsunterricht geschult. Das einheitliche Verkehrserziehungsprogramm (Standardprogramm) an den Pflichtschulen wurde für die 1., 3. und 5. Schulstufe durchgeführt. Im Schuljahr 1977/78 wurde

- 135 -

an 525 Volks-, 141 Haupt-, 29 Sonder- und 7 allgemeinbildenden höheren Schulen das Standardprogramm geschult, wobei 792 Klassen der 1., 762 Klassen der 3. und 552 Klassen der 5. Schulstufe mit insgesamt 51.473 Schülern erfaßt wurden.

3. Technische Maßnahmen

a) Motorisierung

Die Vollmotorisierung der Bundesgendarmerie wurde innerhalb des vorgesehenen Zeitraumes auch im Bereich des Bundeslandes Steiermark abgeschlossen. Seit dem Jahre 1975 wurden dem Landesgendarmeriekommando für Steiermark 242 Kraftfahrzeuge zugewiesen. Der Aufwand für diese Anschaffungen beläuft sich auf 19,5 Millionen Schilling.

b) Fernmeldewesen

Mit dem Ausbau der Richtfunkstrecke Süd und der Umstellung vom 4 - auf das 2-Meterband wurde im erwähnten Zeitraum auch das Landesgendarmeriekommando für Steiermark in das Gendarmeriefunknetz miteinbezogen. Das Funkgeräteergänzungsprogramm wurde erfolgreich fortgeführt und dem Landesgendarmeriekommando für Steiermark 128 Mobilstationen und 147 tragbare Geräte neu zugewiesen. Für das Jahr 1978 sind 47 Mobilstationen und 90 tragbare Geräte vorgesehen.

c) Technische Geräte

In der laufenden Gesetzgebungsperiode konnten im Bundesland Steiermark sämtliche Gendarmerieposten mit der für Unfalls- und Tatbestandsaufnahmen erforderlichen Lichtbildausstattung ausgestattet werden. Gleichzeitig wurde im neuen LGK-Gebäude in Graz ein Zentrallabor mit einem Kostenaufwand von 600.000,-- Schilling zur Ausarbeitung von Lichtbildaufnahmen eingerichtet.

d) Bauliche Maßnahmen

Für das Landesgendarmeriekommando für Steiermark wurde vom Bundesministerium für Bauten und Technik in der Landeshauptstadt Graz ein Neubau errichtet. In der laufenden Gesetzgebungsperiode wurden für die Ausstattung dieses Gebäudes mit Amts-, Werkstätten-, Schul- und Kücheneinrichtungen vom Bundesministerium für Inneres insgesamt 10,9 Millionen Schilling aufgewendet. Der Gesamtaufwand (seit dem Jahre 1970) belief sich auf 16 Millionen Schilling. Diese Lieferaufträge wurden vorwiegend an Firmen aus dem Bundesland Steiermark vergeben.

Durch die Neuanmietung von Unterkünften, Erwerb von Wohnungseigentum und Leistung von Mietzinsvorauszahlungen konnten im Bundesland Steiermark im Berichtszeitraum 12 Gendarmeriedienststellen neu untergebracht werden. Bis zum Ende der Legislaturperiode werden voraussichtlich noch 5 Gendarmeriedienststellen in neu errichtete Amtsgebäude oder neu angemietete Unterkünfte einziehen können.

Der Ausstattung der Gendarmeriedienststellen mit Amts- und Kanzleieinrichtungen wurde auch vom Landesgendarmeriekommando für Steiermark ein besonderes Augenmerk zugewendet; es wurden für diese Zwecke insgesamt 1,7 Millionen Schilling verausgabt.

C. VERKEHRSÜBERWACHUNG

Obwohl das Bundesministerium für Inneres keine Kompetenzen auf dem Gebiet der Straßenpolizei hat, wurden die zuständigen Straßenpolizeibehörden bei der Wahrung ihrer Aufgaben durch flankierende Maßnahmen, insbesonders auf der sogenannten "Gastarbeiterroute" durch zusätzliches Personal, durch Stellung von Kraftfahrzeugen und Luftfahrzeugen zur Überwachung und Lenkung des Verkehrs unterstützt. In diesem Zusammenhang wurden von der Flugeinsatzstelle Graz 2151 Flugstunden erbracht, wobei 1864 Flugstunden auf ordnungs- und sicherheitspolizeiliche Aufgaben, sowie auf Flüge für Verkehrslenkung und

- 137 -

-überwachung entfallen. Die restlichen Flugstunden entfallen auf unerlässliche Hilfeleistungen für Verletzte, sowie auf Kranken- und Unfalltransporte innerhalb des Bundeslandes Steiermark.

D. ZIVILE LANDESVERTEIDIGUNG

Im Rahmen der Zivilen Landesverteidigung wurden dem Bundesland Steiermark aus den zentral veranschlagten Zivilschutzkrediten für Zwecke der Warnung und Alarmierung der Bevölkerung in den Jahren 1975 bis einschließlich 1977 jährlich je S 150.000,--, das sind daher insgesamt S 450.000,-- zur Verfügung gestellt.

E. ENTMINUNGSDIENST

Vom Entminungsdienst wurden im angeführten Zeitraum im Bundesland Steiermark 23.661 kg Kriegsmunition geborgen, untersucht und zum Sprengplatz Großmittel gebracht.

F. ZIVILDIENST

Im gleichen Zeitraum wurden im Bundesland Steiermark 13 Einrichtungen für Zivildienstpflichtige, 272 Zivildiener zugewiesen.

Bundesministerium für Justiz**A) Bezirksgerichte**

Die Bundesregierung hat mit Verordnung vom 6. Juli 1976, BGBI.Nr. 353, mit Zustimmung der Steiermärkischen Landesregierung acht Bezirksgerichte, und zwar Arnfels, Fehring, Friedberg, Kirchbach in Steiermark, Oberzeiring, Pöllau, Sankt Gallen und Vorau aufgelassen und den Sprengel jedes dieser Bezirksgerichte dem Sprengel des in der jeweiligen Bezirkshauptstadt befindlichen Bezirksgerichtes zugewiesen. Die Auflassung trat mit 1. Oktober 1976 in Kraft.

Jedes der aufgelassenen Bezirksgerichte hatte einen so kleinen Geschäftsanfall, daß er von einem Richter, zum Teil sogar nur an einzelnen Tagen der Woche, erledigt werden konnte.

Durch die Auflassung dieser Bezirksgerichte und ihre Zusammenlegung mit dem in der jeweiligen Bezirkshauptstadt befindlichen Gericht trat für die Bewohner der Sprengel der aufgelassenen Gerichte eine wesentliche Verbesserung des Rechtsschutzes ein. Denn es steht ihnen nunmehr in der Bezirkshauptstadt ein ständig mit mehreren Richtern und mit nichtrichterlichem Personal in ausreichender Zahl besetztes Bezirksgericht zur Verfügung. Dadurch wurde sichergestellt, daß den Bewohnern in dringenden Fällen jederzeit notwendige Rechtsauskünfte erteilt werden können. Die Besetzung der nunmehr zuständigen Bezirksgerichte mit mehreren Richtern macht eine wechselseitige Vertretung im Fall einer Erkrankung oder während des Urlaubs möglich. Da die aufnehmenden Bezirksgerichte in den Orten, in denen die aufgelassenen Bezirksgerichte ihren Sitz hatten,

- 139 -

regelmäßig Gerichtstage abhalten, während deren alle gerichtlichen Amtshandlungen vorgenommen werden können, stellt die Auflassung dieser acht Bezirksgerichte einen wesentlichen Beitrag zu einem verbesserten Zugang zum Recht dar.

B) Baumaßnahmen

Auf dem Gebiete der Baumaßnahmen wurden für die im Zusammenhang mit der vom Bundesministerium für Bauten und Technik durchgeföhrten Generalsanierung erforderlichen neuen Amtseinrichtungen in den Gerichtsgebäuden Feldbach, Mariazell, Eisenerz und des Strafbezirksgerichtes Graz vom Justizressort rund 2,5 Millionen Schilling aufgewendet. Die Kosten für den Zubau zum gemeindeeigenen Gerichtsgebäude Neumarkt in der Steiermark sowie für die Generalsanierung des Altgebäudes wurden vom Justizressort in Form einer Mietzinsvorauszahlung getragen, insgesamt 5,5 Millionen Schilling.

C) Entwicklung der Personalstände

Die Entwicklung der Personalstände ergibt folgendes Bild für das Land Steiermark:

Die Zahl der Richter und Richteramtsanwärter ist seit 1970 um 1 Planstelle gestiegen (250 auf 251), die Zahl der Richter allein allerdings von 226 auf 238, die der Richteramtsanwärter ist aber von 24 auf 13 gesunken.

Die Zahl der Staatsanwälte ist von 1970 bis 1978 um 5, nämlich von 22 auf 27, angestiegen.

Die Zahl der Planstellen für nichtrichterliche Bedienstete ist von 757 im Jahr 1970 auf 780 im Jahr 1978 angestiegen, die Zahl der Beschäftigten beträgt zufolge teilbeschäftigter Personen insgesamt 869.

Die Zahl der in Justizanstalten beschäftigten Bediensteten ist von 355 im Jahr 1970 auf 404 im Jahr 1978 angestiegen,

- 140 -

die Zahl der hauptamtlichen Bewährungshelfer beträgt derzeit im Land Steiermark 5.

D) Strafvollzugsbaumaßnahmen

Ausgeführt:

Strafvollzugsanstalt Graz:

Laufende Sanierungs- und Gebäudeerhaltungsmaßnahmen durch das Bundesministerium für Bauten und Technik.

Außenstelle Lankowitz:

Errichtung eines neuen Wirtschaftshofes durch das Bundesministerium für Bauten und Technik.

Landesgerichtliches Gefangenенhaus Graz:

Hofsanierungen und Fassadeninstandsetzungen in der Anstalt sowie Fernwärmeanschluß eines Beamtenwohnhauses durch das Bundesministerium für Bauten und Technik.

Außenstelle Graz-Paulustorgasse:

Generalsanierung und Erweiterung durch das Bundesministerium für Bauten und Technik noch im Gange.

Kreisgerichtliches Gefangenенhaus Leoben:

- a) Teilsanierung durch das Bundesministerium für Bauten und Technik.
- b) Einrichtung einer geschlossenen Abteilung für Strafgefangene im Krankenhaus Leoben (Beziehbarkeit voraussichtlich ab September 1978) auf Grund einer Vereinbarung zwischen der Republik Österreich - Bundesministerium für Justiz und dem Land Steiermark - Kostenbeitrag des Bundesministeriums für Justiz: rd. 1,2 Millionen Schilling für Baukosten

- 141 -

zuzüglich der jeweils gültigen Tagessätze pro in Anspruch genommenem Bett für Anstaltpflege.

Geringfügigere Gebäudeerhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen wurden über Veranlassung des Bundesministeriums für Justiz laufend durchgeführt.

Vorbereitung:

Strafvollzugsanstalt Graz:

Neubau eines Verwaltungsgebäudes durch das Bundesministerium für Bauten und Technik.

(Planung seit langem baureif abgeschlossen. Mit der noch heuer durchzuführenden Erneuerung der Außenbeleuchtungsanlage wird die bauliche Voraussetzung für dieses besonders wichtige Bauvorhaben geschaffen werden.)

Außenstelle Lankowitz:

Neubau einer Gegangenunterkunft am neuen Wirtschaftshofgelände durch das Bundesministerium für Bauten und Technik. (Mit den Planungsarbeiten soll noch heuer begonnen werden)

Landesgerichtliches Gefangenhaus Graz:

Verbesserung der Sicherheitsverhältnisse durch Errichtung eines neuen Wachturmes. (Planung abgeschlossen. Durchführung wahrscheinlich noch heuer. Kosten: rd. S 150.000,-)

Außenstelle Graz-Paulustorgasse:

Ferstigstellung der Generalsanierung durch das Bundesministerium für Bauten und Technik.

Kreisgerichtliches Gefangenhaus Leoben:

Fortsetzung der Teilsanierung durch Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen, der Verwaltungsräumlichkeiten und der Haftraumverhältnisse durch das Bundesministerium für Bauten und Technik.

- 142 -

Darüber hinaus wird getrachtet werden, die zur ordnungsgemäßen Erhaltung der vorhandenen Gebäudebestände notwendigen Maßnahmen laufend durchzuführen.

Im übrigen wurde eine Reihe von Anschaffungen größerer Ausmaßes getätigt, wie z.B. Küchen- und Waschkücheneinrichtungen (kg Gefangenenumhaus Leoben), BilBibliothekausstattungen (Strafvollzugsanstalt Graz) und Einrichtungen für Werkstätten, Büroräume etc.

- 143 -

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Zahlreiche Aktivitäten des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft sind in gleicher Weise für alle Bundesländer von Bedeutung. In diesem Zusammenhang wird besonders auf die agrarischen Wirtschaftsgesetze, auf die Forstrechts-erneuerung, auf die Schaffung einer modernen Rechtsgrundlage für die Österreichischen Bundesforste, auf die Verbesserung der Rechtsvorschriften betreffend die Grundstückszusammenlegung, auf die Fortentwicklung des Weinrechtes, auf die Erweiterung der Qualitätsklassenregelungen und auf die Modernisierung des Futtermittelrechtes hingewiesen.

Von besonderem Interesse im Sinne der gegenständlichen Anfrage erscheinen jedoch die Förderungsmaßnahmen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft für Vorhaben und Projekte, die in der Steiermark durchgeführt wurden bzw. werden.

Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß eine genaue regionale Zuordnung öffentlicher Mittel teilweise nicht möglich ist. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen aus dem Titel Preisausgleiche.

Von großer Bedeutung für die Steiermark ist in diesem Zusammenhang das Grenzlandsonderprogramm, in dessen Rahmen Beihilfen in der Höhe von insgesamt 45 Millionen Schilling und Zinsenzuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten mit einem Volumen von 125 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden.

- 144 -

Zur Förderung der Landwirtschaft (einschließlich Treibstoffverbilligung) wurden bisher bzw. werden in dieser Legislaturperiode (1976 bis 1978) in der Steiermark Bundesmittel in der Höhe von rund 811,7 Millionen Schilling aufgewendet. Für das Jahr 1979 werden voraussichtlich 286,7 Millionen Schilling aus Bundesmittel zur Verfügung stehen. Die Mittel für die Jahre 1976 bis 1978 werden wie folgt verwendet:

Für	Summe in Schilling
das Bildungswesen, Beratungswesen und kammereigene Bildungsstätten	66,600.000
die Produktivitätsverbesserung pflanzlicher Produkte	6,600.000
die Produktivitätsverbesserung der Viehwirtschaft	11,300.000
technische Rationalisierung	4,200.000
Absatz- und Verwertungsmaßnahmen	2,800.000
landw. Geländekorrekturen	9,300.000
landw. Regionalförderung	89,600.000
die Verkehrserschließung	227,000.000
die Elektrifizierung	8,400.000
agrarische Operationen	15,900.000
Siedlungswesen	1,200.000
den Bergbauernzuschuß	70,200.000
das Forschungs- und Versuchswesen	400.000
die Treibstoffverbilligung	298,200.000

- 145 -

In den angeführten Summen sind auch jene Beträge enthalten, die im Rahmen des Bergbauernsonderprogrammes, dem für die Steiermark besondere Bedeutung zukommt, zur Verfügung gestellt werden. Durch den Einsatz dieser Mittel konnten und können unter anderem 4.127 ha Flächen zusammengelegt werden, bei der Verkehrserschließung ländlicher Gebiete 1.363 km Wege gebaut (davon 111 km aus dem Grenzlandsonderprogramm) und im Rahmen der landwirtschaftlichen Regionalförderung 13.214 Betriebe bzw. Projekte (davon 7.625 aus dem Bergbauernsonderprogramm) gefördert werden. Bei der Elektrifizierung ländlicher Gebiete wurden 156 Vorhaben ausgeführt.

Zur Verbilligung der in den Vorjahren und im Berichtszeitraum in Anspruch genommenen Agrarinvestitionskredite werden Zinsenzuschüsse gewährt. Der Kreditrahmen für die Steiermark betrug insgesamt rund 1,130,200.000 Schilling.

Zur Ermöglichung des Exportes von Zucht- und Nutzrindern wurden in den Jahren 1976 und 1977 für die Steiermark rund 32 Millionen Schilling aufgewendet. Geht man von der ländereisernen Ausnützung des Bundeskontingentes aus, entfällt auf die Steiermark eine Schlachtrinderexportstützung von rund 117 Millionen Schilling.

Im Rahmen der Rindermastförderungsaktion wurden für den Bereich des Bundeslandes Steiermark in den Wirtschaftsjahren 1975/76 und 1976/77 7.823.400 Schilling an Zuschüssen, wie Zinsenpauschale, Frachtvergütungen, Kaloteilvergütungen, Ochsenmastprämien, bei der Kälbervermittlungsaktion in den Jahren 1976 und 1977 als Frachtkostenausgleich und Bergbauernprämien 2.439.400 Schilling vergeben. Auf Grund der Kälbermastprämienaktion gelangten seit ihrem Beginn

- 146 -

im August 1977 bis Ende April 1978 1,682.800 Schilling zur Auszahlung. Es ist beabsichtigt, alle diese Maßnahmen bis zum Ende der Legislaturperiode weiterzuführen.

Auf dem Vieh- und Fleischsektor standen Betrieben in der Steiermark in den Wirtschaftsjahren 1975/76 und 1977/78 an Bundesmitteln ca. 34,900.000 Schilling als Lagerkostenvergütung zur Verfügung.

Zur Förderung der Forstwirtschaft wurden bisher (1976-1978) in der Steiermark Bundesmittel von mehr als 211 Millionen Schilling aufgewendet. Für das Jahr 1979 sind Mittel in der Höhe von ca. 75 Millionen Schilling in Aussicht genommen. Die bisher gewährten Mittel verteilen sich auf folgenden Sparten:

Aufforstung (Neu- und Wieder-aufforstung), Bestandesumbau, Meliorationen, maschinelle Bodervorbereitung	S 22,635.000
Hochlagenauaufforstung und Schutzwaldsanierung	S 1,860.000
Forstliche Aufklärung, Beratung und Weiterbildung	S 9,034.500
Forstschutz	S 136.000
Forstliche Bringungsanlagen und Forstaufschließung	S 17,462.700
Wildbach- und Lawinenverbauung	S 160,214.000

- 147 -

In den angeführten Summen sind auch jene Beträge enthalten, die im Rahmen des Bergbauernsonderprogrammes, dem für die Steiermark besondere Bedeutung zukommt, zur Verfügung gestellt werden.

Für den Schutzwasserbau wurden bzw. werden seit Beginn der laufenden Legislaturperiode dem Bundesland Steiermark 273,800.000 Schilling Bundesmittel zur Verfügung gestellt. Mit Hilfe dieser Bundesmittel wurden bzw. werden Fluß- und Bachläufe in der Gesamtlänge von 39 km reguliert.

Auf dem Gebiete des Gewässerschutzes sind für das Bundesland Steiermark die Erklärung des Vorhabens des Wasserverbandes Region Gratkorn-Gratwein und der Abwasseranlage des Wasserverbandes Grazerfeld zu bevorzugten Wasserbauten, deren beschleunigte Ausführung im Interesse der österreichischen Volkswirtschaft gelegen ist, zu erwähnen. Diese Maßnahmen bedeuten einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Zielsetzungen der Verordnung vom 7. August 1973, BGBl.Nr. 423, betreffend die Verbesserung der Wassergüte der Mur und ihre wesentlichen Zubringer.

Für Vorhaben auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Wasserbaus standen bzw. stehen in der Steiermark Bundesmittel von rund 9,7 Millionen Schilling zur Verfügung. Mit diesen Mitteln konnten bzw. können unter anderem 2.097 ha Flächen entwässert werden.

Im Bereich der sozialpolitischen Maßnahmen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft wurden in der Steiermark zur Errichtung von Landarbeiter-eigenheimen bisher rund 23 Millionen Schilling und für den Landarbeiter-dienstwohnungsbau rund 270.000 Schilling an Bundesmitteln zur Verfügung gestellt.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Seitens des Bundesministeriums für Landesverteidigung sind insbesonders Maßnahmen auf den Gebieten des Versorgungswesens des Bundesheeres (Beschaffungen, Reparaturen, Baumaßnahmen, Verpflegung usw.) sowie der Assistenz- und Hilfeleistung durch das Bundesheer und des Personalwesens insoweit berücksichtigt, als sie für das Bundesland Steiermark bzw. seine Bewohner im weitesten Sinne von Bedeutung erscheinen.

Es ist somit hervorzuheben, daß im Zeitraum vom 4. November 1975 bis 14. Juni 1978 seitens des Bundesheeres für die Steiermark Aufwendungen in der Höhe von rund S 486,975.000,- getätigt wurden. Was die Höhe der bis Ende der laufenden Legislaturperiode noch vorgesehenen Ausgaben betrifft, so ist zu bemerken, daß die Übersicht der bis Oktober 1979 beabsichtigten Maßnahmen keine Prognosen über Beschaffungen enthält, weil diesbezüglich nicht abgesehen werden kann, welche Firmen in welchem Umfang in der Steiermark bei der Auftragsvergabe zum Zuge kommen. In gleicher Weise konnten Assistenzleistungen des Bundesheeres sowie Personalmaßnahmen in der beiliegenden Übersicht nicht berücksichtigt werden, weil sich Maßnahmen in diesen Bereichen ebenfalls einer Prognose entziehen.

Übersichten der wichtigsten vom 4. November 1975 bis 14. Juni 1978 gesetzten Maßnahmen aus dem Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung sowie der bis zum Ende dieser Legislaturperiode noch beabsichtigten Maßnahmen - unter Berücksichtigung der vorerwähnten Einschränkungen - sind den beiliegenden Anlagen zu entnehmen.

- 149 -

Bundesland: STEIERMARK (4.November 1975 bis 14.Juni 1978)

	öS	Stunden	Wohnungen	Bedienstete
1. <u>Versorgung des Bundesheeres:</u>				
a) Beschaffung (Waffen, Munition, Sprengmittel, Kraftfahrzeuge, -Ersatzteile, Leder, Textilbekleidung, Brenn-, Kraft-, Schmierstoffe, Maschinen, Werkzeuge etc.)	263,460.439,62			
b) Reparaturen (an Kraftfahrzeugen, Waffen und Fernmeldegerät)	4,073.073,--			
c) Baumaßnahmen (militärisches Bauwesen und Aufwendungen für den Wohnbau)	28,042.004,54			
d) Verpflegung	141,849.205,27			
e) Reinigung von Wäsche, Ausrüstung und Bettensorten sowie Ausgaben im Rahmen der Jahreskreditverläge und Ausgabebefugnisse	49,550.149,43			
2. <u>Assistenzleistungen</u> (§ 2 Abs.1 lit. c des Wehrgesetzes 1978); <u>Hilfeleistungen</u> des Bundesheeres im Rahmen der Ausbildung:		42.015		
3. Zuweisung von <u>Naturalwohnungen</u> an Ressortbedienstete:			40	
4. <u>Personalaufnahmen:</u>				419

- 150 -

Bundesland: STEIERMARK (Schätzung für den Zeitraum vom 15.Juni 1978 bis Oktober 1979)

	öS	Wohnungen
<u>Versorgung des Bundesheeres:</u>		
a) Reparaturen(an Kraftfahrzeugen,Waffen und Fernmeldegerät)	1,500.000,--	
b) Baumaßnahmen (militärisches Bauwesen und Aufwendungen für den Wohnbau)	17,000.000,--	66
c) Verpflegung	79,900.000,--	
d) Reinigung von Wäsche, Ausrüstung und Bettensorten sowie Ausgaben im Rahmen der Jahreskreditverträge und Ausgabebefugnisse	25,000.000,--	

- 151 -

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Die Maßnahmen des Bundesministeriums für soziale Verwaltung sind selbstverständlichlicherweise nicht auf einzelne Bundesländer abgestimmt, sondern kommen in gleicher Weise der gesamten österreichischen Bevölkerung zugute. Ungeachtet dessen kann für das Bundesland Steiermark folgendes hervorgehoben werden:

I. Arbeitsmarktpolitik

Förderungsleistungen der Arbeitsmarktverwaltung für Steiermark nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz (AMFG) in Mio.S.:

	<u>1975</u>	<u>1976</u>	<u>1977</u>	<u>I-VI/1978</u>	<u>BVA/1978</u>
Arbeitsmarkt- information	2,11	1,83	1,59	0,78	1,80
Mobilitäts- förderung (berufl. u.geograph.)	58,78	76,72	73,66	64,29	118,70
Arbeitsbeschaffung	45,09	39,64	32,44	32,69	21,00
Lehrausbildung u. Berufsvorschulung	15,80	18,97	21,37	18,79	40,60
Behinderte Ausländer	2,89 0,11	4,31 0,07	9,35 0,03	4,77 0,02	14,30 0,07
Ausstattung (Schulungseinrich- tungen, Wohnplatz- beschaffung usw.)	35,01	19,42	18,25	28,79	-
Gesamt:	159,79	160,97	156,7	123,72	196,47

Dazu kommen noch Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVG), die in Mio.S.

<u>1975</u>	<u>1976</u>	<u>1977</u>	<u>I-VI 1978</u>
445	509	521	417
betrugen.			

Das Schwerpunkt der Arbeitsmarktförderung lag und liegt bei der Arbeitsmarktausbildung, die einerseits durch Aus- und Fortbildung zur Erhöhung der beruflichen Mobilität des einzelnen und damit zur Verbesserung seiner Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt und andererseits als Überbrückungsmaßnahme bei Arbeitsplatzgefährdung oder Arbeitslosigkeit eingesetzt werden kann.

Um die nötigen Ausbildungskapazitäten zur Verfügung zu haben, wurden zwischen 1973 und 1977 in der Steiermark 14 Schulungsstätten mit 1.157 Schulungsplätzen gebaut und allein dafür ein Betrag von rund 230,4 Mio. S verausgabt.

Weiters ist hervorzuheben, daß mit Hilfe der Arbeitsmarktverwaltung von 1975 - 1977 in der Steiermark 23.652 Arbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen wurden.

Wie auch die Bundesregierung in ihrem Wirtschaftsbericht festgestellt hat, stellen sich für die Arbeitsmarktpolitik mittelfristig folgende Probleme:

In den nächsten Jahren treten aufgrund der demographischen Entwicklung Jugendliche in größerer Zahl in das Berufsleben ein. Die älteren Arbeitnehmer kommen infolge der demographischen Entwicklung in eine Position, in der sie leichter ihren Arbeitsplatz verlieren oder schwieriger einen neuen finden.

Die Frauen, die eine Beschäftigung aufnehmen oder ihre berufliche Lage verbessern wollen, müssen in einer auf die Realisierung der Gleichheit der Geschlechter gerichteten Gesellschaft einen besonderen Schwerpunkt bilden.

Die Behinderten in weitesten Sinne des Wortes sind in den Aufgaben der Arbeitsmarktverwaltung geradezu die klassische Gruppe, für die die Dienste der Arbeitsmarktverwaltung in besonderer Weise verfügbar gemacht werden müssen. Die Benachteiligung, die ihnen aus Gründen des körperlich-geistigen Gebrechens bzw. sozialer und psychischer Fehlanpassung im Berufsleben erwachsen, muß die Arbeitsmarktverwaltung auszugleichen trachten. Die hiefür vorgesehenen und künftig weiter

zu entwickelnden Instrumente werden mit dem Ziel einzusetzen sein, diese Menschen in befriedigender Weise in das Berufs- und Arbeitsleben einzugliedern.

Schließlich bedarf es in besonderer Weise des Einsatzes der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, jene nachteiligen Umstände zu mildern und schrittweise zu beseitigen, die sich in bestimmten Regionen ergeben. Die ungünstigen Wirtschaftsstrukturen und die zu geringe Anzahl von Arbeitsplätzen in aussichtsreichen Branchen sowie die daraus resultierende niedrige Erwerbsquote, die die offensichtlich wesentlich ungünstigere Chance signalisiert, müssen Anlaß sein, auch in diesen Gebieten Österreichs der Bevölkerung entsprechende Erwerbsmöglichkeiten zu geben. Die Aktivitäten der Arbeitsmarktverwaltung werden sich entsprechend den jeweiligen konjunkturellen und strukturellen Gegebenheiten an diesem Problemkatalog orientieren.

II. Allgemeine und besondere Sozialhilfe

Aus den Mitteln des vom Bundesministerium für soziale Verwaltung verwalteten Ausgleichstaxfonds sind in der gegenwärtigen Legislaturperiode steiermärkischen Organisationen der Kriegsopfer und Zivilbehinderten nicht rückzahlbare Zuschüsse in der Höhe von rund 16,2 Mio. Schilling gewährt worden.

Aus den im Bereich der allgemeinen Sozialhilfe und Jugendwohlfahrt zur Verfügung stehenden Budgetmittel wurden im gleichen Zeitraum den steiermärkischen Organisationen rund 600.000 Schilling an Förderungsmittel bewilligt.

Darüber hinaus fließen aber noch jährlich über die Dachverbände dieser Organisationen erhebliche Mittel in die Steiermark.

Hinsichtlich dieser Förderung ist eine Aufgliederung der Subventionen jedoch nicht möglich, weil die Vergabe der Förderungsmittel grundsätzlich nur an Organisationen mit bundesweitem bzw. über ein Bundesland hinausgehendem Wirkungsbereich erfolgt und auf die anschließende Aufteilung der Subventionsmittel an die einzelnen Landesstellen der geförderten Organisationen seitens des Ressorts kein Einfluß genommen werden kann.

- 154 -

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Während der laufenden Gesetzgebungsperiode sind folgende Maßnahmen erfolgt:

1. Schulbau - Schulgründung - Verbundlichung:

4. BG Graz, Zubau

HTBLA Graz-Gösting, Zubau

BG und BFS f. w.Frb. Köflach, Neubau

2. BG und BRG Leoben, Neubau

BG und BRG Stainach, Zubau

BORG und HBLA f. w.Frb. Murau, Neubau

BFS f.w.Frb. Mureck, Neubau

BORG Radkersburg, Neubau

Die obgenannten seit 1974 bezugsfertiggestellten Schulbauvorhaben umfassen insgesamt 4140 Ausbildungsplätze mit einem Bauvolumen von 390 Millionen Schilling.

Derzeit befinden sich folgende Schulprojekte in Bau:

BG f. M. Graz, Neubau

BORG, BHAK und BHAS und BFS f.w.Frb. Deutschlandsberg,

Neubau (Fertigstellung September 1978,

zugleich Neugründung der

BHAK und BHAS und BFS f.w.Frb.)

BORG und BHAK und BHAS Feldbach, Neubau

- 155 -

BORG, BHAK und BHAS, BFS f.w.Frb. und
BBA f.KG Hartberg, Neubau
BHAK und BHAS, BBA f.KG Judenburg, Neubau
(Fertigstellung Ende 1978, zugleich Verbundlichung
der städt. HAK und HAS)
BHAK und BHAS und BBA f.KG Liezen, Neubau
(Neugründung der BBA f.KG Schuljahresbeginn
1978/79)
BRG Stift Rein, Adaptierung der Stiftsräume und
Turnhallenzubau (2 Turnhallen wurden kürzlich
bezugsfertiggestellt)
BG und BRG und BHAK und BHAS Mürzzuschlag, Neubau
BG und BRG Weiz, Neubau
(Bezugsfertigstellung September 1978)
BHAK und BHAS, BFS f. w.Frb. und HTBLA Weiz, Neubau
BRG Kapfenberg, Neubau
(Bezugsfertigstellung September 1978)
BHAK und BHAS Voitsberg, Neubau
(Bezugsfertigstellung des 1.Bauabschnittes
September 1978)

Die in Bau befindlichen Schulprojekte umfassen 12.780
Ausbildungsplätze mit einem Bauvolumen von 1.172 Millionen
Schilling.

Die konkrete Bauplanung läuft derzeit für folgende
Schulprojekte:

BEA Graz-Liebenau, Zubau
BORG Graz, Neubau
BFS f.w.Frb.Krieglach, Zubau

- 156 -

BFS f.w.Frb. BORG und BHAS Bad Aussee, Neubau
(das städt. ORG und die städt. HAS werden mit 1.9.1978
in die Verwaltung des Bundes übernommen)

BG und BRG und BHAS Fürstenfeld, Zubau

HTBLA Zeltweg, Neubau

BRG Graz-St.Peter, Neubau

Die in Planung befindlichen Schulprojekte umfassen
4560 Ausbildungsplätze mit einem Bauvolumen von
528 Mill.S.

Weiters hat sich der Bund mit der Hälfte der Her-
stellungskosten am Neubau des Schulschiheimes
Murau-Frauenalpe beteiligt.

Abgesehen von den im Rahmen der obgenannten Schulneu-
bauten auch für den außerschulischen Bedarf gesetzten
Investitionen, wie z. B. beim BORG Radkersburg
(Sporthalle und Festsaal), Sanierung des Stiftes Rein
im Zuge der Adaptierung zur Nutzbarmachung der Stifts-
räume für Schulzwecke, wurden im Rahmen des Hallen-
bäder- und Sporthallen zuschussprogrammes folgende
Projekte mit den nachstehenden Beträgen mitfinanziert:

Hallenbad Köflach: 3,5 Mill.S

Hallenbad Murau: 2,1 Mill.S

Hallenbad Graz-Eggenberg: 3,5 Mill.S

Hallenbad Feldbach: 3,92 Mill.S

Sportplatz Feldbach: 1 Mill.S

Sportanlage Knittelfeld: 1,17 Mill.S

Hallenbad Kapfenberg: 3,0 Mill.S

Hallenbad Mariazell (Nutzung für die Schulschwimmwochen
im Zusammenhang mit dem BSH Mariazell): 12 Mill.S

Sportplatz Fürstenfeld: 0,75 Mill.S

Sporthalle Voitsberg: 14,2 Mill.S

Turnsaal für die BA f.KG u. AL Graz der Erzherzog
Johann Stiftung: 4,2 Mill.S

- 157 -

Das ergibt eine Bundesleistung von insgesamt 49,34 Mill.S bis zum Jahresende 1977.

Bis zum Ende der nächsten Gesetzgebungsperiode werden noch die nachstehenden Projekte ausfinanziert sein:

Hallenbad Mürzzuschlag: 3,5 Mill.S

Sporthalle Mürzzuschlag: 11 Mill.S

Sporthalle Kindberg: 5,5 Mill.S

Hallenbad Eisenerz: 0,8 Mill.S

Turnsaal Mureck: 5,037 Mill.S

Sportfreianlagen Mürzzuschlag: ca. 3 Mill.S

Das ergibt ein Beitragsvolumen in der Höhe von voraussichtlich 28,837 Mill.S

Schließlich wurden im Rahmen des Schülerheimprogrammes 3,9 Mill. S für das Schülerheim Admont bezahlt und ist noch im Rahmen der laufenden Gesetzgebungsperiode mit dem Baubeginn der Internatsneubauten Zeltweg, Weiz und Bad Gleichenberg zu rechnen, in welchen ca. 450 zusätzliche Internatsplätze geschaffen werden und das Bundesministerium für Unterricht und Kunst für die Zurverfügungstellung dieser Plätze zugunsten der Bundesschüler eine Beitragsleistung in der Höhe von insgesamt ca. 21 - 25 Mill. S vorgemerkt hat.

2. Schul- und Heimbeihilfen für Schüler an Schulen in der Steiermark

Schuljahre	Beihilfenbezieher	Beihilfen
1975/76	7.810	62,888.029,-
1976/77	7.530	57,556.329,-
1977/78 1)	8.850	82,100.000,-
1978/79 2)	8.900	81,000.000,-

- 1) Hochrechnung aus den Arbeitsfortschrittsprotokollen
- 2) Erwartete Werte aufgrund mehrjähriger statistischer Aufzeichnungen

- 158 -

3. Schulbuchaktion: Gutschein- und Fachbuchbestellungen von steiermärkischen Schulen

Schuljahre	Gutscheinaktion	Fachbuchaktion
1975/76	138,972.652,-	3,392.410,-
1976/77	140,432.786,-	4,074.327,-
1977/78	160,615.706,-	4,920.197,-
1978/79	158,410.004,-	4,395.750,-

4. Planstellen:

Während der laufenden Gesetzgebungsperiode wurden vom Bund für das Bundesland Steiermark im Rahmen der erbrachten Leistungen folgende Nichtlehrer-Planstellen zugewiesen:

Planstellenbereich:	Schule:	Planstellen:				Summe:
		I/c	I/d	II/p4	II/p5	
Allgem. Höh. Schulen:	BG. Birkfeld	1/2		1		
	BG. M. Graz			1		
	BG. BRG. II Leoben	1		1		
	BORG. Deutschlandsb.					1/2
	Expos. Stift Rein	1/2				
	BORG. Bad Aussee	1	1			
	2. BG. Graz		1/2			
Höh. Internatsschulen d. Bundes:	HIS. Graz-Liebenau		1			1
Pädagog. Akademien:	PA. Graz			1		1
Bildungsanst.f.Al., Kg. und Erzieher:	BA. f. Kg. Judenburg	1/2	1			
	BA. f. Kg. Liezen	1/2	1			
						3
Sozialakad.-LA.f. Fremdenverkehrs-, Frauen- und Sozialberufe:	BFS. f. wb. FB. Mureck	1/2		1	1	
	BFS. f. w. FB. Murau	1/2				
	BFS. f. w. FB. Deutschlandsberg	1/2				
						3 1/2

- 159 -

Planstellenbereich:	Schule:	Planstellen:				Summe:
		I/c	I/d	II/p4	II/p5	
Handelsakad. und Handelsschulen	Liezen	1/2				
	Voitsberg		1			
	Judenburg	1	1	1	5	
	Bad Aussee	1/2				
	Deutschlandsberg	1/2				10 1/2
Berufspäd. Akademien:	BFA.Graz		1			1
				Summe:		28

Von den insgesamt 28 zusätzlichen Nichtlehrer-Planstellen entfallen für Verbundlichungen von Schulen bzw. für Schulneugründungen in der Steiermark insgesamt 21 Planstellen.

5. Erwachsenenbildung

Dem Bundesland Steiermark wurden von 1975 bis einschließlich Juli 1978 aus den Förderungsmitteln für die Erwachsenenbildung und das Volksbüchereiwesen folgende Subventionen gewährt:

	1975	1976	1977	1978 (bis VII) Gesamt
Volkshochschulen	763.830,-	871.861,-	782.156,-	406.116,- 2.823.963,-
Volksbildungs- werke	349.900,-	457.180,-	399.074,-	170.000,- 1.376.154,-
Kathol. Bildungs- werke	254.150,-	384.100,-	307.600,-	120.000,- 1.065.850,-
Büchereien	780.550,-	1.051.000,-	999.000,-	680.000,- 3.510.550,-
	2.148.430,-	2.764.141,-	2.487.830,-	1.376.116,- 8.776.517,-

- 160 -

6. Förderung von Jugendeinrichtungen

1975

Musikverein Blumau;
Nachwuchsausbildung S 10.000,--

Bund Europäischer Jugend Österreich Graz;
Einrichtung und Ausgestaltung von
Jugendheimen " 50.000,--
Mitteln aus dem Bundesjugendplan " 172.660,--

Verein "Jugend musiziert" Leoben;
Wettbewerb 1975 " 100.000,--

Jugendherbergsring Steiermark;
Jugendgästehaus Graz - in den Jahren
1969 bis 1975 wurde aus Jugendförderungs-
krediten gewährt " 3,182.000,--

Österr. Gesellschaft für internat.
Sommerkinderdörfer, Graz;
Aktivitäten 1975 " 40.000,--

Österr. Schachbund Graz;
Aktivitäten des Jugendschachs " 50.000,--

Österr. Bundesverband für Schulspiel,
Jugendspiel und Amateurtheater Graz;
Aktivitäten auf dem Gebiet des Jugendspiels 104.000,--

Landesjugendreferat für Steiermark;
Betreuung einer französischen Jugendgruppe 10.000,--

1976

Bund Europäischer Jugend Graz;
Einrichtung und Ausgestaltung von
Jugendheimen " 50.000,--
Mitteln aus dem Bundesjugendplan " 159.063,--

Kinder- und Jugendchor der
Ursulinen Graz; Teilnahme am
Europäischen Musikfestival in Neerpelt ..." 20.000,--

Verein "Jugend musiziert" Leoben;
Vorbereitungsarbeiten für Wettbewerb 1977." 100.000,--

- 161 -

Österr. Bundesjugendorchester Leoben;
 Teilnahme an der 4. Internat. Begegnung für Jugendorchester S 50.000,-

Österr. Gesellschaft für internat. Sommerkinderdörfer Graz;
 Veranstaltungen aus Anlaß des 25-Jahr-Jubiläums " 50.000,-

Österr. Schachbund Graz;
 Aktivitäten auf dem Gebiet des Jugendschachs " 70.000,-

Österr. Bundesverband (Jugendspiel); Durchführung internat. Theatertage der Jugend in St. Lambrecht und Radkersburg ..." 50.000,-

Sing- und Volkstanzkreis Übelbachtal;
 Teilnahme an Feierlichkeiten der 30 jähr. österr.-poln. Freundschaft in Warschau " 20.000,-

1977

Bund Europäischer Jugend Graz;
 Einrichtung und Ausstattung von Jugendheimen " 50.000,-
 21. Internat. Jugendtreffen in Neumarkt " 20.000,-
 Mitteln aus dem Bundesjugendplan " 205.040,-

Verein "Jugend musiziert" Leoben;
 Jahresarbeit und 5. Instrumentalwettbewerb " 130.000,-

Österr. Bundesjugendorchester Leoben;
 Arbeitsphasen, Fest in Hellbrunn,
 Instrumentenankauf " 425.000,-

Österr. Gesellschaft für internat. Sommer-Kinderdörfer Graz,
 Jahresarbeit " 50.000,-

Jugendzentrum Plus Leoben;
 Einrichtung von Klubräumen " 30.000,-

Österr. Schachbund Graz;
 Jugendweltmeisterschaft 1977 " 100.000,-
 Aktivitäten auf dem Gebiet des Jugendschachs " 70.000,-

- 162 -

Österr. Bundesverband (Jugendspiel);
Durchführung internat. Theatertage
der Jugend S 50.000,-

Volkstanz- und Singkreis Waltersdorf;
Teilnahme an einer internat. Jugend-
begegnung in Mittelschwerden " 15.000,-

1978 (bis einschl. Juli)

Österr. Bundesverband (Jugendspiel);
Durchführung internat. Theatertage
der Jugend in St. Lambrecht und Radkersburg " 50.000,-

Bund Europäischer Jugend Graz;
Ausgestaltung und Ausbau von
Jugendheimen " 50.000,-
Mitteln aus dem Bundesjugendplan, vorge-
sehen bei Berücksichtigung der auferlegten
10%igen Bindung (174.949,-)
bis einschl. Juni angewiesen S 90.000,-

Sing- und Spielgruppe Hartberg;
Durchführung internat. Jugendkontakte.... " 20.000,-

Verein "Jugend musiziert" Leoben;
Durchführung des Jahresprogrammes " 130.000,-

Österr. Bundesjugendorchester Leoben;
Durchführung des Jahresprogrammes " 320.000,-

Österr. Gesellschaft für internat.
Sommer-Kinderdörfer Graz;
Jahresaktivitäten " 50.000,-

Österr. Schachbund Graz;
Jahresprogramm - Jugendschach " 70.000,-
Jugendweltmeisterschaft 1978 " 270.000,-

Jugendheim Bad Gleichenberg;
Ausgestaltung " 30.000,-

Sing- und Volkstanzkreis Übelbachtal;
Internat. Veranstaltungen " 10.000,-

Jung-Bläserkreis Graz " 10.000,-

- 163 -

Aus der Aufstellung sind jährlich wiederkehrende Leistungen ersichtlich. Es kann daher angenommen werden, daß solche für die aufgezählten Einrichtungen auch bis Ende der laufenden Legislaturperiode wiederkehren werden.

7. Bundesanstalt für Leibeserziehung

Im Bereich des Bundeslandes Steiermark ist eine Bundesanstalt für Leibeserziehung, die ihren Sitz in Graz hat. Diese Bundesanstalt ist auch für das südliche Burgenland und Kärnten zuständig, sodaß eine genaue Kostenrechnung für das Land Steiermark kaum möglich ist. Für die verschiedenen Ausbildungen (Trainer und Lehrwarste) wird im Bereich der Bundesanstalt für Leibeserziehung jährlich ein Betrag von ca. 450.000,- S aufgewendet, wovon ca. 250.000,- bis 300.000,- S auf die Steiermark entfallen. Im März 1978 wurde ein Bürogebäude für diese Bundesanstalt angemietet. Der Aufwand für die Bundesanstalt ohne Personalkosten beträgt jährlich ca. 600.000,- S. Dies ergibt einen Betrag von ca. 700.000,- S pro Jahr für das Bundesland Steiermark.

8. Sportförderungen (siehe Beilage 1)

9. Kunst (siehe Beilage 2)

- 164 -

BEILAGE 1Investitionsförderung Steiermark1975

Union, Sportzentrum Graz-Gaußgasse	S 940.000.--
Union, Bundesleistungszentrum Niederöblarn	S 780.000.--
ASKÖ, Sportzentrum Graz-Eggenberg	S 1,000.000.--
Post SV Graz, Sportanlage	S 1,000.000.--
TC Bad Aussee, Tennisanlage	S 200.000.--
	<u>S 3,920.000.--</u>
	<u>=====</u>

1976

Union, Sportzentrum Graz-Gaußgasse	S 1,000.000.--
Union, Bundesleistungszentrum Niederöblarn	S 2,540.000.--
ASKÖ, Sportzentrum Graz-Eggenberg	S 1,000.000.--
ATV Irdning, Sportanlage	S 100.000.--
TC Bad Aussee, Tennisanlage	S 50.000.--
SV Anger, Umkleidekabinen	S 100.000.--
TV Deutschlandsberg, Tennisanlage	S 150.000.--
TC Murau, Tennisanlage	S 150.000.--
Parkklub Graz, Tennisanlage	S 150.000.--
SFC Fürstenfeld, Flugpiste	S 250.000.--
ESV Kaindorf, Eisschießbahn	S 100.000.--
	<u>S 5,590.000.--</u>
	<u>=====</u>

1977

ATV Schladming, Mehrzweckhalle	S 1,000.000.--
Post SV Graz, Sporthalle	S 700.000.--
Union, Sportzentrum Graz-Gaußgasse	S 700.000.--
Union, Bundesleistungszentrum Niederöblarn	S 4,300.000.--
ASKÖ, Sportzentrum Graz-Eggenberg	S 1,000.000.--
TC Bad Aussee, Tennisanlage	S 50.000.--
Gem. Knittelfeld, Sportzentrum	S 50.000.--
Gem. Zeltweg, Eissportzentrum	S 2,500.000.--
	<u>S 10,300.000.--</u>
	<u>=====</u>

1978

Union, Bundesleistungszentrum Niederöblarn	S 640.000.--
Union, Sportzentrum Graz-Gaußgasse	S 700.000.--
ASKÖ, Sportzentrum Graz-Eggenberg	S 700.000.--
Post SV Graz, Sporthalle	S 700.000.--
	<u>S 2,740.000.--</u>
	<u>=====</u>

- 165 -

BEILAGE 2

Die angegebenen Zahlen beziehen sich auf die Jahre 1975/76/77

Abteilung 41: (Bildende Künste u. Ausstellungen)

KUNSTANKÄUFE S 372.000.-- / 353.280.-- / 353.280.--

Subventionen an KÜNSTLERGEMEINSCHAFTEN

Secession Graz 35.000.-- / 20.000.-- / 30.000.--

Künstlerbund Graz 20.000.-- alle 3 Jahre

Galerie Kul Bruck/Mur 40.000.-- / 20.000.-- / 20.000.--

Malerwochen Gleisdorf _____ / 60.000.-- / 70.000.--

Forum Stadtpark Graz 100.000.-- alle 3 Jahre

Steiermärk. Kunstverein, Werkbund 10.000.-- / 15.000.-- / 20.000.--

Lds. Haupst. Graz-Ausst. A. Kubin 1977 S 100.000.--

Arbeitsgemeinschaft Steinberg ----- / 20.000.-- / 20.000.--

Kulturzentrum Minoriten Graz ----- / 20.000.-- / 20.000.--

Klangalternativen Graz 1977 S 15.000.--

Steirischer Herbst 200.000.-- alle 3 Jahre

Preise des EMUK 15.000.-- /

Preis für den Wettbewerb des Landes Steiermark 20.000.-- / 20.000.--

Kunstwettbewerb Köflach 10.000.-- / 10.000.-- / 10.000.--

Abteilung 42: (Musik u. darstellende Kunst)

Subventionen für GROSS- U. MITTELBÜHNEN

Steirisches Tournee Theater (Grazer Komödie) 130.000.-- / 140.000.-- / 140.000.--

Vereinigte Bühnen Graz 750.000.-- / 900.000.-- / 1,156.000.--

KLEINBÜHNEN

Kabarett "Tellerwäscher" Graz ----- / 20.000.-- / 20.000.--

ORCHESTER

Grazer Philharmoniker 630.000.-- / 630.000.-- / 600.000.--

KONZERTVERANSTALTER

Musikverein für Steiermark 150.000.-- / 100.000.-- / 100.000.--

KUNSTSCHULEN

Steirische Volksmusikschulen 117.000.-- / 117.000.-- / 310.000.--

GEMEINN. INSTITUTIONEN

Steirischer Tonkünstlerbund --- / 30.000.-- / 16.000.--

Verein "Jugend Musiziert"/Leoben 1976 75.000.--

- 166 -

INVESTITIONSSUBVENTIONEN

Erneuerung der Grazer Domorgel 1977 1,500.000.--

EINMAL. SUBVENTIONEN

Kapfenberger Kulturtage 1975 15.000.--

Verein d. Vreinde d. österr. Jugendorchersters 1975 30.000.--

Aktion "Contact Musical" 1975 20.000.-- 1977 20.000.--

Musikschule Fürstenfeld 1975 50.000.--

Kulturvereinigung Schielleiten 1977 10.000.--

Kulturtage Neuberg/Mürz 1977 20.000.--

Komp. Auftrag f. Jugend Ensembles (Steir. Herbst) 1977 70.000.--

REISEKOSTENZUSCHÜSSE

Grazer Kammerduo 1977 10.000.--

Abteilung 43: (Literatur)

BUCHPROJEKTE

Verlag Styria Graz, DKB 101.000.-- / 35.000.-- / 68.000.--

Edition Styrian Artline, Graz 1975 10.000.--

LITERARISCHE VEREINIGUNGEN

Grazer Autorenversammlung (Sitz in Wien) 250.000.--/399.000.--/
414.000.--

LITER. VEREINE U. VERANSTALTUNGEN

Steirischer Herbst 60.000.-- / 100.000.-- / 100.000.--

Forum Stadtpark Graz 100.000.-- / 110.000.-- / 150.000.--

Ödön v. Horvath Symposium Graz 1975 20.000.--

Kuratorium Steirisch. Volksbildungswerk -----/ 40.000.--/ 50.000.--

Walter Buchebner Gesell. 1977 25.000.--

Abteilung 44: (Filmwesen)

SUBVENTIONEN FÜR GEMEINN. EINRICHTUNGEN

Forum Stadtpark Graz (Fotogalerie) 50.000.-- alle 3 Jahre

Kritisches Informationszentrum Graz 1975 70.000.-- / 30.000.--/ 30.000.

Grazer Autorenvers. (Filmvorf.) 1977 20.000.--

Videoinitiative Graz 1977 270.000.-- 1976 107.000.--

IFI Graz 1977 30.000.--

Liebocher Kulturwoche (Filmvorf.) 40.000.-- 1977

- 167 -

Kulturpolitische Aktivitäten von allen Abteilungen der Sektion
unterstützt.

Steirischer Herbst

Abt. 41 200.000.-- alle 3 Jahre

Abt. 42 1,800.000.-- / 2,000.000.-- / 1,900.000.--

Abt. 43 60.000.-- / 100.000.-- / 100.000.--

Forum Stadtpark Graz

Abt. 41 100.000.-- alle 3 Jahre

Abt. 42 1976 90.000.--

Abt. 43 100.000.--/110.000.--/ 150.000.--

- 168 -

10. Allgemeinbildende höhere Schulen

Für den Bereich der allgemeinbildenden höheren Schulen (einschließlich der Alt- und Neubauten) sind im Zeitraum 1.1.1976 bis 30.6.1978 für die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen, Geräten und Lehrmitteln nachfolgend angeführte Kredite bereitgestellt worden:

1976	S 10,973.362,-
1977	S 12,182.124,-
1978 (1.1. bis 30.6.) ..	S 10,294.359,-

S u m m e : S 33,449.845,-

11. BEA Graz-Liebenau

Für die im Bundesland Steiermark gelegene höhere Internatschule des Bundes (BEA) Graz-Liebenau wurde im Zeitraum 1976 bis Juni 1978 für die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen, Geräten und Lehrmitteln für Schule und Internat ein Gesamtbetrag von S 2,938.172,- aufgewendet.

- 169 -

Bundesministerium für VerkehrSchwerpunkte1. Österreichische Bundesbahnen1.1. Investitionsschwerpunkte

- Von Oktober 1975 bis September 1979 wurden bzw. werden im Bundesland Steiermark nachstehende Investitionsmittel für die ÖBB bereitgestellt.

Baudienst	707	Mio. Schilling
Sicherungsdienst	303,5	Mio. Schilling
Fernmeldedienst	18,4	Mio. Schilling
Beschaffung von Bussen	60	<u>Mio. Schilling</u>
		1.088,9 Mio. Schilling

Bei allen Investitionen wurde darauf geachtet, einen möglichst hohen Anteil der Aufträge an die heimische Wirtschaft zu vergeben. Dementsprechend wurden mit Bauaufträgen nahezu ausnahmslos einheimische Firmen betraut. Ebenso wurden nur Autobusse österreichischer Erzeugung angeschafft. Nur im Rahmen der Investitionen für den Fernmelde- und Sicherungsdienst mußte ein Teil der Aufträge an ausländische Lieferfirmen vergeben werden.

- Im Rahmen der Beschaffung von Fahrbetriebsmitteln (Lokomotiven und Waggons) läßt sich eine Zuordnung der aufgewendeten Investitionsmittel für ein bestimmtes Bundesland nicht ohne weiteres vornehmen.

Von Oktober 1975 bis September 1979 wurden bzw. werden für den Bundesbereich bestellt:

96 E-Loks	im Bestellwert von 2,022 Mrd. S
41 Elektrotriebwagen	" " " 1,535 Mrd. S
30 Dieselloks	" " " 235 Mio. S
330 Reisezugwagen	" " " 1,710 Mrd. S
3357 Güterwagen	" " " 1,726 Mrd. S

- 170 -

Nahezu alle Fahrzeuge stammen aus inländischer Produktion, wobei mit Ausnahme der Diesellokomotiven alle oben angeführten Triebfahrzeuge in der Steiermark hergestellt werden.

67 Komfortreisezugwagen im Bestellwert von 422,1 Mio. Schilling und 1.946 Güterwagen im Bestellwert von 778,4 Mio. Schilling werden ebenfalls in der Steiermark erzeugt. Dementsprechend beträgt die Summe der in der Steiermark für die Erneuerung des Fahrparks vergebenen Aufträge 4,757 Mrd. Schilling.

1.2. Personenverkehr

- Das Verkehrsangebot der ÖBB im Personenverkehr wurde in der Steiermark sowohl durch die Einführung des Zwei-Stunden-Taktes zwischen Wien und Graz ab Sommer 1976 als auch durch den Einsatz neuer komfortabler Reisezugwagen verbessert. Ab Sommer 1978 besteht auch ein Zwei-Stunden-Taktfahrplan zwischen Wien und Villach.
- Eine weitere Verbesserung des Personenverkehrs auf der Bahn erfolgte durch die Schaffung neuer Verbindungen zwischen Graz und Bischofshofen durch das Ennstal und die Führung von zwei direkten Städteschnellzugverbindungen zwischen Graz und Linz.
- Zur Hebung der Attraktivität des Personennahverkehrs im Raum Leoben - Graz ist geplant, einen Takt-Nahverkehr zwischen der Landeshauptstadt und Leoben einzurichten. Eine entsprechende, auf ein solches Vorhaben abgestellte Willenserklärung des Landes Steiermark ist bisher jedoch noch nicht erfolgt.
- Die Kraftwagenbetriebsleitungen der Steiermark erhielten seit Beginn der Legislaturperiode

- 171 -

50 neue Omnibusse im Wert von 60 Millionen Schilling, Sämtliche Omnibusse wurden im Inland erzeugt.

1.3. Güterzugverkehr

- Seit Beginn der Legislaturperiode wurden zur Beschleunigung der Gütertransporte 6 Nachtsprungverbindungen zwischen Graz und anderen österreichischen Städten und eine Nachtsprungverbindung zwischen Wien und St. Veit an der Glan, welche den obersteirischen Raum versorgt, neu eingerichtet. Durch die Nachtsprungverbindungen können Güter, die bis in die Abendstunden verladen werden, bereits am nächsten Morgen den Empfängern bereitgestellt werden.
- Weitere Güterzugsverbindungen wurden zwischen Villach - Graz und Graz - Marburg eingerichtet.

1.4. Leistungen baulicher und sicherheitstechnischer Art

- Für Leistungen auf dem Bausektor und zum Ausbau der Sicherungs- und Fernmeldeeinrichtungen wurden bzw. werden insgesamt 1,029 Mrd. Schilling bereitgestellt.
- 46 schienengleiche Eisenbahnkreuzungen konnten nach Errichtung von Über- bzw. Unterführungen aufgelassen werden, womit nicht nur ein wesentlicher Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit im Straßen- und Bahnverkehr geleistet sondern auch eine Beschleunigung des Verkehrs erreicht wurde. Ebenfalls im Interesse der Verkehrssicherheit wurden 30 schienengleiche Eisenbahnkreuzungen mit einem technischen Kreuzungsschutz versehen.

- 172 -

- Während der laufenden Legislaturperiode konnte der schon seit geraumer Zeit notwendig gewesene Neubau des Bahnhofes Leoben Hbf. fertiggestellt werden.
- Die Wartberger- und Mareiner Mürzbrücken wurden erneuert.
- Zur rascheren und rationelleren Betriebsabwicklung wurden in einigen Bahnhöfen, wie z.B. Spital am Semmering und Großreifling, moderne elektronische Gleisbildstellwerke gebaut.
- Im Berichtszeitraum wurden 10 weitere Bahnhöfe in der Steiermark mit Verschubfunkanlagen ausgestattet. Damit wird ein wesentlicher Beitrag für die Erhöhung der Sicherheit am Arbeitsplatz geleistet.
- Auf dem Gebiete der Elektrifizierung wurde der Streckenabschnitt Spielfeld Straß-Staatsgrenze elektrifiziert.

1.5. Fahrpark

- Im Berichtszeitraum wurde die Anzahl der in der Steiermark beheimateten Elektrolokomotiven von 98 auf 110 und die der Dieseltriebfahrzeuge von 94 auf 100 erhöht. Eingeschlossen sind hierbei auch 5 moderne Städteschnellzuggarnituren, die nunmehr der Heimatdienststelle Graz zugewiesen wurden. Durch den Einsatz dieser modernen Fahrzeuge wird die Fahrzeit verkürzt und ein höherer Pünktlichkeitsgrad des Reiseverkehrs ermöglicht.

- 173 -

- In der laufenden Legislaturperiode werden insgesamt 330 neue Reisezugwagen in Dienst gestellt, wovon bisher 249 geliefert wurden. 200 Stück dieser Wagen sind modernste, vollklimatisierte Fernreisezugwagen der gehobenen Komfortklasse. Die bereits vorhandenen einfach ausgestatteten Inlandreisezugwagen werden durch entsprechende Umbauten mit erhöhtem Komfort versehen und damit kundenfreundlicher ausgestattet. Von allen diesen Wagen lauft eine größere Anzahl Graz an, bzw. befährt im Durchzugverkehr das Land Steiermark.
- Auf dem Güterwagensektor werden rund 3300 Wagen in Betrieb genommen. Es sind dies nach modernsten Erfordernissen für die verladende Wirtschaft gebaute Fahrzeuge, bei welchen auch die Be- und Entladung nach Möglichkeit mechanisiert vorgenommen werden könnte. Von besonderem Interesse ist hiebei die Beschaffung von 200 neuen Erzwagen, welche einen rationelleren Transport von Erzgestein ermöglichen. Diese neuen Güterwagen, die auch in der Steiermark eingesetzt werden, ermöglichen ein verbessertes Transportangebot der ÖBB an die steirische Industrie und Wirtschaft.

2. Post- und Telegraphenverwaltung

2.1. Investitionsschwerpunkte

- Von Beginn des Jahres 1976 bis Ende 1978 werden bzw. wurden für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung im Bundesland Steiermark nachstehende Investitionsmittel bereitgestellt:

- 174 -

Postdienst	14,2 Mio. Schilling
Postautodienst (Busse und sonstige Fahrzeuge)	126,4 Mio. Schilling
Fernmeldedienst	
a) Leitungsbau	705,5 Mio. Schilling
b) Übertragungstechnik	100 Mio. Schilling
c) Vermittlungstechnik	650 Mio. Schilling
	1.455,5 Mio. Schilling
Hochbau	327,9 Mio. Schilling

Zu den oben angeführten Investitionsmitteln kommen noch rund 90 Mio. Schilling für die Anschaffung von 17 Bahnpostwagen, die in Graz gebaut wurden.

- Auch bei der Post- und Telegraphendirektion wurde darauf geachtet, einen möglichst hohen Anteil an Aufträgen an die heimische Wirtschaft zu vergeben. Die Aufträge im Hochbau wurden zur Gänze von inländischen Firmen besorgt. Nur im Fernmeldedienst und im Postautodienst mußten auch Mittel für die Beschaffung von ausländischen Erzeugnissen aufgewendet werden. Die Busse wurden jedoch zur Gänze in Österreich hergestellt.

2.2. Postdienst

- Das Schwergewicht im Bereich des Postdienstes in der Steiermark lag bei der Motorisierung des Landzustelldienstes. In den Jahren 1976 bis 1978 konnten 75 Postämtern in diesem Bundesland insgesamt 113 Fahrzeuge neu zugewiesen werden. Damit ist eine wesentlich schnellere Postbeförderung zum Empfänger gewährleistet.

2.3. Postautodienst

- Der Postautodienst in der Steiermark wurde unter Bedachtnahme auf die Erfordernisse des Berufsverkehrs aber auch insbesondere des Fremdenverkehrs systematisch weiter ausgebaut. Insgesamt wurden 7 neue Postautolinien eingerichtet.

- 175 -

- Im Zusammenwirken mit dem Kraftwagendienst der ÖBB, der Graz - Köflacher Bahn, den privaten Autobusunternehmen und den Grazer Stadtwerke-Verkehrsbetriebe wird ein Verkehrsverbund für den Zentralraum Graz geplant.
- Um ein verbessertes Verkehrsangebot zu bieten, wurde neben der Einrichtung von neuen Linien und der Verbesserung des Fahrplanes der Postautolinien auch besonderes Augenmerk auf die Erneuerung des Fahrparkes gerichtet. Insgesamt wurden in der laufenden Legislaturperiode für den Postautodienst in der Steiermark 68 Großraumomnibusse im Wert von rund 82 Millionen Schilling angeschafft.

2.4. Fernmeldedienst

- Die Zahl der Fernsprechanschlüsse stieg in der Steiermark während des Zeitraumes 1975 bis Ende 1977 von 162.671 auf 195.549. Welche Anstrengungen während der letzten beiden Legislaturperioden zur besseren Telefonversorgung des Bundeslandes Steiermark unternommen wurden, zeigt, daß im Jahr 1970 nur 9.673 Telefonanschlüsse neu hergestellt wurden und die Zahl der Neuanschlüsse im Jahr 1977 bereits 20.418 betrug. Es ist zu erwarten, daß bis zum Ende der Legislaturperiode sich die Zahl der jährlichen Herstellungen weiter erhöhen wird.
- Die Verlegung von Weitverkehrskabel und der verstärkte Ortsnetzausbau haben zu dieser Entwicklung maßgeblich beigetragen. Insgesamt wurden von Ende 1975 bis Mitte 1978 rund 322 km Weitverkehrskabel in der Steiermark verlegt. Rund 90 km werden im Jahr 1979 noch folgen.

- 176 -

- Beim Bau der Kabelverbindungen wurde besonders darauf geachtet, durch Verlegung modernster Koaxialkabelsysteme mit großer Sprechkapazität allen Kommunikationserfordernissen zu entsprechen. So wurden zwischen Graz und Wien, zwischen Graz und Klagenfurt und zwischen Graz und Salzburg Koaxialkabelsysteme für 2.700 Kanäle eingerichtet. Eine weitere derartige Verbindung von Graz mit Wien wird noch bis Ende des Jahres 1979 fertiggestellt werden.
- Ein in seiner Bedeutung allerdings über das Bundesland Steiermark hinausreichendes Bauvorhaben ist die Errichtung der Erdefunkstelle in Aflenz. Durch diese wird es möglich sein, Telefongespräche mittels Satelliten, die bisher von ausländischen Empfangsstationen übernommen wurden, direkt in Österreich zur Weiterleitung an die Gesprächsteilnehmer zu empfangen. Die Erdefunkstelle befindet sich gegenwärtig im Bau. Die Montage der nachrichtentechnischen Einrichtungen soll bis Ende 1979 fertiggestellt sein. Für die zu erwartenden Ferngespräche wird eine Koaxialkabelverbindung in 2.700 Kanälen hergestellt werden. Um die jederzeitige Verbindung mittels Satelliten sicherzustellen, wird zusätzlich zu der Koaxialkabelverbindung eine Richtfunkstrecke gebaut.
- Um die Vermittlungszeit der Ferngespräche zu beschleunigen, wurden in der Steiermark in 10 Relationen Kurzwahlverbindungen eingerichtet.
- Als besonderes Kundenservice wurde in Graz zur Beschleunigung der Auskunftserteilung über Fernsprechanschlüsse eine zentrale Auskunftsanlage mit Mikrofilmkartei in Betrieb genommen.

- 177 -

- Entsprechend den Fortschritten im Zuge der Kabelverlegung in der Steiermark wurde auch die Zahl der Vermittlungssämter erhöht. Insgesamt wurden bis jetzt 15 neue größere Wählämter in Betrieb genommen. Bis Ende 1979 sollen noch 9 Wählämter folgen.

2.5. Hochbau

- Insgesamt wurden seit Beginn der Legislaturperiode 7 Postämter neu gebaut bzw. erweitert.
- Um Postkunden ein zeitgemäßes Service bieten zu können, wurden seit Beginn der Legislaturperiode 42 Postämter instand gesetzt, modernisiert oder in neu erworbene bzw. neu angemietete Räume verlegt.
- 14 größere Bauvorhaben befinden sich noch in Bau bzw. sollen noch in der laufenden Legislaturperiode begonnen werden. Darunter befinden sich insbesondere die Richtfunkstationen Planai und Salberg sowie das Verbundamt Wildon, das Postamt Stainz und das Post- und Wählamt Feldbach.

3. Bundesministerium für Verkehr

3.1. Luftfahrt

- Vom Bundesministerium für Verkehr wurde im Rahmen der Luftverkehrspolitik der Charterflugverkehr nach den Bundesländerflughäfen gefördert. Diese Politik führte unter anderem auch zu höherer Auslastung dieser Flughäfen.
Die Anzahl der Flugbewegungen im Charterverkehr stieg in den Jahren von 1975 bis 1977 um rund 70 %. Das Fluggastaufkommen erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 129 %, nämlich von 14.528

- 178 -

an- und abfliegenden Passagieren im Jahre 1975 auf 33.230 im Jahre 1977.

- Die ersten Monatszahlen des Jahres 1978 zeigen, daß sich dieser Aufwärtstrend fortsetzen dürfte.
- Auch der Linienverkehr von und nach Graz zeigte seit dem Jahre 1975 eine Steigerung und zwar von 56.822 auf 69.778 Passagieren; das bedeutet ein um 23 % höheres Fahrgastaufkommen.
- Diese Frequenzsteigerungen am Flughafen Graz sind nicht zuletzt den Bemühungen um stete Verbesserung der Flugsicherungsanlagen am Flughafen Graz zu verdanken. Neben der bereits im Jahre 1977 in Betrieb genommenen Gleitwinkelbefeuерung und der Pistenmittellinienbefeuierung werden alle Anstrengungen unternommen, um bis Jahresende 1979 die für einen Flugbetrieb der Kategorie II noch fehlenden Anlagen, wie z.B. eine Aufsatzzonenbefeuierung, zu installieren. Es ist geplant, den Flugbetrieb der Kategorie II zu Beginn des Jahres 1980 in Graz aufzunehmen. Mit der Inbetriebnahme wird bei einer Wolkenuntergrenze bis zu 100 Fuß, bei welcher eine Landung nicht möglich war bzw. ein Ausweichflughafen angeflogen werden mußte, der Flugverkehr zum Flughafen Graz aufrecht erhalten werden können. Graz wird damit der zweite für einen derartigen Flugbetrieb ausgestattete Flughafen in Österreich sein.

3.2. Förderung der Zivilluftfahrt

- Von Ende 1975 bis Juni 1978 wurden in der Steiermark für den allgemeinen Luftverkehr rund 5,9 Mio S an Förderungsmittel bereitgestellt.

Diese dienen dazu, um den Austausch von überalterten Luftfahrzeugen, die Anschaffung von Funkgeräten sowie den Ausbau der Luftfahrerschulen und der regionalen Flugplätze zu ermöglichen und so die Sicherheit der allgemeinen Luftfahrt zu erhöhen.

3.3. Förderung des allgemeinen Verkehrs

- Für den Zeitraum zwischen Ende 1975 und Juni 1978 wurden für Zwecke der Verkehrsförderung im Bundesland Steiermark rund 3,300.000 S bereitgestellt. Mit diesen Mitteln war es u.a. möglich, Frequenzausfälle, die infolge von schneearmen Wintern bei verschiedenen kleineren Liftanlagen in der Steiermark entstanden sind, wenigstens teilweise finanziell abzugelten. Darüber hinaus wurden auch im Falle von Zwischenfinanzierungen von Bergförderungsanlagen Zinsenzuschüsse gewährt.

3.4. Förderung der Privatbahnen

- Um den Betrieb der noch wichtige Transportaufgaben erfüllenden Privatbahnen aufrecht erhalten zu können, wurden in der laufenden Legislaturperiode auf Grund des Privatbahnunterstützungsgesetzes sowie auf Grund vertraglicher Vereinbarungen und an sonstigen Förderungsmitteln bisher insgesamt rund 370 Mio S den Steirischen Landesbahnen sowie der Graz-Köflacher Eisenbahn zur Verfügung gestellt.

3.5. Seilbahnen

- Um für den Fremdenverkehr bedeutsame Seilbahnen errichten zu können, wurden den betreffenden Unternehmen zinsengünstige Investitionsmittel

-180 -

entweder direkt in Form von ERP-Krediten oder durch auf den Zinssatz der ERP-Kredite abgestellte Zinsenzuschüsse zu sonstigen Krediten zur Verfügung gestellt. Im Berichtszeitraum wurden dementsprechend insgesamt für Seilbahnvorhaben 20,5 Mio S an ERP-Krediten, 4,3 Mio S an aus dem ERP-Fond gespeisten Zinsenzuschüssen für solche Bergförderungsanlagen aufgewendet.

3.6 Rohrleitungsverkehr

- Der ÖMV wurde im Februar 1977 die Konzession für die gewerbsmäßige Beförderung von Erdgas für eine von Weitendorf, Steiermark, zur österreichischen-jugoslawischen Staatsgrenze bei Spielfeld führenden Rohrleitung, Südostleitung (SOL), erteilt. Die Betriebsaufnahmewilligung für diese Rohrleitung erfolgte im Juni 1978. Diese Pipeline bietet die Möglichkeit kostengünstig Gas in den südsteirischen Raum zu transportieren.

Die vorstehenden Ausführungen stellten nur die wichtigsten, in ihren Auswirkungen auf die Wirtschaft des Bundeslandes Steiermark bedeutendsten Maßnahmen der ÖBB und der Post- und Telegraphenverwaltung sowie des Bundesministeriums für Verkehr dar. Inwieweit durch eine große Anzahl bereits durchgeföhrter oder bis zum Ende der Legislaturperiode noch zu verwirklichender Vorhaben das Serviceangebot der beiden größten Bundesbetriebe verbessert wird, kann aus der anschließenden Gesamtdarstellung entnommen werden.

GesamtdarstellungÖSTERREICHISCHE BUNDESBAHNENI. ReisezugsverkehrPersonenfernverkehr

Besonderes Augenmerk wurde auf die Verbesserung der inner-österreichischen Verkehrsverbindungen zwischen den Ballungszentren gerichtet, wobei besonders die Einführung der kundenfreundlichen Taktfahrpläne hervorzuheben ist. Im einzelnen wären folgende Verbesserungen anzuführen.

- Einführung eines 2-Stunden-Taktverkehrs zwischen Graz und Wien
- Einführung eines 2-Stunden-Taktverkehrs zwischen Wien und Villach, wodurch sowohl der obersteirische Raum besser erfaßt wird als auch eine bedeutende Verbesserung im Zugsangebot zwischen Graz und Kärnten erreicht wird (ab Sommer 1978).
- Im Rahmen des Ausbaues der Städteverbindungen wurde mit dem Zugpaar "Ennstal" eine neue Verbindung zwischen Graz und Bischofshofen geschaffen sowie das Fahrplanangebot zwischen Graz und Linz durch die Führung zweier direkter Städteschnellzugspaare entscheidend verbessert.
- Zur Erleichterung des Urlauber- und Ausflugsverkehrs wurde an den Wochenenden in der Hauptreisezeit eine Schnellzugsverbindung zwischen Wien und Bischofshofen, die über Selzthaf führt und damit auch den obersteirischen Raum bedient, eingerichtet.

Der Reisekomfort wurde durch den Einsatz neuer Wagen, insbesondere der modernen und komfortablen Bauart "Schlieren", ständig gehoben.

Auf der Südbahnstrecke wurden die Restaurationsdienste im Zug erheblich verbessert bzw. ausgebaut. Es wurden fünf moderne klimatisierte Speisewagen angeschafft (die unter

- 182 -

anderem beim Expreßzug "Romulus", Wien-Venedig, eingesetzt werden), ältere Buffetwagen wurden zu Speisewagen umgebaut und neue Reisezugwagen mit einem Buffetdienst im Zug ausgestattet.

Personennahverkehr

Im Zuge der Bemühungen um die Hebung der Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs wurden neue Anschlußverbindungen hergestellt sowie einzelne Verkehrslücken durch die Führung neuer Züge geschlossen.

Seitens der ÖBB wurden die Planungen zur Einrichtung eines Takt-Nahverkehrs zwischen Graz und Leoben aufgenommen. Die erforderliche Willenserklärung des Landes Steiermark liegt hiezu allerdings noch nicht vor.

II. Kraftwagenpersonenverkehr

Seit Beginn der Legislaturperiode wurden für den Bereich des Bundeslandes Steiermark fünfzig moderne Omnibusse beschafft. Diese ermöglichen eine Komfortsteigerung für die Fahrgäste sowie eine Verdichtung des Verkehrsangebotes. Die Gesamtkosten dieser Omnibusse betrugen rund 60 Millionen Schilling.

Die Kraftfahrlinien 6837 Tauplitz Bahnhof - Tauplitz/Talstation Berglift und 6853 Forstau - Radstadt wurden neu eingerichtet. Bei der Erstellung des Fahrplanes wurde insbesondere versucht, den Interessen des lokalen Fremden- und Einkaufsverkehrs gerecht zu werden.

Den Angehörigen der Firmen Modenmüller in Graz und Bauknecht-Austria in Zeltweg wird durch die Einrichtung von Werkverkehren ermöglicht, ihre Arbeitsstätten rasch und ohne zeitraubendes Umsteigen zu erreichen.

Besonderes Augenmerk gilt auch dem Ausbau des Nahverkehrs im Zentralraum Graz. Erste Kontaktgespräche für einen koordinierten Ausbau wurden im laufenden Jahr mit den Vertretern der anderen Verkehrsträger und der Steiermärkischen Landesregierung in Graz geführt.

- 183 -

III. Güterzugsverkehr

Zur Beschleunigung des Güterverkehrs im Interesse der Transportwirtschaft und der Konsumenten wurden insbesondere folgende Maßnahmen gesetzt.

- Zwischen den wichtigsten Verkehrsknotenpunkten, wie vor allem Linz-Graz, Graz-Linz, Wien-St. Veit an der Glan, Graz-Wien, Wien-Graz, Villach-Graz und Graz-Salzburg, wurden Nachtsprungverbindungen eingerichtet. Der besondere Vorteil dieses Angebotes liegt darin, daß Güter, die bis in die Abendstunden verladen werden können, nachts befördert und in den Morgenstunden des nächsten Tages dem Empfänger bereitgestellt werden.
- Einrichtung weiterer Güterzugsverbindungen zwischen Villach und Graz sowie Graz-Maribor und teilweise Neuordnung des Güterzugsverkehr auf den Strecken Graz-Szentgotthard und Selzthal-Zeltweg-St. Veit an der Glan.
- Verbesserung der Expreßgutbeförderung durch die Führung eines Güterschnellzuges zwischen Wien-Südbahnhof und Villach-Hauptbahnhof. Durch entsprechende Kurzwagenbildung und die nötigen Anschlußverbindungen erreichen nun die in Wien am Nachmittag und Abend aufgegebenen Expreßgutsendungen die Empfangsbahnhöfe im Grazer und obersteirischen Raum am Morgen des Folgetages.
- Durch die erweiterte Aufnahmefähigkeit des Verschiebebahnhofes Linz können die Sendungen aus Graz und der Obersteiermark in Richtung Linz rascher befördert werden.

IV. Kraftwagengüterverkehr

Um eine Haus zu Haus-Beförderung zu ermöglichen bzw. zu beschleunigen, wurden in Leibnitz und Kalsdorf sogenannte Stützpunktbahnhöfe eingerichtet. Diese ersparen zeit- und personalintensive Umschlagvorgänge.

V. Leistungen baulicher und technischer Art

In der laufenden Legislaturperiode wurden bzw. werden für Bauvorhaben und für technische Einrichtungen rund 1029 Millionen Schilling aufgewendet, die vorwiegend der heimischen Wirtschaft zugute kommen. Folgende Investitionsvorhaben größeren Umfanges wären zu erwähnen.

1. Investitionen auf dem Bausektor

- Auflassung von 46 Eisenbahnkreuzungen durch die Errichtung von Über- bzw. Unterführungen oder Ersatzwegen.
- Errichtung von Fußgängerunterführungen auf der Strecke zwischen Bruck a.d. Mur und Leoben und auf der Strecke Gratwein-Graz. Im Bereich Zeltweg sind 2 Unterführungen im Bau.
- Herstellung von schienenfreien Zugängen bei den Bahnhöfen Gratwein-Gratkorn, MixnitzBärenschützklamm sowie bei der Haltestelle Oberaich.
- Fertigstellung des Neubaues Leoben-Hauptbahnhof
- Erneuerung der Aufnahmegebäude in den Bahnhöfen Schladming, Präbichl, Unzmarkt, Gleisdorf und Bierbaum.
- Für die laufenden Erneuerungsarbeiten am Oberbau wurden 134 Millionen Schilling aufgewendet, Schotterlieferungen um rund 69 Millionen Schilling waren notwendig. Diese Aufträge kamen steirischen Firmen zugute.
- Ausbau der Strecke Gleisdorf-Friedberg auf 20 Tonnen Achslast; dieser Ausbau erfolgte insbesondere im Interesse der Schwertransporte der Firma Elin.
- Vorarbeiten für den zweigleisigen Ausbau der Strecke Selzthal-St. Michael und der für den Personennahverkehr Graz-Leoben vorgesehenen Bahnanlagen.
- Trassenverlegung der Bahn auf der Strecke Selzthal-St. Michael im Zusammenhang mit dem Autobahnbau.
- Erneuerung der Wartberger- und Mareiner Mürzbrücke.
- Erneuerungsarbeiten im Laßnitztunnel auf der Strecke Mogersdorf-Graz.

- 185 -

- Erneuerung des Großen Hartbergtunnels auf der Strecke Hartberg-Friedberg.
- Instandsetzungsarbeiten im Kressenbergtunnel auf der Strecke Eisenerz-Vordernberg.
- Erweiterung der Gleisanlagen in den Bahnhöfen Graz/Verschiebebahnhof, Bruck a.d. Mur und Mitterdorf-Veitsch.
- Erneuerungen von Ladestraßen in den Bahnhöfen Graz-Ostbahnhof, Leoben-Göss, GleisdorfFeldbach und Eisenerz.

2. Investitionen auf dem sicherheitstechnischen Sektor

- Sicherung von 30 schienengleichen Eisenbahnkreuzungen mit einem technischen Kreuzungsschutz, das sind in fast allen Fällen vom Zug aus geschaltete Schrankenanlagen.
 - Einrichtung der induktiven Zugsicherung in den Streckenabschnitten Selzthal-Mandling, Selzthal-St. Michael, Semmering-Wildbad Einöd und Bruck an der Mur - Spielfeld-Straß.
 - Bau moderner Gleisbildstellwerke in den Bahnhöfen Großreifling, Spital am Semmering, Mitterdorf-Veitsch, Puntigam sowie in Gralla.
 - Fernsteuerung der Sicherungsanlagen der Bahnhöfe Landl und Großreifling von der Fernsteuerzentrale im Bahnhof Hieflau sowie der Betriebsausweichen Gralla und Retznei von der Fernsteuerzentrale im Bahnhof Leibnitz.
 - Errichtung von automatischen Blockstellen in Mixnitz-Bärenschützklamm, Peggau-Deutschfeistritz und Frohnleiten.
- Im Bau befinden sich derzeit
- elektrische Mittelstellwerksanlagen in den Bahnhöfen Öblarn und Krieglach
 - Elektroschrankenanlagen bei vier schienengleichen Eisenbahnkreuzungen sowie

-186 -

- die induktive Zugsicherung in den Streckenabschnitten Stainach-Irdning - Obertraun, Weißenbach-St. Gallen - Selzthal und Leoben Hauptbahnhof - Vordernberg.

Geplant sind weiters die

- Errichtung elektrischer Mittelstellwerksanlagen in den Bahnhöfen MareinSt. Lorenzen und Kalsdorf und die
- Automatisierung der Blockstellen Kalwang 1, Wald am Schoberpaß 1 und Kindberg 1.

3. Investitionen auf dem fernmeldetechnischen Sektor

Zur Sicherung und Rationalisierung des Verschubdienstes wurden in den Bahnhöfen Selzthal, Mürzzuschlag, Öblarn, Stainach-Irdning, St. Michael, Leoben Hauptbahnhof, Leoben Göss, Puntigam, Niklasdorf und Spielfeld Straß Verschubfunkanlagen eingerichtet. Weitere Verschubfunkanlagen in den Bahnhöfen Graz-Ostbahnhof und Unzmarkt sind geplant.

VI. Elektrifizierung

Der Streckenabschnitt Spielfeld-Straß - Staatsgrenze (Betriebslänge 2,2 km) wurde elektrifiziert. Da es sich um eine Gleichstromstrecke handelt, mußte auch die Fahrleitungsanlage des Bahnhofes Spielfeld-Straß umgebaut werden. Die Inbetriebnahme erfolgte im Mai 1977.

In St. Michael wurde ein Bahnstrom - Umformerwerk errichtet, wodurch die Sicherheit der gesamten Bahnstromversorgung, insbesonders im Raum Steiermark, wesentlich erhöht und gleichzeitig für einen allfälligen Mehrbedarf an Energie für den Ausbau des Nahverkehrs oder sonstige Verkehrsverdichtungen vorgesorgt wurde. Die Gesamtkosten betrugen S 317,4 Mio.

VII. Fahrpark

1) Triebfahrzeuge

In den im Bundesland Steiermark befindlichen Zugförderungsdienststellen (Zugförderungsleitungen Graz und Knittelfeld, Zugförderungsstellen Mürzzuschlag,

Selzthal und Vordernberg) wurde die Anzahl der dort beheimateten Elektrotriebfahrzeuge bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt von 98 auf 110 und die der Dieseltriebfahrzeuge von 94 auf 100 erhöht; darunter sind 5 moderne Städtetriebwagengarnituren der Reihe 4010, die nunmehr der Heimatdienststelle Graz zugewiesen wurden. Bisher waren diese Züge ausschließlich in Wien beheimatet. Bei allen Triebfahrzeugen handelt es sich um moderne Ausführungen. Damit ist eine Verkürzung der Fahrzeiten und ein höherer Pünktlichkeitsgrad möglich. Gleichzeitig wird die Wirtschaftlichkeit erhöht. Auf der Erzbergbahn konnte der aufwendige Dampf- Zahnradbetrieb auf den wesentlich billigeren Diesel-Reibungsbetrieb umgestellt werden.

2) Reisezugwagen

Um den Komfort der Bahnreisenden zu heben, werden in dieser Legislaturperiode insgesamt 330 neue Reisezugwagen angeschafft, wovon bisher 249 ausgeliefert sind. Hier von entfallen u.a. 200 Stück auf modernste, vollklimatisierte Fernreisezugwagen der gehobenen Komfortklasse und 30 auf bequeme Liegewagen. Bereits vorhandene einfacher ausgestattete Inlandsreisezugwagen werden durch eine gefälligere Neubepolsterung und Kopfschutz innen sowie Zweifarbenanstrich außen einem kundenfreundlicheren zeitgemäßen Zustand angepaßt. Sowohl die Fernreisezugwagen gehobenen Komforts als auch neue Liegewagen laufen Graz an bzw. befahren im Durchzugsverkehr das Land Steiermark. 70 Inlandsreisezugwagen in der modernen Ausführung befahren ebenfalls den steirischen Raum.

3) Güterwagen

Auf dem Güterwagensektor werden in der laufenden Legislaturperiode ca. 3.300 Wagen in Betrieb genommen. Es sind dies nach modernsten Erfordernissen für die verladende

- 188 -

Wirtschaft gebaute Fahrzeuge, wobei auch die Be- und Entladung nach Möglichkeit mechanisiert ist. Der Einsatz dieser Güterwagen wird auch der steirischen Transportwirtschaft von Nutzen sein. Auf 200 neue Erzwagen, welche für den rationelleren Transport von Erzgestein beschafft werden, soll abschließend besonders verwiesen werden.

- 189 -

POST- UND TELEGRAPHENVERWALTUNG

I. Postdienst

Der Postdienst war bzw. ist in der laufenden Legislaturperiode insbesondere bemüht, die Postzustellung zu beschleunigen, wobei das Schwergewicht bei einer weiteren Motorisierung des Landzustelldienstes lag. In den Jahren 1976-78 wurden bzw. werden bei 75 Postämtern insgesamt 113 Fahrzeuge neu eingesetzt. Damit konnte in den Landzustellbezirken die Zustellhäufigkeit erhöht werden, bisher unversorgte Empfänger wurden einbezogen, die Zustellung von schweren Paketen wurde ermöglicht. Die Motorisierung soll auch 1979 fortgesetzt werden, die Anschaffung weiterer 20 Kraftfahrzeuge ist geplant. Durch den Neueinsatz von Kraftfahrzeugen in der Paket-, Eil- und Telegrammzustellung konnten diese Dienstleistungen allgemein verbessert werden.

Zur Beschleunigung der Postbeförderung zwischen den Bundesländern wurden Postschnellzüge geschaffen, wobei die Postverbindungen der Steiermark vor allem durch das Postschnellzugspaar Wien - Villach - Wien verbessert wurden. Auch die Postverbindung in den Salzburger Raum konnte durch organisatorische Maßnahmen beschleunigt werden, sodaß bis spätestens 14.00 Uhr in Graz aufgegebene Briefsendungen in den Landeshauptstädten der westlichen Bundesländer sowie beispielsweise in München und der Schweiz schon am folgenden Werktag zugestellt werden können.

1978 wurde der Paketbehälterverkehr zwischen Wien und Bruck an der Mur eingeführt; dieser ermöglicht eine raschere Beförderung der Pakete und eine Schonung der beförderten Sendungen. Im heurigen Jahr wurde auch der Palettendienst in Graz und Bruck an der Mur aufgenommen, wodurch eine raschere und einfachere Annahme und Weiterleitung von Massen- sendungen ermöglicht wird.

- 190 -

Im Werk Graz der Simmering-Graz-Pauker-AG werden die modernen vierachsigen Bahnpostwagen erzeugt, die auf allen Hauptstrecken der ÖBB zum Einsatz kommen; seit 1976 wurden 17 Wagen in Auftrag gegeben.

In Graz wurde das neue Postamt 8047 Graz-Ragnitz errichtet.

II. Postautodienst

Die Modernisierung der in der Steiermark im Postomnibusverkehr eingesetzten Wagen wurde fortgesetzt und damit eine Komfortsteigerung ermöglicht. 1976 - 1978 wurden insgesamt 68 Großraumomnibusse beschafft, 1979 sollen weitere 19 hinzukommen.

Unter Mitwirkung des Postautodienstes, des Kraftwagendienstes der ÖBB, der Graz-Köflacher Bahn, der privaten Autobusunternehmen und der Grazer Stadtwerke-Verkehrsbetriebe wurden die Gespräche für einen koordinierten Ausbau des Nahverkehrs und die Schaffung eines Verkehrsverbundes im Zentralraum Graz aufgenommen.

Neben dem bereits bestehenden Stadtverkehr in Leibnitz plant der Postautodienst, im Raum Judenburg den Stadtverkehr auszubauen sowie weitere Stadtverkehre in Hartberg und Fürstenfeld einzurichten.

Darüberhinaus wurde das Liniennetz systematisch verdichtet. An neuen bzw. erweiterten Postautolinien wären folgende zu erwähnen:

- Die Linien 6552 Hartberg-St. Anna-Hartberg und 6556 Hartberg-Löffelbach-Hartberg wurden insbesondere zur Schülerbeförderung in die Schulstadt Hartberg eingerichtet.
- Die neue Linie 6566 Wenigzell-Vorau-Pinggau kommt ebenfalls dem Schüler- und Berufsverkehr zugute.
- Der Verkehr der Linie 6664 Mariazell-Niederalpl-Preiner Gscheid-Payerbach konnte nach einer Streckensanierung wieder aufgenommen werden und stellt ein weiteres Angebot für den Ausflugsverkehr dar.

- 191 -

- Einrichtung der Linien 6462 Feldbach-Auersbach, 6536 Friedberg-Ehrenschachen-Oberwaldbauern-Friedberg und 6544 Hartberg-Schönau-Pöllau sowie 6540 Hartberg-Pöllauberg.
- Einbindung verschiedener Teilstrecken in bestehende Postautolinien, wie z.B. Baierdorf-Kappeldorf in die Linie 6448 Gleisdorf-Anger, Lembach-Stang-Riegersburg in die Linie 6460 Feldbach-Breitenfeld und Altaussee - Losermaut in die Linie Bad Aussee-Altaussee.
- Einrichtung der Stichfahrt Höllkogel-Roseggers Waldschule im Zuge der Linie Krieglach-Alpl-Ratten im Interesse des lokalen Fremdenverkehrs.
- Verdichtung des Verkehrsangebotes auf der Linie 6266 Graz-Rinegg, der Ausbau zu einem Taktfahrplan ist vorgesehen.

III. Fernmeldedienst

1. Ausbau des Leitungsnetzes

Die Zahl der Fernsprechhauptanschlüsse konnte von Ende 1975 bis Ende 1977 von 162.671 auf 195.549, somit um 32.878 - das sind 20,2 % - erhöht werden, dieser verstärkte Ausbau soll auch weiter fortgesetzt werden. Mit dieser Steigerungsrate liegt der Ausbau des Telefonnetzes in der Steiermark sogar über dem gesamt-österreichischen Anstieg. Die Zahl der Fernschreibteilnehmer konnte von Ende 1975 bis Ende 1977 von 1.545 auf 1.812, also um 267 - das sind 17,3 % - gesteigert werden.

Im Zuge dieser Bemühungen zur Verbesserung der Telefonversorgung in der Steiermark wurden bzw. werden in der laufenden Legislaturperiode bereits 322 km Weitverkehrskabel verlegt, bis 1979 werden noch ca. 90 km hinzukommen. Besonders intensiviert wurde der Ausbau der Ortsnetze; das Netz wurde in den vergangenen beiden Jahren in folgenden Orten erweitert:

- 192 -

Admont, Aflenz, Anger, Bad Aussee, Bad-Mitterndorf, Bad-Radkersburg, Birkfeld, Bischoffeld, Bruck a.d. Mur, Burgau, Deutschlandsberg, Dobl, Edelschrott, Eggersdorf bei Graz, Ehrenhausen, Eibiswald, Eisenberg, Fehring, Feldbach, Fresing, Friedberg, Fohnsdorf, Fohnleiten, Fürstenfeld, Gaishorn, Gams bei Hieflau, Gasen, Geistthal, Gleisdorf, Grafendorf bei Hartberg, Graden bei Köflach, Gratkorn, Graz, Gröbming, Großreifling, Groß St. Florian, Gußwerk, Hartberg, Hartmannsdorf, Haus, Hausmannstätten, Hieflau, Hirscheegg-Rein, Ilz, Johnsbach, Judenburg, Kaindorf bei Hartberg, Kainach bei Voitsberg, Kainisch, Kalsdorf bei Graz, Kalwang, Kapellen/Mürz, Kapfenberg, Katsch a.d. Mur, Kindberg, Kirchberg a.d.Raab, Kleinlobming, Knittelfeld, Köflach, Krieglach, Krakaudorf, Krottendorf-Gaisfeld, Kumberg, Lafnitz, Langenwang, Lassing bei Selzthal, Leibnitz, Leoben, Liezen, Mariazell, Mautern, Mitterdorf im Mürztal, Möderbrugg, Modriach, Mühlen, Mürzsteg, Mürzzuschlag, Murau, Nestelbach bei Graz, Neuberg an der Mürz, Neumarkt, Obdach, Oberwölz, Pack, Passail, Peggau, Pischelsdorf, Preding, Post Edelschrott, Pernegg an der Mürz, Puch bei Weiz, Pusterwald, Rottenmann, St. Gallen, St. Georgen ob Murau, St. Georgen a.d. Stiefing, St. Marein bei Graz, St. Marein im Mürztal, St. Martin am Grimming, St. Michael, St. Oswald bei Plankenwarth, St. Ruprecht an der Raab, St. Johann am Tauern, St. Nikolai im Sölkatal, St. Oswald im Freiland, St. Peter am Kammersberg, St. Wolfgang/Post Obdach, St. Lambrecht, Scheifling, Schladming, Schwanberg, Sebersdorf, Seckau, Selzthal, Sinabelkirchen, Söding, Soboth, Stadl a.d.Mur, Stainach, Stainz, Stanz im Mürztal, Strallegg, Studenzen, Tauplitz, Thalheim/Mur, Tragöß, Trieben, Trofaiach, Turnau, Turrach, Übelbach, Ungerdorf, Unterrohr bei Hartberg, Unzmarkt, Voitsberg, Vordernberg, Wald am Schoberpaß, Weiz, Weinburg, Wildalpen, Wildon, Wolfsberg im Schwarzaatal, Zeltweg, Zwaring.

Im Laufe des Jahres 1978 wird zusätzlich in Kirchbach, Leutschach, St. Jakob im Walde und Stubenberg das Ortsnetz ausgebaut. Für das Jahr 1979 sind außerdem Ausbauten in Gösting, Kraubath, Pöllau, Pöls und Veitsch vorgesehen. Daneben werden in einigen der oben aufgezählten Orte die Ausbauarbeiten am Ortsnetz fortgesetzt.

2. Übertragungstechnische Anlagen

Im Zuge der Ausbaumaßnahmen am Fernmeldesektor wurden während der laufenden Legislaturperiode Koaxialkabel für eine Kapazität von 2.700 gleichzeitig möglichen Gesprächen auf den Strecken

- 193 -

Graz-Wien, Graz-Klagenfurt, Graz-Salzburg und Graz/Marburgerkai - Graz/Griesplatz verlegt. Bis 1979 soll ein zweites Kabelsystem mit ebenfalls 2.700 Kanälen zwischen Graz und Wien aufgebaut werden. Auf den Strecken Graz/Gleisdorf-Feldbach und Bruck an der Mur-Mürzzuschlag wurden Kabelsysteme für eine Kapazität von 960 gleichzeitigen Gesprächen eingerichtet.

Bis zum Ende des Jahres 1979 werden weiters die Arbeiten an der Einrichtung von Verbindungen mit 2.700 Fernsprechkanälen zwischen Graz-Bruck an der Mur-Erdefunkstelle und Bruck an der Mur-Liezen sowie von Verbindungen mit 960 Fernsprechkanälen zwischen Leibnitz-Mureck, Mariazell-Bruck an der Mur und Hartberg-Oberwart begonnen werden.

Richtfunkanlagen wurden in den Relationen Mariazell-Gemeindealpe, Wien-Schöckl, Schöckl-Graz, Graz-Klagenfurt, Breitbandanlagen für 960 bzw. 1.800 Fernsprechkanäle oder TV-Übertragungen in den Relationen Wien-Graz, Graz-Klagenfurt, Graz-Hartberg und Graz-Slemje (Zagreb) eingerichtet. Geplant sind eine zweite Verbindung Aflenz-Wien und ein Ausbau der Richtfunkanlagen Wien-Graz-Klagenfurt.

In den Versorgungsbereich mit dem öffentlichen Personenrufdienst, der unter der Bezeichnung "Pipserl" bereits populär wurde, konnten bis Ende 1977 Graz, Bruck an der Mur, Leoben, Donawitz, Judenburg, Liezen, Mürzzuschlag und Leibnitz einbezogen werden.

3. Vermittlungsanlagen

Die von den Telefonteilnehmern gerne benützten Kurzwahlverbindungen wurden auch in der Steiermark erweitert. Derzeit bestehen in zehn Relationen derartige Kurzwahlverbindungen, Ende 1978 wird die Kurzwahl auch zwischen Voitsberg und Köflach in beiden Richtungen aufgenommen werden.

Im Ortsamt Graz-Gries wurde eine zentrale Auskunftsanlage mit Mikrofilmkartei in Betrieb genommen, wodurch Telefonauskünfte rascher erteilt werden können.

- 194 -

Neue Wählämter wurden insbesondere in Leoben, Krottendorf, Puch bei Weiz, Graz-Authal, Mitterdorf im Mürztal, Leoben-Göss, Lafnitz, Bad Mitterndorf, Altaussee, Hausmannstätten, Studenzen, St. Michael, Rottenmann, Eisenerz und Graz-Raaba in Betrieb genommen. Die Inbetriebnahme neuer Wählämter ist für den Rest der Legislaturperiode in Kindberg, Graz-Maria Trost, Graz-Straßgang, Graz-St. Peter, Pöllau bei Hartberg, Pöls ob Judenburg, Krieglach, Pernegg, Stubenberg geplant. Für das Netzgruppenamt Bruck an der Mur wurden die technischen Einrichtungen für ein neues leistungsfähiges teil-elektronisches Fernwählamt bestellt, die Inbetriebnahme ist für Ende 1978 geplant.

Neben all diesen Maßnahmen, mit denen der Kampf gegen das Besetzzeichen intensiv fortgesetzt wurden, wurde auch dem ständig steigenden Verkehrsbedürfnis entsprechend der Ausbau der Fernverkehrseinrichtungen weitergeführt. Durch den Bau bzw. Ausbau der Wählämter wurden nicht nur neue Fernsprechanschlüsse ermöglicht, sondern bereits Kapazitätsreserven für den künftigen Bedarf geschaffen.

IV. Hochbau

Neue Postamtsgebäude wurden in Weiz, St. Anna am Aigen, Ehrenhausen und Köflach, neue Gebäude für die Unterbringung des Post- und Wählamtes in Bad Mitterndorf und Kindberg errichtet.

Zur Unterbringung der Fernmeldeeinrichtungen wurden das Netzgruppenamt Bruck an der Mur sowie Wählamtsgebäude in Lafnitz, St. Michael, Mitterdorf im Mürztal, Studenzen, Altaussee, Rottenmann, Eisenerz, Graz-Raaba, Köflach und Krieglach errichtet.

Zur Verbesserung des Kundenservice wurden folgende Postämter umgebaut, instandgesetzt oder in neu erworbene bzw. gemietete Räume verlegt:

- 195 -

Kaindorf bei Hartberg, Kammern im Liesingtal, Kitzeck im Sausal, 8720 Knittelfeld, Koglhof, Kraubath an der Mur, Mooskirchen, St. Stefan ob Leoben, Schwanberg, Spital am Semmering, Trofaiach, Aich-Assach, Frein an der Mürz, Gamlitz, Graden bei Köflach, 8018 Graz, 8036 Graz, 8041 Graz-Liebenau, 8054 Graz-Straßgang, Hatzendorf, 8703 Leoben, Möderbrugg, Pölfling-Brunn, Rein, St. Oswald bei Plankenwarth, St. Veit am Vogau, Stadl an der Mur, Eggersdorf bei Graz, Fürstenfeld (1. Teil), 8010 Graz (Schließfachanlage-Abteilung), 8053 Graz-Neuhart, 8047 Graz-Ragnitz, Hartberg, Mürzzuschlag, Preding, Riegersburg, St. Johann am Tauern, Stübing, St. Johann ob Hohenburg, Oberhaag, St. Oswald ob Eibiswald, Steinhaus am Semmering.

Im Oktober 1977 wurde mit dem Hochbau für die Erdefunkstelle Aflenz begonnen. Diese Anlage wird die Übernahme von Ferngesprächen via Satelliten direkt, d.h. nicht über Nachbarstationen, möglich machen. Die Montage der nachrichtentechnischen Einrichtungen wird bis Ende 1979 erfolgen,

Außerdem sind Neubauten für die Unterbringung des Verbundamtes Leoben-West, des Wählamtes Graz-St.Peter II, für die Richtfunkstationen Planai und Salberg im Gange.

Mit folgenden größeren Neu- bzw. Erweiterungsbauten soll noch in der laufenden Legislaturperiode begonnen werden:

Erweiterung der Verbundämter Gleisdorf und Knittelfeld, Netzgruppenamt Leibnitz (Erweiterung), Verbundamt Wildon, Post- und Wählamt Feldbach (Erweiterung), Wählamt Graz-Straßgang, Netzgruppenamt Hartberg, Postamt Stainz.

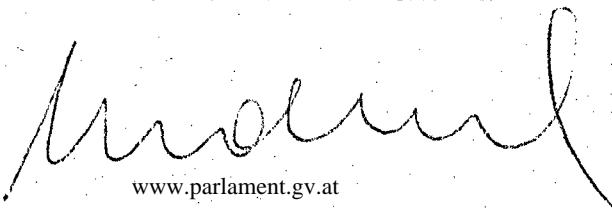
- 196 -

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Seitens des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung wurden in den Jahren 1975 - 1977 Gemeinschaftsforschungsinstitute etc. mit 71,546 Mio. S, Universitäten und Kunsthochschulen mit 94,083 Mio. S, Expertengutachten und Auftragsforschung mit 9,0 Mio. S, die Österreichische Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute mit 33,1 Mio. S, der Verein zur Förderung der Anwendung der Kernenergie mit 2,3 Mio. S und Studentenheime und Menschen mit 44,2 Mio. S gefördert. Weiters wurden Förderungsausgaben für Studentische Subventionen in der Höhe von 0,669 Mio. S, für Forschungsstipendien 0,631 Mio. S und für wissenschaftliche Einrichtungen 4,775 Mio. S zur Verfügung gestellt. Im einzelnen wurden darüber hinaus für Universitäten und Kunsthochschulen (Personal, Anlagen, Aufwand) 2.478,9 Mio. S und für Universitätsbibliotheken 90,2 Mio. S aufgewendet. Kunsthochschulen (Jugend musiziert in Leoben, Verein der Musikhochschule in Graz, Freunde des Neuberger Münsters) wurden mit 0,370 Mio. S, Museen (d.s. Zuschüsse an Unternehmungen, Freilichtmuseen, sonstige gemeinnützige Einrichtungen und an private Haushalte) mit 1,235 Mio. S gefördert. Außerdem wurden Förderungen für den Denkmalschutz zur Erhaltung und Pflege von Denkmälern, Profan- und Sakralbauten sowie Fassaden in der Höhe von 14,3 Mio. S vergeben.

Förderungsausgaben im Bereich des Gesundheitswesens wurden in der Höhe von insgesamt 295,8 Mio. S getätigt. Im übrigen darf ich auf die beiliegende detaillierte Übersicht über die Maßnahmen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung verweisen.

Der den Bundeskanzler
gem. Art. 69 Abs.2 B-VG
vertretende Vizekanzler



BUNDESMINISTERIUM
für
WISSENSCHAFT und FORSCHUNG

Kapitel 14

LEISTUNGEN
für das
BUNDESLAND
STEIERMARK

ab
1970*

QUELLEN:

1. Bundesrechnungsbücher
2. Arbeitsberichte des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung
3. Berichte der Bundesregierung an den Nationalrat (BMWF) gemäß § 24, Abs. 3 des Forschungsförderungsgesetzes 1967
4. Meldungen der Fachabteilungen

* Grundsätzlich ab 1970, durch Änderung der Erfassungsmethodik wird ab 1975 ein noch detaillierteres Zahlenmaterial zur Verfügung gestellt.

B U N D E S L A N D
S T E I E R M A R K

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

- Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft
- Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung
- Expertengutachten und Auftragsforschung
- Österreichische Akademie der Wissenschaften und
Forschungsinstitute
- Förderungsausgaben für den Verein zur Förderung der
Anwendung der Kernenergie
- Aufwendungen für Studentenheime und Menschen
- Studentenheime und Menschen – Geförderte Projekte
- Studentische Subventionen
- Forschungsstipendien
- Wissenschaftliche Einrichtungen – Förderungsausgaben
- Universitäten und Kunsthochschulen
- Universitätsbibliotheken
- Kunsthochschulen – Förderungsausgaben
- Museen – Förderungsausgaben

Förderungsausgaben für den Denkmalschutz

Denkmalpflege

Bauliche Maßnahmen

Förderungsausgaben im Bereich des Gesundheitswesens

STEIERMARK**Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft**

Gefördert wurden: Gemeinschaftsforschungsinstitute, sonstige unabhängige Forschungsinstitute, Betriebe, Fachverbände, Einzelforscher und Arbeitsgemeinschaften.

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill.S:</u>	<u>Total:</u>
1970	5,030*	
1971	6,460	
1972	14,749	
1973	20,038	
1974	15,189	
1975	29,215	
1976	17,110	
1977	25,221	133,012

* VIII-XII 1970, vorher beim BM f. Handel, Gewerbe und Industrie veranschlagt gewesen.

STEIERMARK**Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung**

Folgende Forschungsstätten wurden gefördert:

Universitäten und Kunsthochschulen.

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill.S:</u>	<u>Total:</u>
1970		
1971	29,926	
1972	32,167	
1973	17,152	
1974	16,673	
1975	26,801	
1976	32,318	
1977	34,964	190,001

STEIERMARK**Expertengutachten und Auftragsforschung**

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill.S:</u>	<u>Total:</u>
1970		
1971	1,1	
1972	1,1	
1973	1,1	
1974	1,1	
1975	3,6	
1976	2,4	
1977	3,0	13,4

STEIERMARK**Österr. Akademie der Wissenschaften und Forschungs-institute - Förderungsausgaben**

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill.S:</u>	<u>Total:</u>
1970	-	
1971	2,2	
1972	-	
1973	5,7	
1974	7,4	
1975	10,6	
1976	11,5	
1977	11,0	48,4

STEIERMARK**FÖRDERUNGSAUSGABEN für den Verein zur Förderung der Anwendung der Kernenergie**

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill.S:</u>	<u>Total:</u>
1975	0,75	
1976	0,75	
1977	0,80	2,3

STEIERMARKAufwendungen für Studentenheime und Menschen:

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill.S:</u>	<u>Total:</u>
1970	2,1	
1971	3,8	
1972	7,4	
1973	6,3	
1974	13,6	
1975	20,3	
1976	14,6	
1977	9,3	77,4

Zur Errichtung und Instandhaltung von Studentenheimen und Menschen wurden an folgende Empfänger Förderungsmittel vergeben:

Empfänger:

Projekt:

Studentenunterstützungsverein
Akademikerhilfe

Heimneubau in Graz
Ausfinanzierung

Österreichische Studentenförderungs-
stiftung

Restfinanzierung und
Reparatur der Grazer Heime

Verein Studentenheim Graz
Friedrich Schiller-Heim

Zubau, Restfinanzierung

Verband der Akademikerinnen Österreichs,
Landesverband Steiermark

Neubau eines Studentinnen-
heimes in Graz

Evangelischer Verein für Studenten-
heime Graz

Studentenheimbau
in Graz

Studentenheim Pfeifferhof in Graz

Erhaltungsarbeiten

Heimverein Austria Graz

Schaffung zusätzlicher Plät-

Katholische Hochschulgemeinde Graz

Ausbau und Reparaturen
der Heime

Gemeinnützige Bau- und Wohnungs-
genossenschaft der Hochschüler
in Leoben

Heim "Schlägel und Eisen"
Reparaturen und Erneuerung

Studentenwohnheim "Steirisches Erz"
Ges.m.b.H. in Leoben

Ausbau weiterer Heimplätze

Katholische Hochschulgemeinde an
der Montanuniversität Leoben

Adaptierung von Studenten-
wohnlägen

Österreichische Menschen-Betriebs-
gesellschaft m.b.H.

Umbau der Mensa
Universität Graz

Österreichische Menschen-Betriebs-
ges.m.b.H.

Umbau des Buffets in
Leoben in eine Mensa

Studentenunterstützungsverein
Akademikerhilfe

Grazer Mensa
Renovierungen

Katholische Hochschulgemeinde Graz

Mensareparaturen und
Adaptierungen

Mensa Technische Universität Graz

Umsatzsteuerrückver-
gütung 1974

Empfänger:Projekt:

Studentenunterstützungsverein
Akademikerhilfe

Ausfinanzierung des Heimneubaues
in Graz

Verein Studentenheim Graz
Friedrich Schiller-Heim

Restfinanzierung des Heimzubaues

Verband der Akademikerinnen
Österr., Landesverband Steiermark

Neubau eines Studentinnenheimes in
Graz-Kroisbach

Katholische Hochschulgemeinde
Graz

Ausbau und Reparaturen der in den
Studentenheimen

Internationale Kulturvereinigung
Graz

Studentenheimprojekt Graz-
Elisabethstraße 42

Gemeinnützige Bau- u. Wohnungs-
genossenschaft. d. Hochschüler
in Leoben

Heim "Schlägel u. Eisen"
Reparaturen u. Erneuerung

Studentenwohnheim "Steirisches
Erz" Ges.m.b.H. in Leoben

Ausbau von weiteren Heimplätzen

Katholische Hochschulgemeinde an
der Montanuniversität Leoben

Adaptierung von Studentenwohn-
plätzen

Österr. Mensen-Betriebsges.m.b.H.

Umbau d. Mensa Univ. Graz
Lieferwagen f.d. Grazer Betriebe

Katholische Hochschulgemeinde
Graz

Reparaturen und Adaptierungen in
der Mensa

STEIERMARKFörderungsaussgaben - Studentische Subventionen

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill.S:</u>	<u>Total:</u>
1975	0,237	
1976	0,183	
1977	0,249	0,669

STEIERMARK**Förderungsausgaben - Forschungsstipendien**

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill.S:</u>	<u>Total:</u>
1975	0,210	
1976	0,145	
1977	0,276	0,631

STEIERMARK**Förderungsausgaben – Wissenschaftliche Einrichtungen**

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill.S:</u>	<u>Total:</u>
1975	1,495	
1976	1,725	
1977	1,555	4,775

STEIERMARK

Im einzelnen:

UNIVERSITÄTEN UND KUNSTHOCHSCHULEN

Universität Graz, Technische Hochschule Graz,
Montanuniversität Leoben, Hochschule für Musik und
darstellende Kunst Graz

Jahr: Personal: Anlagen: Aufwand: Total:
in Mill. S

1970	203,4	39,4	138,1	380,9
1971	253,2	47,4	149,3	449,9
1972	293,4	55,9	144,4	493,7
1973	346,9	43,7	163,6	554,2
1974	405,2	47,0	183,2	635,4
1975	512,0	67,6	166,7	746,3
1976	562,9	80,5	193,5	836,9
1977	609,2	85,7	200,8	895,7
	3.186,2	467,2	1.339,6	4.093,0

STEIERMARKUNIVERSITÄTSBIBLIOTHEKEN

Jahr:	Mill. S	Personal:	Anlagen:	Aufwand:	Total:
1970	" "	4,0	0,3	0,7	5,0
1971	" "	5,7	0,4	5,1	11,2
1972	" "	6,9	0,9	5,9	13,7
1973	" "	3,8	2,2	2,4	8,4
1974	" "	10,6	4,2	8,0	22,8
1975	" "	13,3	3,8	9,5	26,6
1976	" "	16,5	1,1	11,4	29,0
1977	" "	17,7	5,9	11,0	34,6
	Mill. S.	78,5	18,8	54,0	151,3

STETERMARKKUNSTHOCHSCHULEN - FörderungsaussagenGefördert wurden:

Jugend musiziert in Leoben, Verein der Musikhochschule
in Graz, Freunde des Neuberger Münsters.

<u>Jahr:</u>	<u>Mill. S</u>	<u>Total:</u>
1975	0,180	
1976	0,100	
1977	0,090	0,370

STEIERMARKMUSEEN

Förderungsausgaben

das sind Zuschüsse an Unternehmungen, Freilichtmuseen, sonstige gemeinnützige Einrichtungen und an private Haushalte

<u>Jahr:</u>	<u>Mill. S.:</u>	<u>Total:</u>
1975	0,540	
1976	0,055	
1977	0,640	1,235

STEIERMARK

Förderungsausgaben für den Denkmalschutz zur Erhaltung und Pflege von Denkmälern, Profan- und Sakralbauten und Fassaden.

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill.S:</u>	<u>Total:</u>
1970	2,2	
1971	2,1	
1972	2,2	
1973	3,4	
1974	4,2	
1975	5,2	
1976	4,5	
1977	4,6	28,4

STEIERMARKDENKMALPFLEGE

1975

In der Steiermark ist es gelungen, mehrere seit Jahren anstehende Probleme einer Lösung zuzuführen. So wird das bereits im Verfall begriffene Schloß Gleinstätten zu einer Schule und das Schloß Röthelstein bei Admont zu einer Jugendherberge adaptiert. Die Gesamtinstandsetzung des Meerscheinschlosses in Graz konnte ebenfalls eingeleitet werden. Die Restaurierung der Kalvarienbergkirche in Judenburg, die sich in einem äußerst schlechten Zustand befand, konnte mit Erfolg abgeschlossen werden. Am Schloß Spielfeld wurde als erste Etappe mit der Dachsanierung begonnen. Dank einer großzügigen Spende aus Kreisen der Wirtschaft konnten die wertvollen Glasgemälde der Wallfahrtskirche Maria Straßengel vor weiterem Verfall geschützt werden. Ein im Berichtsjahr konstituierter Verein hat sich die Instandsetzung dieser bedeutenden Kirche zum Ziel gesetzt. In Leoben wurde das Hacklhaus, das klassizistische Stadttheater, der alte Stadtturm und ein bemerkenswertes Jugendstilhaus restauriert. In Graz wurden mehrere Studien zu Revitalisierung historischer Stadtviertel ausgearbeitet. Das Palais Kollonitsch, das Geburtshaus des Generalmusikdirektors Dr. Karl Böhm, die gotische Pfarrkirche Graz-Straßgang und die Andräkirche wurden im Äußeren instandgesetzt, die Innenrestaurierung der Palais Khuenburg und Attems sowie des Mausoleums wurden fortgesetzt. Die Instandsetzung des Kalvarienberges in St. Radegund und des Wurmbrandhauses in Radkersburg konnten abgeschlossen werden.

Die schweren Hochwasserschäden am Stift Rein wurden dank der Mithilfe des Bundesheeres in relativ kurzer

Zeit behoben. Fassadenaktionen bzw. Erstellung von Färbelungsplänen wurden in Mureck, Radkersburg, Judenburg, Frohnleiten, Schladming, Pöllau, St. Lambrecht, Mürzzuschlag und Leoben durchgeführt.

1976

In der Steiermark standen die Arbeiten an sehr großen und bedeutenden Schlössern im Vordergrund. Die Schlösser Arnfels, Wieden, Laubegg und Wasserberg wurden in ihrer Gesamtheit restauriert, wichtige substanzerhaltende Maßnahmen, vor allem Dachinstandsetzungen, wurden an den Schlössern St. Georgen a. d. Stiefling, Spielfeld, Freiberg bei Gleisdorf und am Meerscheinschloß in Graz durchgeführt. Von den größeren Vorhaben in der Steiermark ist auch die Restaurierung von 10 Filialkirchen, vier Wallfahrtskirchen und drei Kalvarienbergkirchen zu nennen. Besondere Anstrengung erforderte die Sanierung des Stiftes Rein, welches durch eine Hochwasserkatastrophe arg in Mitleidenschaft gezogen worden ist. An der Wallfahrtskirche Maria Straßengel wurde die Restaurierung der schwer beschädigten Deckenmalereien und mehrerer hochgotischer Glasgemälde forgesetzt. In Graz wurden die Fassaden der Burg (Karlstrakt), des Palais Meran und mehrerer Bürgerhäuser restauriert. In der Landeshauptstadt wurden außerdem die mächtigen Fassadentürme der Wallfahrtskirche Maria Trost erneuert sowie mit der Innenrenovierung der Stadtpfarrkirche "Zum Hl. Blut" begonnen.

1977

Graz ist seit kurzem Sitz des internationalen Städteforums. Damit hat Graz auch indirekt die Verpflichtung übernommen, mit gutem Beispiel auf dem Gebiet der Altstadtsanierung voranzugehen. Im Berichtsjahr konnten in Graz die H. user Franziskanergasse 11, Schmiedgasse 17-19 und Frauengasse 4 saniert werden, obwohl für jedes einzelne Haus ein Abbruchansuchen vorlag oder Demolierungsabsichten bekanntgegeben wurden. Die Generalsanierung des Meerscheinschlosses wurde mit der Renovierung der Denkmalereien von Quaglio im Festsaal fortgesetzt. Am Grazer Dom wurde die Westfassade, in der Stadtpfarrikirche das gesamte Innere restauratorisch behandelt. Auch die Wallfahrtskirche Maria Trost in Graz wurde zur Gänze im Äußeren saniert. Weiters wurden die umfangreichen Adaptierungsarbeiten an den Palais Attems und Meran fortgesetzt. Abschließend sei noch erwähnt, daß in der Landeshauptstadt die Fassaden mehrerer Häuser restauriert wurden.

Für das Franziskanerkloster Maria Lankowitz lag ebenfalls bereits ein Abbruchantrag vor. Nun wird der Klostertrakt saniert und reaktiviert. Mit der Restaurierung des ehemaligen Kapuzinerklosters in Murau wurde ebenfalls begonnen; das Bauwerk wird in Zukunft als Stadtmuseum Verwendung finden. Die Stadt Räckersburg hat sich bereits in den letzten Jahren große Verdienste um die Erhaltung der Altstadt erworben: die Arbeiten wurden dort im Berichtsjahr in großem Umfang fortgesetzt, wobei die Restaurierung einiger sehr schöner Arkadenhöfe in das Programm aufgenommen wurde.

Von den vielen anderen Vorhaben an Sakral- und Profanbauten in der Steiermark seien die Arbeiten im alten Brauhaus in Altenmarkt, an der Wallfahrtskirche Frauenberg bei Leibnitz, an den Stiften St. Lambrecht und Rein und an den Schlössern Obermayerhofen, Wieden, Spielfeld und Thannhausen hervorgehoben. Für die Orte Pöllau, Hartberg, Schwanberg, Rottenmann, Ligist, Bad Aussee und Gleisdorf wurden Fassaden- und Färbelungspläne erstellt.

BAULICHE MASSNAHMEN IN DER STEIERMARK

Vom Bundesministerium für Bauten und Technik wurden seit 1971 466 Mill. S für Neubauten investiert.

Weiters für in Bau befindliche Vorhaben wurden 564 Mill. S gebunden

Vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung wurden, bzw. müssen allein für die möbiliare Ausstattung dieser Neubauten ca. 20 % der Baukosten investiert werden.

Für die apparative Ausstattung können weitere 20 - 25% von der Bausumme gerechnet werden

Universitäts- und Hochschulbauten in der Steiermark**Neubauten**

=====

Graz

Technische Hochschule,
Elektrotechnisches Institut,
1974 fertiggestellt

Technische Hochschule
Institut für Physik
seit 1970 in Bau

Technische Hochschule
Maschinentechnisches Institut
seit 1970 in Bau

Universität, Institut für
anorganische Chemie, Zubau
seit 1972 in Bau

Universität, Vorklinische
Institut, Feber 1977 fertiggestellt

Technische Hochschule,
Rechbauerstraße,
Bibliothekstrakt,
1975 fertiggestellt

Universität, Rosenhain
Sportanlagen mit Halle
seit 1974 in Bau

Justbühel, Beobachtungsstation
www.parlament.gv.at
1976 fertiggestellt

S T E I E R M A R K**Förderungsausgaben im Bereich des Gesundheitswesens**1975

Förderungen in Mill. S: Total:

Klinischer Aufwand	59,6
Erweiterungsbau Chirurgie	9,2
Zahnklinik Neubau	1,0
Zentrale Tierlabor	1,0
Strahlenbunker für Radiologie	5,0
	75,8

1976

Klinischer Aufwand	87,9
Erweiterungsbau Chirurgie	9,0
Zahnklinik Neubau	3,0
Radiologische Klinik, Neubau	3,0
Kieferchirurgie, Umbau	4,9
Medizinische Klinik,	
Ausbau Kardiologie	3,1
Geräteanschaffungen für Kliniken	3,4
	114,3

1977

Klinischer Aufwand (ganzjährig)	98,7
Chirurg, Klinik, Erweiterungsbau	3,0
Kieferchirurgie, Station	1,5
Universität Graz	0,1
Med.-Univ.-Klinik Graz	2,4
	105,7